



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Magisterarbeit

Österreichische Gewerkschaftsbewegung und ökologische
Krise am Beispiel des Klimawandels

Verfasserin

Kathrin Niedermoser

angestrebter akademischer Grad
Magistra der Philosophie (Mag.^a phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Politikwissenschaft
Betreuer: Privatdozent Dr. Markus Wissen

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfasst habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Datum

Unterschrift

DANKSAGUNG

Zuallererst gilt mein Dank Privatdozent Dr. Markus Wissen für die umfassende und motivierende Betreuung meiner Diplomarbeit und Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand für die hilfreichen Kommentare und Anmerkungen.

Danken möchte ich auch meinem Großvater, Johann Niedermoser, der es sich in den Kopf gesetzt hatte, dass ich maturiere und somit den Grundstein dafür gelegt hat, dass ich als erste in meiner Familie ein Studium absolviert habe. Zudem bedanke ich mich bei meiner Großmutter, Berta Niedermoser, die immer für mich da war. Dank gilt auch meiner Mutter, Margit Niedermoser, für alles Gute, das sie für mich getan hat.

Mein besonderer Dank gilt meinem Lebensgefährten Lukas Neißl, der nicht aufgehört hat, mich zu motivieren, mir stets zur Seite stand und auch immer bereit war inhaltliche Fragen zu diskutieren.

Mein Dank ergeht auch an Marianne, Wolfgang, Katharina und Helene Neißl, die mich so herzlich in ihre Familie aufgenommen haben.

Außerdem möchte ich mich bei Frau Mag. Tina Schröder bedanken, die mich in dieser nicht immer einfachen Phase meines Lebens begleitet hat und mir half meine inneren Widerstände zu erkennen.

Zudem gilt mein Dank all jenen Menschen, mit denen ich im Laufe meines Studiums politisch aktiv sein durfte. In den Diskussionen und Gesprächen mit ihnen habe ich oftmals mehr gelernt als in vielen Vorlesungen und Seminaren. Insbesondere gilt mein Dank dem „ArbeiterInnenkind“ Ingolf Erler, der mich auf die „feinen Unterschiede“ aufmerksam machte und mein „eigenes Scheitern“ in einen größeren Zusammenhang stellte.

Abschließend bedanke ich mich bei den GewerkschafterInnen Karl Goldberg, Andreas Huss, Heinz Högelsberger, David Mum, Klaudia Paiha, Michael Pieber, René Schindler, Ernst Tüchler und Harald Voitl für die Bereitschaft meine Fragen zu beantworten und für das zur Verfügungstellen von Daten und Materialien. Ohne sie wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen.

INHALT

1. Einleitung	1
1.1. Eingrenzung des Forschungsgegenstandes	2
1.2. Forschungsstand	4
1.3. Theoretische Einbettung	5
1.4. Fragestellungen und Aufbau der Arbeit	6
1.5. Methoden	7
2. Die ‚ökologische Frage‘ im sozial-wissenschaftlichem Diskurs	8
2.1. Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse	9
2.1.1. Die Klimakrise als sozial-ökologisches Problem.....	10
2.1.2. Interessenskonflikte.....	13
2.1.3. (Post)neoliberale kapitalistische Naturverhältnisse	14
2.1.4. (Globale) Ungleichheiten	15
3. Klimawandel	18
3.1. Ursachen für den Klimawandel	20
3.2. Klimawandel in Österreich	23
3.3. Internationale Klimapolitik	25
3.3.1. Die Konferenzen der Vertragsstaaten (COPs)	26
3.3.2. Das Kyoto-Protokoll	27
3.3.3. Die gescheiterte Konferenz von Kopenhagen.....	31
3.4. EU-Klimapolitik	32
3.4.1. Das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS).....	34
3.4.2. Energiesicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und EU-Klimapolitik	37
3.5. Österreichische Klimapolitik	38
3.5.1. Österreich und das Kyoto-Ziel	40
4. ArbeiterInnenbewegung und ökologische Fragen – ein schweres Erbe?	42
4.1. Die ökologische Frage zu Beginn der Industrialisierung	42
4.2. Konfliktlinien in der Praxis	45

4.3. Die 1970er und 1980er Jahre	48
4.3.1. Zwentendorf	49
4.3.2. Hainburg	51
4.3.3. Oppositionelle Stimmen und Konfliktlinien.....	53
4.4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	55
5. Der Umgang der österreichischen Gewerkschaften mit dem Klimawandel	57
5.1. Herangehensweise	57
5.2. Grundsätzliche Positionierung zu Umwelt- und Klimafragen	59
5.3. Zentrale Aspekte des Klimawandels	61
5.3.1 Wachstumslogik, Wettbewerb und Standort	62
5.3.2. Arbeitsplätze und Umweltschutz.....	69
5.3.2.1. Umweltschutz als Bedrohung.....	71
5.3.2.2. Arbeitsplätze im Umweltbereich	73
5.3.2.3. Arbeitsplätze im Verkehrsbereich	82
5.3.2.4. Exkurs: Die Klimapolitik der ITF	85
5.3.2.5. Alternative Modelle.....	87
5.3.3. Soziale Aspekte des Klimawandels.....	92
5.4. BündnispartnerInnen im Kampf gegen den Klimawandel	97
5.4.1. Gemeinsames Interesse mit der Industrie.....	97
5.4.2. NGOs	100
5.5. Stimmen vom Rande – die Positionen der AUGÉ/UG	104
5.6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	111
6. Beantwortung der Forschungsfragen und Schlussfolgerungen	118
7. Literatur	124
Anhang	
Zusammenfassung	142
Abstract.....	142
Lebenslauf	143

1. Einleitung

Die Wirtschaftskrise 2008/2009 hat das Thema ‚Ökologie‘ – insbesondere das ökologische Phänomen des Klimawandels – wieder in das Zentrum der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte gerückt. Die immer offensichtlicheren Auswirkungen des Klimawandels, die sozialen, ökonomischen und politischen Konsequenzen daraus, sowie der im Dezember 2009 gescheiterte Klimagipfel von Kopenhagen verdeutlichen, dass der Klimawandel „zu den international am heftigsten umstrittenen Konfliktfeldern“ (Scheffran 2004: 184) gehört.

Angesichts der zunehmenden Brisanz des Klimawandels und der ausbleibenden Strategien auf internationaler Ebene muss die Frage, wie sich Gesellschaften auf ökologische Probleme einstellen (vgl. Görg 2003: 12) neu beantwortet werden. Während zu Beginn der wirtschaftlichen Talfahrt 2008/2009 noch Konjunkturpakete aus Abwrackprämien und Rettungsgeldern für die angeschlagene Automobilindustrie geschnürt wurden, wird nun deutlich, dass ein ‚grüner Kapitalismus‘ durchaus eine Option darstellt, um einen neuerlichen Wirtschaftsaufschwung in Gang zu setzten. In Anlehnung an den US-amerikanischen ‚New Deal‘ von 1932 soll die, erneut ins Straucheln geratene, Weltwirtschaft durch einen ‚Green New Deal‘ aus der Krise gehoben werden. Aufschwung, Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand, usw. und noch viel mehr werden damit versprochen. Dass es sich dabei lediglich um eine Strategie handelt, um „neue Räume für die Kapitalakkumulation zu öffnen“ (Candeias/Kuhn 2008: 808) wird dabei ebenso übersehen, wie die Tatsache, dass damit die in den letzten Jahren zunehmende Ökonomisierung von Natur bzw. der ökologischen Krise (vgl. Brand 2008a: 859) einen neuen Höhepunkt erreicht. Unter dem Vorwand des ‚Umweltschutzes‘ werden jedoch nicht nur neue Märkte erschlossen, sondern auch unpopuläre Maßnahmen wie die Erhöhung von Massensteuern (z.B. der Mineralölsteuer) gefordert.

Eine entscheidende Frage ist, welche AkteurInnen sich innerhalb des eingangs erwähnten Konfliktfeldes bewegen und welche Interessen sie vertreten. Die Klimadebatte der letzten zwei Jahrzehnte hat unzählige Institutionen, Ministerien, Beiräte, NGOs, usw. hervorgebracht, die (mehr oder weniger) an einer Problemlösung des Klimawandels arbeiten. Dabei bleibt „der Beitrag der (bereits bestehenden) formellen und informellen gesellschaftlichen Institutionen am Prozess der Problemkonstituierung“ (Oels et al. 2003: 119) meist unberücksichtigt. Zweifelsohne zählen die (österreichischen) Gewerkschaften zu diesen wenig berücksichtigten Institutionen innerhalb der Klimadebatte. Dabei handelt es sich nicht um ein österreichisches

Spezifikum. Die Rolle von Gewerkschaften wird im Zusammenhang mit dem Klimawandel generell wenig beachtet. Ein Grund dafür mag mangelnde Präsenz der Gewerkschaften „in der Arena der internationalen Klimapolitik“ (Walk/Brunnengräber 2000: 69) sein. Den Gründen für diese mangelnde Präsenz und der Frage nach dem generellen Umgang der österreichischen Gewerkschaften mit dem Klimawandel wird in der vorliegenden Diplomarbeit nachgegangen.

1.1. Eingrenzung des Forschungsgegenstandes

Die österreichischen Gewerkschaften scheinen die ‚ökologische Frage‘ nach wie vor als ‚Nebenfrage‘ zu behandeln. Die ökologische Krise an sich ist kein Thema, sondern wird vor allem im Zusammenhang mit Arbeitsplatzsicherheit, Standort- und Wettbewerbspolitik und Wachstumslogik behandelt. Hinzu kommt, dass es kaum Anhaltspunkte für eine eigenständige Klimapolitik der Gewerkschaften gibt. Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, wie sich die österreichischen Gewerkschaften gegenüber dem Klimawandel positionieren. Dabei soll sowohl die Frage beantwortet werden, welche Kontinuitäten und Brüche sich in der Gestaltung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen seitens der Gewerkschaften ergeben als auch die aktuelle Gewerkschaftspolitik vor dem Hintergrund des Klimawandels untersucht werden. Einen weiteren zentralen Punkt stellt die Frage der BündnispartnerInnen im Kampf gegen den Klimawandel dar. Dieser Aspekt erscheint insofern als relevant, da sich die Frage stellt, ob die österreichischen Gewerkschaften bezüglich ökologischer Fragestellungen nach wie vor auf die traditionelle Allianz zwischen ‚ArbeitgeberInnen‘ und ‚ArbeitnehmerInnen‘ setzen. Diese Allianz ergibt sich meist aus strategischen Überlegungen und auch aus einem Mangel an Alternativen, die eine systemkonforme politische Grundausrichtung mit sich bringt. Während die Industrie stets eine ‚exit-Option‘ (Standortverlagerungen) im Ärmel hat, haben Gewerkschaften „in diesem sektorübergreifenden Politikfeld lediglich die loyalty- und voice-Option, die sich beide im Bündnis mit der Industrie stärken lassen“ (Walk/Brunnengräber 2000: 70). Angesichts dieses strategischen Dilemmas stellt sich auch die Frage, inwiefern die Wachstumslogik und die damit verbundene Standort- und Wettbewerbslogik die Klimapolitik der Gewerkschaften prägt. Hinzu kommt die Frage, ob die österreichischen Gewerkschaften den Klimawandel als Teil der sozialen Frage thematisieren. Der Klimawandel lässt sich nicht auf ‚Umweltschutz‘ reduzieren, sondern muss als sozial-ökologisches Phänomen erfasst werden, das einerseits die vorherrschenden kapitalistisch organisierten Produktions- und

Konsummuster in Frage stellt und andererseits für viele Menschen zur Überlebensfrage geworden ist. Hunger, Flucht, Vertreibung und Kriege um die zur Neige gehenden fossilen Brennstoffe (vgl. Altvater 2005: 142), Konflikte um fruchtbares Land, usw. sind Bestandteil der Klimakrise, die sich in den nächsten Jahren noch zuspitzen wird. Die Klimakrise lässt sich also nicht auf ein ‚Naturproblem‘ beschränken, sondern muss als gesellschaftliches Problem verstanden werden, dessen Ursachen in den kapitalistischen Produktions- und Konsummustern zu finden sind. Diese Herangehensweise ergibt ein spannendes Forschungsfeld in welchem Gewerkschaften eine Schlüsselrolle innehaben – wobei eine zentrale Frage ist, ob sich Gewerkschaften, bezüglich ihrer Klimapolitik, kapitalistischen Notwendigkeiten wie Standort, Wettbewerbs- und Wachstumslogik unterwerfen oder ob sie an alternative Konzepte anknüpfen können.

Im Sinne einer Konkretisierung ist es zwar nicht zulässig von ‚den Gewerkschaften‘ zu sprechen, jedoch erscheint mir eine grundsätzliche Eingrenzung auf eine Teilgewerkschaft als problematisch, da jede Teilgewerkschaft jene Branche(n) widerspiegelt, die sie organisiert. Dies führt zu unterschiedlichen bzw. widersprüchlichen Positionen zu den einzelnen Phänomenen der ‚ökologischen Krise‘ und auch des Klimawandels. Die Beschränkung auf eine Teilgewerkschaft würde wichtige Aspekte ausblenden bzw. diese Widersprüchlichkeiten negieren. Auch können die Positionen des Dachverbandes – der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) – nicht als ‚kleinster gemeinsamer Nenner‘ gesehen werden, weil dies den innergewerkschaftlichen Macht- und Kräfteverhältnissen nicht gerecht werden würde. Aus diesem Grund erscheint mir eine Eingrenzung im Bezug auf die österreichische Gewerkschaftsbewegung als nicht sinnvoll und auch als nicht notwendig. Nicht notwendig deshalb, weil sich dies ohnehin aus den konkreten Themengebieten ergeben wird.

1.2. Forschungsstand

Die aktuelle Literatur zum Thema ‚Gewerkschaften und Ökologie‘ muss als spärlich bezeichnet werden. Vor allem mangelt es an aktuellen Beiträgen, sowohl aus den Gewerkschaften wie auch an kritischen Betrachtungen von außen. Eine Ausnahme stellt die Broschüre der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) ‚Klima in der Krise‘ dar, welche die gewerkschaftliche Praxis bezüglich des Klimawandels kritisch betrachtet. Innerhalb der Gewerkschaften wird das Thema ‚Ökologie‘ insbesondere unter dem Aspekt der ‚Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz‘ behandelt. In den 1980er und 1990er Jahren wurde diese Eingrenzung des Themas durchbrochen. Vor allem der inzwischen aufgelöste Umweltbeirat der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) lieferte dazu wertvolle Beiträge, die weit über das Verständnis von Ökologie im Sinne von ‚Umweltschutz‘ und ‚Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz‘ hinausgingen (vgl. Blau/Weiß/Wenisch 1997, Blau 1998, Blau 1999a, Blau 1999b). Sander gibt einen Überblick über die sozialdemokratische Kulturbewegung und ihrem Zugang zu ‚Natur‘ und öffnet damit die Perspektive auf die österreichische ArbeiterInnenbewegung bis 1934 (vgl. Sandner 1999). Zu konkreten Fragestellungen finden sich in Österreich rund um die Protestbewegungen gegen das AKW in Zwentendorf und den geplanten Bau eines Wasserkraftwerkes in Hainburg zahlreiche Dokumente und Beiträge, die das schwierige Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der in den Kinderschuhen steckenden Ökologiebewegung thematisieren (vgl. Halbreiner/Murlasits/Schönfelder 2009).

Diese Publikationen ermöglichen es Konflikte nachzuvollziehen und tradierte Argumentationslinien im Spiegel der damaligen Auseinandersetzungen zu erfassen. Zur aktuellen Situation und vor allem bezüglich des Klimawandels finden sich jedoch bis auf die erwähnte Broschüre der Gewerkschaftsfraktion AUGE/UG keine Publikationen und Quellen.

1.3. Theoretische Einbettung

Den theoretischen Anker für die vorliegende Arbeit bildet die ‚Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse‘. Diese erscheint insofern als hilfreich, da sie „das gesamte Geflecht der vermittelnden Beziehungen und Verhaltensformen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur sowie die sich darin herausbildenden Muster“ (Becker/Jahn 2003: 101) erfasst. Diese Herangehensweise findet sich auch bei Schmidt, der bereits 1971 der Frage nach dem Begriff der Natur in der marxistischen Theorie nachging. Wesentlich dabei ist vor allem der Begriff des ‚Stoffwechsels‘, der zum Inhalt hat, „dass die Natur humanisiert, die Menschen naturalisiert werden“ (Schmidt 1971: 248). Zudem stellt die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die Frage „welche Mechanismen, Institutionen, Werte und Normen [...] gesellschaftliche Naturverhältnisse gestalten und bestimmen“ (Brunnengräber et al. 2008: 50). Damit wird dem statischen Bild ‚Mensch-Natur‘ und der daraus resultierenden ‚Entweder-oder-Logik‘ ein dialektisches, konstitutives Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft entgegengestellt. Phänomene, wie zum Beispiel der Klimawandel, werden als sozial-ökologische Krise erfasst. Damit findet auch eine Berücksichtigung aller „Querschnittsbereiche“ (ebd.) auf der gesellschaftlichen Ebene statt (vgl. ebd.: 49f), welche in Bezug auf die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit von Relevanz sind. Zudem wird davon ausgegangen, dass es längst nicht mehr um die Frage geht, „ob sich Gesellschaften auf ökologische Probleme einstellen, sondern wie sie dies tun“ (Görg 2003: 12).

1.4. Fragestellungen und Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit behandelt den Umgang der österreichischen Gewerkschaftsbewegung mit ökologischen Krisenerscheinungen am Beispiel des Klimawandels.

In einem ersten Schritt wird die Frage beantwortet, inwieweit die ‚Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse‘ in Bezug auf das skizzierte Forschungsvorhaben von Relevanz ist:

- Inwiefern erfasst die ‚Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse‘ den Klimawandel als sozial-ökologisches Problem?

In einem zweiten Schritt soll der Begriff des Klimawandels geklärt und die Ursachen dafür erörtert werden. Insbesondere sind folgende Fragen zu klären:

- Was wird unter dem Begriff ‚Klimawandel‘ verstanden und welche Ursachen und Auswirkungen hat er?

In einem dritten Schritt soll die Praxis und Positionierung der Gewerkschaften bezüglich des Klimawandels ausgeführt werden. Folgende Fragen sollen dabei beantwortet werden:

- Wie lässt sich der Zugang der Gewerkschaften/ArbeiterInnenbewegung zu Natur bzw. Naturverhältnissen historisch betrachtet beschreiben?
- Lassen sich im Umgang der Gewerkschaften/ ArbeiterInnenbewegung mit Naturverhältnissen Kontinuitäten bzw. Brüche feststellen?
- Wie positionieren sich die österreichischen Gewerkschaften zum Klimawandel und welche Aspekte und Faktoren stehen dabei im Vordergrund?
- Welche Probleme und konkreten Fragestellungen werden im Zusammenhang mit dem Klimawandel seitens der Gewerkschaften diskutiert?
- Werden die ökologische Krise und insbesondere der Klimawandel seitens der österreichischen Gewerkschaften als Teil der sozialen Frage diskutiert?
- In welchen gesellschaftlichen Kräften sehen die österreichischen Gewerkschaften BündnispartnerInnen um dem Phänomen des Klimawandels zu begegnen?

1.5. Methoden

Die Beantwortung der Forschungsfragen erfolgt durch einen Methodenmix aus qualitativer Inhaltsanalyse und ExpertInnen-Interviews.

Zur Beantwortung der Fragestellungen rund um den Begriff und die Ursachen des Klimawandels wird auf Fachliteratur und wissenschaftliche Publikationen zurückgegriffen. Die Fragestellung nach dem Verhältnis der österreichischen Gewerkschaften zum Klimawandel lässt sich, mangels aktueller Literatur, jedoch nur durch eine Analyse der Beschlusslagen und Publikationen seitens der Gewerkschaften beantworten. Zudem wurden Interviews mit GewerkschafterInnen durchgeführt.

2. Die ‚ökologische Frage‘ im sozial-wissenschaftlichem Diskurs

Im wissenschaftlichen Diskurs wurden ökologische Probleme lange Zeit hauptsächlich aus naturwissenschaftlicher Perspektive betrachtet und als ‚Umweltproblem‘ definiert. Analysen, die gesamtgesellschaftliche Fragen in die Lösung von ökologischen Problemen einbeziehen, standen dabei eher am Rande. Mit dem Aufschwung der Ökologiebewegung in den 1970er und 1980er Jahren lässt sich jedoch eine Politisierung der Materie feststellen, die die Lösung von ökologischen Fragen in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext stellte. Ein Ergebnis dieser Politisierung ist die 1. Weltklimakonferenz 1979 in Genf (vgl. Walk/Brunnengräber 2000: 25). Parallel dazu wurden ökologische Fragen auch in den Sozialwissenschaften thematisiert und unter anderen Gesichtspunkten diskutiert (vgl. Görg 1999: 7). Zentral dabei war die Fokussierung auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur, welche die bisherige Trennung bzw. strikte Gegenüberstellung von Gesellschaft und Natur aufzubrechen versuchte. Vielmehr gilt es die Frage zu klären, wie sich gesellschaftliche Verhältnisse in Natur und wie sich Naturverhältnisse in Gesellschaft einschreiben. ‚Umweltprobleme‘ sind also keine Probleme der Natur, sondern Probleme des gesellschaftlichen Umganges mit Natur bzw. natürlichen Ressourcen. Diese Herangehensweise öffnete ein Feld in dem Fragen der kapitalistischen Produktions- und Konsummuster ebenso eine Rolle spielen, wie die Frage nach Verteilungs- und Ressourcengerechtigkeit, globaler Arbeitsteilung und nicht zuletzt die Frage von Klimagerechtigkeit und Biodiversität.

Gewerkschaften haben bei all diesen Fragestellungen eine Schlüsselposition inne. Denn neben ihrer ‚Produktionsmacht‘ auf betrieblicher Ebene werden auch gesamtgesellschaftliche Themen bzw. Praxisfelder angesprochen, die Gewerkschaften seit jeher mitgestaltet haben bzw. in welchen Gewerkschaften den Anspruch haben diese mitzugestalten. Um sich der Frage nach dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und ökologischen Problemen zu nähern, braucht es also eine Theorie, die auf diese Schnittstellen fokussiert und Phänomene, wie zum Beispiel den Klimawandel, als sozial-ökologische Phänomene erfasst. Dies ermöglicht nicht nur eine umfassende Auseinandersetzung mit ökologischen Problemen, sondern zeigt auch die Möglichkeiten und Probleme auf, die sich für gesellschaftliche AkteurInnen in der Lösung dieser Probleme ergeben.

Die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse betrachtet den Klimawandel als sozial-ökologisches Problem. Es werden sowohl gesellschaftliche Ursachen für die Zerstörung von Natur als auch deren soziale Auswirkungen analysiert. „Was im öffentlichen Diskurs als

Umweltprobleme oder ökologische Risiken verhandelt wird, übersetzen wir als Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.“ (Becker/Jahn 2003: 94)

Im Folgenden soll dargestellt werden, inwiefern die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die ‚ökologische Frage‘ im Allgemeinen und den Klimawandel im Speziellen als sozial-ökologisches Problem betrachtet und deshalb in Bezug auf die Fragestellung von Relevanz ist.

2.1. Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse versteht sich in der Tradition der ‚älteren‘ Kritischen Theorie, welche „dem Naturverhältnis industriell-kapitalistischer Gesellschaften einen absolut zentralen Stellenwert“ (Görg 1999: 114) einräumte. Dennoch muss festgehalten werden, dass die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht eine Aufarbeitung oder Fortführung der Kritischen Theorie ist, sondern ein im Kontext der 1980er und 1990 Jahre entstandenes eigenständiges Projekt, denn „aus Interpretationen und Kommentaren zu den traditionsreichen Frankfurter Texten ist sie nicht zu gewinnen“ (Becker/Jahn 2003: 94). Ausgehend von der Forschungsgruppe ‚Soziale Ökologie‘ und dem Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) wurde der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse seit den 1980er Jahren in die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen eingebracht (vgl. Görg 2003: 14). Der Begriff beschreibt die „Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur“ (Becker/Jahn 2003: 101) und setzt darüber hinaus die materiellen Grundlagen einer Gesellschaft in Bezug zu deren grundlegenden Strukturen. Zudem gilt der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht als Synonym für ökologische Krisenphänomene, sondern beschreibt den Austauschprozess zwischen Mensch bzw. Gesellschaft mit Natur (vgl. ebd. 101f). Diese Verhältnisse sind gesellschaftlich geprägt und erst durch diese Prägung treten so genannte Krisen auf. „Verfolgt man die einzelnen Krisenphänomene zu den Aktivitäten zurück, die zwischen Gesellschaft und Natur regulierend vermitteln, dann lassen sich besonders gefährdete und gefährdende gesellschaftliche Naturverhältnisse identifizieren.“ (ebd.: 102) Ähnlich formulieren dies Oels, Altvater und Brunnengräber, indem sie den Klimawandel nicht als „plötzlich auftretende Klimakatastrophe“ (Oels et al. 2003: 111), sondern als „Ausdruck spezifischer gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ (ebd.) beschreiben, wobei Natur nicht

unabhängig von „ihrer gesellschaftlichen Bestimmtheit“ (ebd.) existiert und der Klimawandel somit als eine „umfassende Gesellschaftskrise zu verstehen ist“ (ebd.). Gleichzeitig ist der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, jedoch auch als „Konzept zu verstehen, um diese Beziehungen in ihrer empirisch vorfindlichen Besonderheiten zu begreifen und zu analysieren“ (Becker/Jahn 2003: 101) bzw. ist als „theoretisches Orientierungskonzept“ (ebd.) zu betrachten. Zu Beginn der sozial-ökologischen Forschungstätigkeit am ISOE wurden folgende Grundsätze festgelegt: Sowohl theoretische als auch empirische Forschung, eingrenzbar Problemlagen, Transparenz bei der methodischen Umarbeitung von sozial-ökologischen Problemlagen in wissenschaftliche Problemstellungen, Überführung von Forschungsergebnissen in gesellschaftliche Praktiken, Techniken und Deutungen (vgl. ebd.: 94). Im Folgenden wird ausgeführt aus welchen Aspekten heraus die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse als theoretisches Orientierungskonzept für die Fragestellung geeignet ist.

2.1.1. Die Klimakrise als sozial-ökologisches Problem

Die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse betrachtet die Klimakrise als sozial-ökologisches Problem. Das heißt es wird „nach der Gesamtheit der Prozesse, mit denen Gesellschaften die Beziehung zu ‚ihrer‘ Natur formen und regulieren“ (Oels et al. 2003: 114) gefragt. Naturverhältnisse stellen dabei keine abstrakte Größe dar, sondern umschreiben zentrale Aspekte und Bedürfnisse, die sowohl von gesellschaftlichem als auch individuellem Interesse sind: „Produktion, Ernährung, Fortbewegung, Wohnung, Fortpflanzung kennzeichnen sowohl basale gesellschaftliche Naturverhältnisse als auch sozial-ökologische Krisenfelder.“ (Becker/Jahn 2003: 103) Diese Definition zeigt auf, dass ökologische Krisenphänomene nicht als Naturprobleme erfasst, sondern als Querschnittsmaterie (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 50) zwischen Gesellschaft und Natur betrachtet werden müssen. Als Beispiele dafür gelten unter anderem die „auf Verbrennung fossiler Energieträger basierende kapitalistische Produktionsweise“ (ebd.) wie auch der hohe, durch westliche Konsummuster verursachte, Energieverbrauch (vgl. ebd.). Schmidt griff 1971 auf den von Marx geprägten Begriff des ‚Stoffwechsels‘ zurück, der darlegt, „dass die Natur humanisiert, die Menschen naturalisiert werden“ (Schmidt 1971: 248). Natur und Gesellschaft stehen also in einem dialektischen, konstitutiven Verhältnis zueinander. Natur kann nicht unabhängig von

Gesellschaft und diese wiederum nicht unabhängig von Natur gedacht werden. Die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse widerlegt mit diesem Bild der Dichotomie zwischen Natur und Gesellschaft. Damit wird nicht nur die Gegenüberstellung von Mensch bzw. Gesellschaft und Natur aufgehoben, sondern auch auf vertikaler Ebene der Mythos bzw. das Ideal der Naturbeherrschung seitens des Menschen bzw. der Gesellschaft in Frage gestellt. Diese Annahme geht ebenfalls auf die ‚ältere‘ Kritische Theorie zurück, welche „die Kritik der Naturbeherrschung und die damit verbundenen emanzipatorischen Vorstellungen“ (Becker/Jahn 2006: 174) thematisierte. Ausgehend von einem dialektischen, konstitutiven Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen krisenhafte Naturverhältnisse, wie der Klimawandel, zustande kommen bzw. wie Naturverhältnisse prinzipiell „reguliert“ (Becker/Jahn 2003: 103) werden. Grundsätzliche Fragen nach der Art und Weise wie Gesellschaften bzw. deren Naturverhältnisse organisiert sind, wie etwa Fragen der Ressourcen- und Verteilungsgerechtigkeit, spielen dabei ebenso eine Rolle wie Fragen von Machtverhältnissen und unterschiedlichen Interessenslagen und die daraus resultierenden Konflikte. Damit wird „das gesamte Geflecht der vermittelnden Beziehungen und Verhaltensformen zwischen Individuen, Gesellschaft und Natur sowie die sich darin herausbildenden Muster“ (Böhme/Manzei 2003: 101) erfasst. Vor diesem Hintergrund werden auch jene Ansätze, die eine ‚rationale‘ Bewältigung von ökologischen Krisenphänomenen propagieren, in Frage gestellt.

Vielmehr berücksichtigt die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse unterschiedliche Interessenslagen bei der Lösung solcher Probleme und führt diese wiederum auf gesamtgesellschaftliche Fragen zurück.

„Die Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgase machen unzählige Verhaltens- und Produktionsveränderungen erforderlich, die jedoch je nach politischer Überzeugung, sektoralem Wirtschaftszweig, drohenden Einkommenseinbußen oder neuen Gewinnchancen abgelehnt oder angestrebt werden.“ (Walk/Brunnengräber 2000: 13)

Ganz wesentlich dabei ist, dass die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht nur auf die Beziehung zwischen Mensch und Natur fokussiert, sondern vielmehr die Frage stellt, welche gesellschaftlichen Bedingungen den jeweiligen Umgang mit Natur beeinflussen. Becker/Jahn weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich gesellschaftliche Naturverhältnisse sowohl durch das Zusammenwirken individueller Handlungen herausbilden als auch durch Institutionen und ausdifferenzierte Funktionssysteme vermittelt werden (vgl.

Becker/Jahn 2003: 102). Diese Herangehensweise schafft also auch Platz um den Umgang spezifischer AkteurInnen, wie jener der österreichischen Gewerkschaften, mit dem Klimawandel zu untersuchen.

2.1.2. Herrschafts- und gesellschaftskritische Perspektive

In der Tradition der Kritischen Theorie behandelt die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse Probleme wie den Klimawandel aus einer herrschafts- und gesellschaftskritischen Perspektive, da diese „im Kontext historisch spezifischer, kapitalistisch geprägter Herrschaftsverhältnisse betrachtet“ (Brunnengräber et al. 2008: 53) werden müssen. Die gesellschaftlichen und sozialen Entstehungsfaktoren für den Klimawandel werden dabei ebenso berücksichtigt, wie dessen sozialen Auswirkungen. Naturphänomene wie der Klimawandel werden also zum Teil der ‚sozialen Frage‘. Die Entstehung von sozial-ökologischen Problemstellungen wird dabei in einen direkten Zusammenhang mit kapitalistischen Produktions- und Konsummuster gebracht. Ebenso wird hervorgehoben, dass die Auswirkungen dieser Problemstellungen Hand in Hand mit bestehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten gehen bzw. diese sogar noch verstärken. Görg weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Auseinandersetzung mit Naturverhältnissen auch „alte sozialwissenschaftliche Themen, wie Herrschaft wieder aktuell werden“ (Görg 2003: 10) lässt. Die Auseinandersetzung mit ökologischen Krisenphänomenen muss also einen kritischen Blickwinkel einnehmen und die Frage stellen, ob denn wirklich alle Menschen gleichermaßen vom Klimawandel betroffen sind bzw. „ob denn ein ‚uns‘ hier angebracht ist“ (ebd.: 9).

Ein weiterer zentraler Punkt stellt die Annahme dar, dass nicht nur die Naturbeherrschung kritisch hinterfragt und vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Verhältnisse betrachtet werden muss, sondern auch, „dass die Kontrolle der Naturverhältnisse ein wichtiges Medium sozialer Herrschaft ist“ (Wissen 2008: 85), womit auch „der enge Zusammenhang zwischen Naturbeherrschung und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen deutlich“ (ebd.) wird. Vor dem Hintergrund einer gesellschaftskritischen Perspektive werden auch unterschiedliche Interessenslagen, wie sie im nächsten Abschnitt behandelt werden, diskutiert. Somit werden auch die Möglichkeiten der Durchsetzbarkeit spezifischer Anliegen und die damit einhergehende Frage von gesellschaftlicher Macht bei der Betrachtung von Naturverhältnissen mitgedacht. „Die öffentliche Thematisierung des Klimawandels [...] führte zu nationalen wie

internationalen Antworten, die aufgrund der Machtverhältnisse, wie sich schnell herausstellte, nur selektiv sein konnten.“ (Brunnengräber 2009: 419)

2.1.2. Interessenskonflikte

Ausgehend von einer herrschafts- und gesellschaftskritischen Perspektive stellt sich auch die Frage nach unterschiedlichen Interessen, die die Regulation von Naturverhältnissen mit sich bringt. Die Wahrnehmung und Bedeutung von Natur hat „mit einem Konglomerat von Motiven, Grundstimmungen, Überzeugungen, Interessen und Ambivalenzen zu tun“ (Oels et al. 2003: 113). Das Problem dabei ist, dass im wissenschaftlichen Diskurs und auch auf politischer Ebene nach wie vor eine technische Lösung bezüglich des Klimawandels anvisiert wird und somit eine „win-win Situation“ (Loske 1996 zit. nach: Oels et al. 2003: 116) suggeriert wird. Die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse setzt dieser Annahme über ein gemeinsam definiertes Problem jedoch „ein Politikverständnis entgegen, bei dem Kämpfe zwischen verschiedenen Deutungsmöglichkeiten des Problems ein zentraler Bestandteil der sozial-ökologischen Problemlage sind und damit eine wichtige Stellung im Forschungsprozess einnehmen müssen“ (Lutes 1998 zit. nach: Oels et al. 2003: 118).

Ausgehend von einer herrschafts- und gesellschaftskritischen Perspektive auf krisenhafte Naturverhältnisse werden (meist) soziale Kategorien, wie Klassenstandpunkte bzw. soziale und globale Unterschiede, angewendet um unterschiedliche Interessen bei der Lösung von krisenhaften Naturverhältnissen herauszuarbeiten. Ausgehend von der Annahme, dass krisenhafte Naturverhältnisse, wie der Klimawandel an bestehende Ungleichheiten anknüpfen, ergeben sich auch unterschiedliche Interessenslagen sowohl in der Definition von Problemen, die aus dem Klimawandel resultieren (vgl. Oels et al. 2003: 113), als auch in deren Beantwortung. Vor allem die Analyse, dass für die Bekämpfung bzw. Eindämmung des Klimawandels bisher lediglich die geeigneten technischen Möglichkeiten fehlen, bringt bereits ganz bestimmte Interessen zum Ausdruck, welche sich auch auf internationaler Ebene in die klimapolitische Debatte eingeschrieben haben. Auf der ‚Konferenz für Umwelt und Entwicklung‘ in Rio de Janeiro 1992 standen vor allem Themen wie globale Unterschiede, soziale Ungleichheiten, sowie soziokulturelle Faktoren bei der Verursachung von Emissionen im Mittelpunkt. In den folgenden Jahren wurden auf den Vertragsstaatenkonferenzen der UN-Klimarahmenkonvention (COP) immer mehr nach „marktadäquaten“ (Walk/Brunnengräber

2000: 27) Lösungen gesucht, was letztendlich 1997 in Kyoto zu einer Aufwertung der Privatwirtschaft bei der Problembearbeitung führte (vgl. ebd.: 26f). Nachhaltigkeit, die Thematisierung von globalen Ungerechtigkeiten und die Hinterfragung des westlichen Konsummodells, Aspekte die zu Beginn der internationalen Klimadebatte noch bestimmend für die Diskussion waren, gerieten spätestens in Kyoto ins Abseits. Stattdessen setzte sich eine marktwirtschaftliche Regulierung (vgl. Brunnengräber 2009) durch, die das Resultat von spezifischen wirtschaftlichen Interessen war, das neoliberale Modell stabilisierte und den Klimaschutz als Möglichkeit betrachtet „um Profite auf neu geschaffenen (Finanz-)Märkten zu erzielen“ (ebd.: 422).

Die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse geht sowohl bei der Problemdefinition als auch bei den vorgeschlagenen Lösungsstrategien von unterschiedlichen Interessenslagen aus. Dabei liegt der Fokus vor allem bei den Konfliktsträngen Nord-Süd, Geschlecht und Klasse. Vor allem Letzterer stellt ein ganz zentrales Feld der gewerkschaftlichen Praxis dar und sollte daher viele Anknüpfungspunkte für Gewerkschaften bieten. Die Frage ist, inwiefern Gewerkschaften diese Anknüpfungspunkte aufgreifen, den Klimawandel als Konflikt sehen bei dem unterschiedliche Interessen aufeinanderprallen und welche Interessen Gewerkschaften dabei vertreten.

2.1.3. (Post)neoliberale kapitalistische Naturverhältnisse

Ausgehend von einer gesellschafts- und herrschaftskritischen Perspektive auf Naturverhältnisse werden sowohl die Ursachen als auch der Umgang mit Naturphänomenen, wie dem Klimawandel, auf eine (post-)neoliberale bzw. kapitalistische auf fossilistischer Grundlage basierender Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zurückgeführt. „Destruktive Naturaneignung ist der kapitalistischen Produktionsweise und den darauf bezogenen staatlichen Politiken und öffentlichen Diskursen inhärent.“ (Brand 2008a: 858) In Bezug auf den Klimawandel spielt hierbei auch der stoffliche Austausch zwischen Natur und Gesellschaft eine zentrale Rolle. Die Verbrennung fossiler Energieträger ist sowohl der „Treibstoff“ (Altvater 2009: 108) des derzeitigen Kapitalismus als auch die Hauptursache für die Erderwärmung. Die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse thematisiert jedoch nicht ‚nur‘ die kapitalistische Inwertsetzung von Natur (Rohstoffen, Boden, usw.), wie sie bereits von Marx im Kapital beschrieben wurde (vgl. Wissen 2008: 83), sondern zeigt auf,

dass auch krisenhafte Naturverhältnisse in Wert gesetzt werden und sich damit Profit machen lässt. Diese (post-)neoliberale Inwertsetzung von ökologischen Krisen zeigt sich besonders deutlich am Emissionshandel und dem Clean Development Mechanism (CDM).

„Mit der politisch eingeleiteten Vergabe von Verschmutzungsrechten werden die schädlichen Treibhausgase in das System kapitalistischer Vergesellschaftung integriert, indem ihnen ein Preis zugewiesen wird.“ (Brunnengräber 2009: 413)

Über politisch-legistische Regulation hat das Kyoto-Protokoll also „ganz neue und umfassende Geschäftsmöglichkeiten eröffnet“ (ebd.: 408). Das neoliberale Dogma von Liberalisierung, Privatisierung und der vollkommenen Marktdurchdringung wird demnach auch auf die Bekämpfung des Klimawandels angewandt.

„Technische Lösungsansätze, Versicherungspolicen, infrastrukturelle Anpassungsmaßnahmen fügen sich problemlos in die Wachstums- und Effizienzziele des Marktes ein, wo doch genau diese Logik Grundlage für die zerstörende ökologische Wirkungskraft der Industrialisierung seit ihrem Bestehen war.“ (ebd.: 423)

In Bezug auf Gewerkschaften stellt sich dabei die Frage, ob diese Inwertsetzung als solche wahrgenommen wird und sie dieser ähnlich wie der Privatisierung öffentlicher Güter – Stichwort GATS – entgegenreten. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Regulation von (krisenhaften) Naturverhältnissen damit vollkommen außerhalb institutionell-demokratischer Kontrolle und damit auch aus dem Einflussbereich der Gewerkschaften geraten ist.

2.1.4. (Globale) Ungleichheiten

Ausgehend von einer herrschafts- und gesellschaftskritischen Perspektive legt die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ein besonderes Augenmerk auf globale Ungleichheiten bezüglich der Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels. Laut Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) sind die so genannten Entwicklungsländer am stärksten von den Folgen der globalen Erderwärmung betroffen (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 153). Der Begriff der Verwundbarkeit oder Vulnerabilität ist in diesem Zusammenhang insofern von zentraler Bedeutung, als dass er auf die Rahmenbedingungen eingeht, die das Ausmaß der Vulnerabilität beeinflussen.

„Diese [...] reichen von konkreten Besitzverhältnissen, dem Zugang zu Produktionsmitteln und sozialer Sicherungs- und Infrastruktursystemen, wie Gesundheit, Bildung und Altersversorgung, über Telekommunikation oder Transportmittel und ungleiche Geschlechterverhältnisse bis hin zu ökologischen Degradierungen“ (ebd.: 155).

Die Auswirkungen von Naturphänomenen wie Hurrikans, Erdbeben, Überschwemmungen und Missernten müssen ganz grundsätzlich vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen betrachtet werden. Naturphänomene werden erst im konkreten Zusammenhang „mit den materiell-stofflichen, soziopolitischen und sozialstrukturellen Rahmenbedingungen zu einer Krise oder Katastrophe ‚produziert‘“ (ebd.: 156f). Und so treten auch „die Folgen des Klimawandels in Beziehungen zu bereits bestehenden lokalen Konfliktlagen“ (ebd.: 157). Während im Frühling 2010 ein Erdbeben den Inselstaat Haiti dem Erdboden gleichmachte, gelten Japan und der US-Staat Kalifornien de facto als ‚erdbebensicher‘. Missernten führen in Industriestaaten zu einem Anstieg von Nahrungsmittelpreisen, die für einen Großteil der Bevölkerung leistbar sind, während in Ländern der Sub-Sahara-Zone Millionen von Menschen dadurch vom Hungertod bedroht sind. Der Anstieg des Meeresspiegels stellt die BewohnerInnen von afrikanischen und asiatischen Küstengebieten vor andere Probleme als die EinwohnerInnen in New York. Dies macht deutlich, dass die Möglichkeiten sich vor negativen Umweltweinflüssen zu schützen, aufgrund bestehender sozialer Ungleichheiten stark voneinander abweichen und „dass sich sozialökologische Transformationen räumlich und sozial ungleich auswirken und somit als Verteilungsfragen zu thematisieren sind“ (Köhler 2008: 853).

Hinzu kommt, dass gerade jene Länder, die von den Folgen des Klimawandels am meisten betroffen sind, sowohl wegen ihre geographischen Lage als auch aufgrund der vorhandenen Möglichkeiten sich ausreichend zu schützen, innerhalb des internationalen Klimaregimes eine schwache Stimme haben. Anhand des gescheiterten Klimagipfels von Kopenhagen wurde sehr deutlich, dass vor allem die Interessen jener Länder, die am meisten unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben, sehr wenig berücksichtigt wurden. Einmal mehr wurde deutlich, dass jene AkteurInnen, die ein sozial-ökologisches Problem verursachen, meist andere sind, als jene, die davon betroffen sind und jene, die an einer angeblichen Lösung arbeiten (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 156). „Wirtschaftlich schwache Staaten sind kaum in der Lage, ihre Interessen auf internationaler Ebene durchzusetzen. Sie sind dazu gezwungen, sich an die Machtverhältnisse im internationalen System anzupassen.“ (Brunnengräber 2009: 420) Die Positionierung der Industrieländer innerhalb dieses globalen Machtgefüges zeigt

jedoch auch die Bedeutung von Klimaverhandlungen für gesamtgesellschaftliche Fragen in den Entwicklungsländern auf und verdeutlicht, dass „der ursprüngliche anvisierte Zusammenhang [...] zwischen einer Bearbeitung globaler ökologischer Problemlagen und der weltweiten Ungleichheit und sozialen Ungerechtigkeit wieder in seine Bestandteile auseinander“ (Görg 2003: 10) fällt. In den Industrieländern „wird nachhaltige Entwicklung meist auf eine ökologische Modernisierung ihrer eigenen Gesellschaften reduziert“ (ebd.), während der Klimawandel einen großen Teil der Menschheit in ihrer Existenz bedroht.

Ein unterschiedliches Ausmaß an Vulnerabilität lässt sich nicht länderspezifische kategorisieren. Vielmehr geht es darum, unterschiedliche soziale Rahmenbedingungen hinsichtlich der Auswirkungen von Naturphänomenen ins Blickfeld zu rücken. Besonders deutlich wurde dies anhand des Hurrikans Katrina, der 2005 New Orleans verwüstete und deutlich machte dass erst Umstände, die auf sozialen Ungleichheiten basieren (mangelnder Katastrophenschutz, fehlende Evakuierungspläne, zu langsam anlaufende Rettungseinsätze, usw.) den Hurrikan zur wirklichen Katastrophe machten (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 52). Ein weiteres Beispiel sind die durch Dürreperioden verursachten Anstiege von Lebensmittelpreisen. Auch wenn diese in Industrieländern wie Österreich vergleichsweise ‚milde‘ Auswirkungen haben, so zeigt sich, dass auch dort sozial schwache Bevölkerungsgruppen maßgebliche Probleme mit der Verteuerung von Lebensmitteln haben (vgl. Moser 2009: 3).

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass sich die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse aufgrund ihrer sozial-ökologischen Perspektive, die sowohl herrschaftskritische Aspekte als auch auf sozialen Ungleichheiten basierende Interessenskonflikte berücksichtigt als theoretisches Fundament für das Forschungsvorhaben eignet.

3. Klimawandel

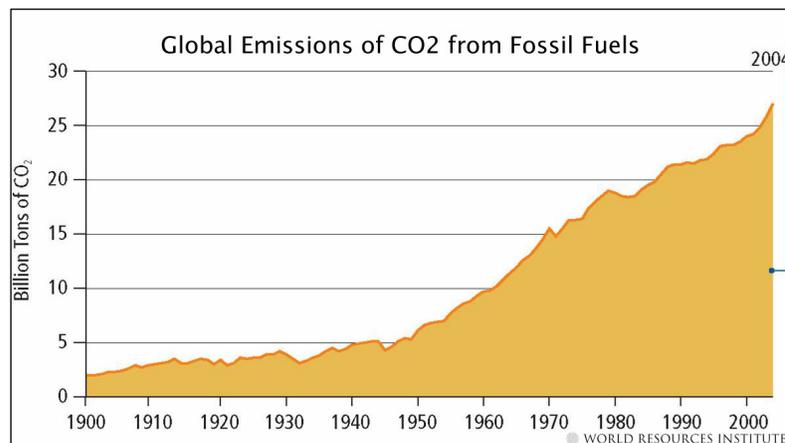
Der anthropogene Treibhauseffekt bzw. der Klimawandel ist kein neues Phänomen. Bereits im Jahre 1896 wies der schwedische Chemiker Svante Arrhenius auf die negativen Auswirkungen beim Verbrennen von Kohle auf die Erdatmosphäre hin (vgl. Betsill 2005: 105). Unter Klimawandel ist die Verstärkung des natürlichen Treibhauseffektes zu verstehen, der durch den in der Atmosphäre vorhandenen Wasserdampf und den Spurengasen Kohlendioxid, Ozon, Distickstoffmonoxid, Methan und Fluorchlorkohlenwasserstoffe (HFKW, FKW, SF₆) entsteht. Der natürliche Treibhausgaseneffekt wird dadurch erzeugt, dass diese Spurengase kurzweilige Sonnenstrahlen in die Erdatmosphäre eindringen lassen und einen Großteil der langwelligen, von der Erde zurückkommenden, Strahlen absorbieren. Dieser physikalische Vorgang erhöht die Erdtemperatur, die ohne den natürlichen Treibhauseffekt bei -19 Grad Celsius liegen würde (vgl. Karathanassis 2003: 72).

Seit dem Einsetzen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert ist die Konzentration von Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre um 30% gestiegen; die Konzentration von Methan um 150%. Diese Zunahme der Treibhausgaskonzentrationen führte in den letzten 100 Jahren zu einem weltweiten Temperaturanstieg zwischen 0,3-0,6 Grad Celsius (vgl. Ott 1997: 202). Die durch menschliches Handeln zunehmende Emission der genannten Stoffe verstärkt den natürlichen Treibhauseffekt. Der dadurch erzeugte Temperaturanstieg auf der Erde hat mehrere Auswirkungen, wobei das Schmelzen der Polkappen wohl zu den schwerwiegendsten zählt. Durch den Anstieg des Meeresspiegels sind nicht nur Küstenregionen gefährdet; durch die Richtungsänderung von Meeresströmen verschieben sich auch Vegetationsgürtel, wodurch eine weitere Wüstenbildung und die Verkleinerung von landwirtschaftlicher Nutzfläche bedingt ist (vgl. Karathanassis 2003: 77f). Das IPCC führt weiters die Änderung von Wind-, Niederschlags- und Temperaturmustern, die Intensität von tropischen Wirbelstürmen, die Häufigkeit von Hitzewellen und schweren Niederschlägen und die durch Dürre betroffenen Flächen als Aspekte des anthropogenen Treibhauseffektes an (vgl. IPCC 2007: 6f). Die zunehmende Erderwärmung wird das Leben der Menschen massiv beeinträchtigen. Der IPCC Report 2007 geht dabei von folgenden Szenarien aus (vgl. ebd.: 12f). Der Anstieg des Meeresspiegels wird in allen Küstenregionen zu Überflutungen führen. Am massivsten wird sich dies in Afrika und Asien auswirken, da auf beiden Kontinenten die Küstengebiete sehr dicht besiedelt sind. Hinzu kommen Überschwemmungen in Flussgebieten, wovon vor allem Europa und Asien betroffen sein werden. Gleichzeitig wird die Knappheit von Wasser zu

einem weltweiten Problem werden, wobei Afrika besonders betroffen sein wird. Nach Berechnungen des IPCC werden im Jahr 2020 75-220 Millionen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent an Wasserknappheit leiden. Für Nordamerika wird ein verschärfter Wettbewerb um Wasserressourcen prognostiziert. Der Einbruch durch Erträge aus der Landwirtschaft, meist durch Dürre verursacht, wird vor allem in Afrika, Lateinamerika und Asien die Ernährungsunsicherheit weiter verschärfen. In Afrika droht eine Zunahme von Hungerkatastrophen und Unterernährung. Von Dürre werden jedoch auch zunehmend Europa, Asien und Australien und Neuseeland betroffen sein; Waldbrände und Hitzewellen werden vor allem in Asien, Europa und Nordamerika zunehmen. Hinzu kommt eine voranschreitende Wüstenbildung in Afrika und Lateinamerika, wo auch ein Rückgang der tropischen Wälder prognostiziert wird. Die zunehmende Erderwärmung wird weltweit zu einem Rückgang der Arten (Flora und Fauna) führen: In Europa könnten 2080 60% der Tierarten, die wir heute kennen, verschwunden sein; Ähnliches gilt für die Riffe in Australien und Neuseeland und Lateinamerika. Für Europa werden vor allem der Rückzug der Gletscher und der Rückgang der Schneedecke fatale Folgen haben. Es werden sowohl der Wintertourismus im Norden, wie auch der Sommertourismus in den südlichen Ländern zurückgehen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Klimawandel global betrachtet durchaus unterschiedliche Auswirkungen hat, jedoch auch die industrialisierten Länder treffen wird.

3.1. Ursachen für den Klimawandel

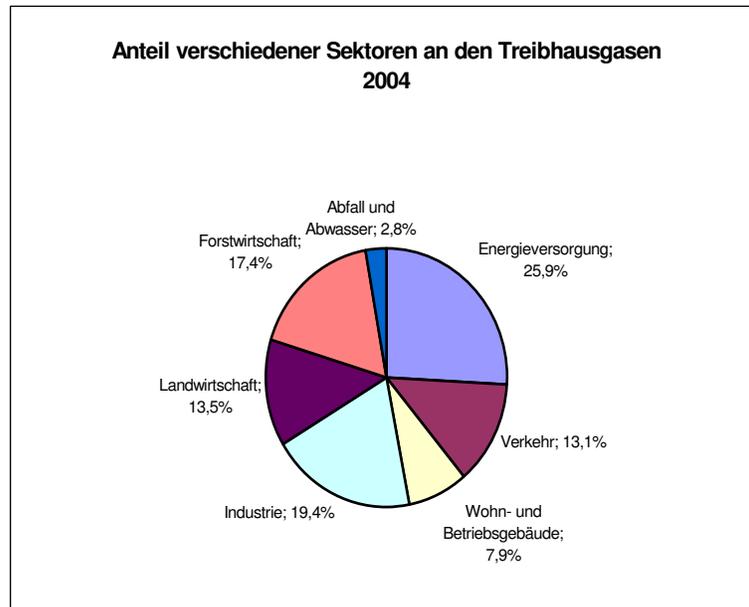
Der Klimawandel hängt eng mit der Industrialisierung und aktuell mit der fortgeschrittenen kapitalistischen Produktions- und Konsumweise zusammen. Die Konzentration von Treibhausgasen nimmt seit der Industrialisierung kontinuierlich zu und stieg insbesondere Mitte des 20. Jahrhunderts rasant an.



Quelle: WRI 2004

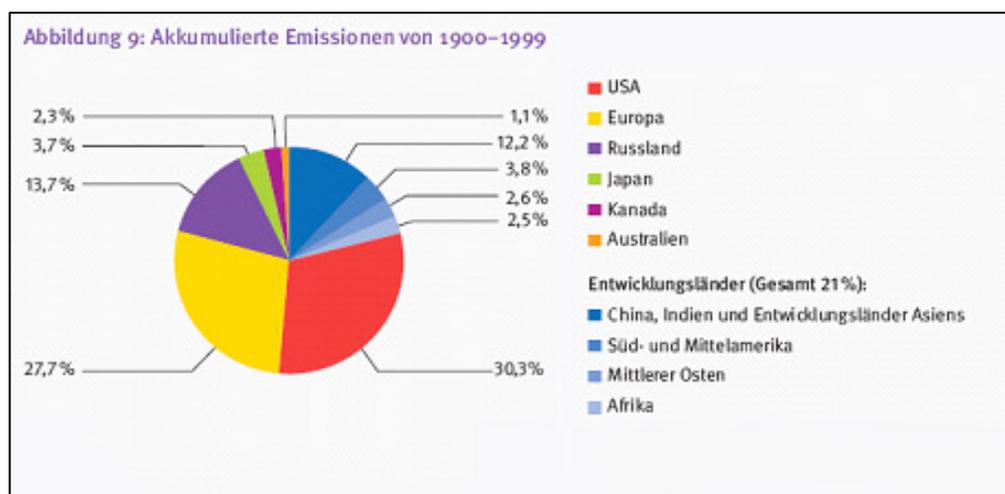
„Der Anteil von Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre ist heute um mehr als ein Drittel höher als zu Beginn der Industrialisierung.“ (Germanwatch 2010: 4) Zudem zeichnet sich seit Jahren ein immer rascherer Anstieg der Treibhausgasemissionen ab, die zwischen 1970 und 2004 um 70% gestiegen sind (vgl. IPCC 2007: 5).

Das wichtigste Treibhausgas ist CO₂, das einen Anteil von 76,7% an den Gesamtemissionen hat und vor allem bei der Nutzung fossiler Brennstoffe und durch Entwaldung und den Abbau von Biomasse entsteht. Das neben CO₂ wichtigste Treibhausgas ist Methan, das beispielsweise durch Rindtierhaltung oder den Einsatz von Düngemittel freigesetzt wird. „Methan wirkt mindestens 20-fach klimaschädlicher als die gleiche Menge CO₂“ (Germanwatch 2010: 10). Distickstoffmonoxid (N₂O) hat einen Anteil von 7,9% an den Gesamtemissionen und wird ebenfalls durch landwirtschaftliche Tätigkeiten erzeugt. Die Fluorkohlenwasserstoffe machen 1,1% der Gesamtemissionen aus (vgl. IPCC 2007: 6). Betrachtet man die Verteilung der Treibhausgase auf unterschiedliche Industriesektoren fällt mit 25,9% der höchste Anteil auf die Energieversorgung, 19,4% auf die Industrie, 17,4% auf die Forstwirtschaft, 13,5% auf die Landwirtschaft, 13,1% auf den Verkehr, 7,9% auf Wohn- und Betriebsgebäude und 2,8% auf Abfall und Abwasser.



Quelle: IPCC 2007

Die Treibhausgasemissionen sind global unterschiedlich verteilt. Im Zusammenhang damit wird immer wieder von der „historischen Verantwortung der Industriestaaten“ (Global 2000 2010: 13) gesprochen. Tatsächlich sind die Entwicklungsländer nicht nur übermäßig von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, sondern ihr Anteil an der Verursachung ist verhältnismäßig gering.



Quelle: Germanwatch 2010

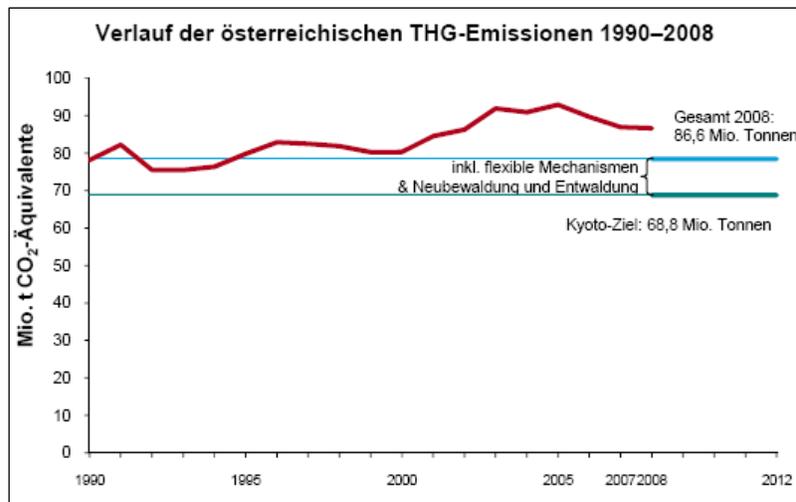
Die Tabelle zeigt, dass im 20. Jahrhundert 79% aller Treibhausgase von den Industrienationen verursacht wurden und lediglich 21% von Entwicklungsländern. Vor allem Europa und die USA sind maßgeblich für den Klimawandel verantwortlich; im Zeitraum von 1900-1999 betrug ihr Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen 58% (vgl. Germanwatch 2010: 23). Vor diesem Hintergrund sind auch aktuelle Zahlen zu sehen, die China seit 2007 noch vor den USA als größten Treibhausgasemittenten ausmachen (vgl. Salmhofer et al. 2010: 9). In den letzten Jahren holten neben China auch andere Schwellenländer wie u.a. Indien und Brasilien bei der Erzeugung von Treibhausgasen deutlich auf (vgl. Germanwatch 2010: 23). Die zuvor angesprochen historische Verantwortung der Industrieländer wird dadurch allerdings kaum geschmälert. Hinzu kommt, dass bei einer Betrachtung des Pro-Kopf-Ausstoßes die globale Ungleichheit weiterhin besteht. China hatte beispielsweise 2007 einen Pro-Kopf-Ausstoß von 4,6 Tonnen CO₂/Jahr, in Indien waren es lediglich 1,2 Tonnen. Im Vergleich dazu liegt der Pro-Kopf-Ausstoß in den USA bei 19,1, in Deutschland bei 10 (vgl. Germanwatch 2010: 24) und in Österreich bei 11 Tonnen (vgl. Global 2000 2010: 4). Zweifelsohne besteht nach wie vor eine globale Ungleichheit bei der Verursachung von Treibhausgasen. Berücksichtigt muss dabei jedoch auch die ungleiche Verteilung von CO₂-Emissionen innerhalb der einzelnen Länder gesehen werden. Brand spricht in diesem Zusammenhang von der „imperialen Lebensweise“ (Brand 2009: 99).

„Bei dieser handelt es sich nicht einfach um einen von unterschiedlichen sozialen Milieus praktizierten Lebensstil, sondern um herrschaftliche Produktions-, Distributions- und Konsummuster, die tief in die Alltagspraktiken der Ober- und Mittelklasse im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind.“ (Brand/Wissen 2011: 80)

Die „Verallgemeinerung“ (Wissen 2010: 31) dieser Lebensweise in den Schwellenländern, bezieht sich jedoch weniger auf die Angleichung von Lebensverhältnissen, sondern vielmehr auf „bestimmte Vorstellungen von ‚gutem Leben‘ und gesellschaftlicher Entwicklung“ (Brand/Wissen 2011: 82).

3.2. Klimawandel in Österreich

Im Jahr 2008 lag die Menge der Treibhausgasemissionen in Österreich insgesamt bei 86,6 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Damit lag Österreich 17,9 Millionen Tonnen über dem jährlichen Durchschnittswert des Kyoto-Ziels. Unter Berücksichtigung des Emissionshandels, sowie der JI- und CDM-Projekte und der Wiederaufforstung, ergibt sich eine Abweichung vom Kyoto-Ziel um 6,9 Millionen Tonnen CO₂ (vgl. Klimaschutzbericht 2010: 7).

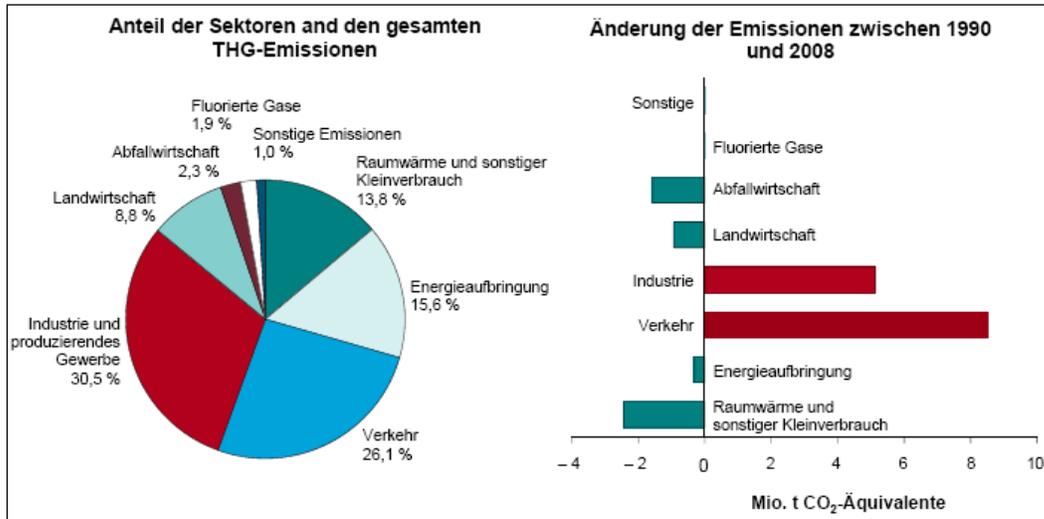


Quelle: Klimaschutzbericht 2010

Der internationale Trend eines hohen Anteils an CO₂-Werten an den Gesamtemissionen spiegelt sich auch in Österreich wieder. Während die Emissionswerte von Methan, Distickstoffmonoxid und den F-Gasen im Zeitraum 1990-2008 gesenkt werden konnten, sind die CO₂-Werte weiterhin angestiegen und haben 2008 einen Anteil von 85% an den Gesamtemissionen erreicht (vgl. Klimaschutzbericht 2010: 46).

Ursachen und Auswirkungen

Auch in Österreich liegt die Ursache für den Anstieg der Treibhausgase bzw. des CO₂-Ausstoßes im steigenden fossilen Brennstoffeinsatz.



Quelle: Klimaschutzbericht 2010

2008 wurden die Treibhausgasemissionen in Österreich maßgeblich von den Sektoren ‚Industrie und produzierendes Gewerbe‘ mit 30,5% und ‚Verkehr‘ mit 26,1% verursacht. Die ‚Energieaufbringung‘ hat einen Anteil von 15,6%, ‚Raumwärme und sonstiger Kleinverbrauch‘ 13,8%, ‚Landwirtschaft‘ 8,8%, ‚Abfallwirtschaft‘ 2,3%, ‚fluorierte Gase‘ 1,9% und ‚sonstige Emissionen‘ 1%. Wie aus der Abbildung ersichtlich ist, sind es auch die Sektoren ‚Industrie‘ (wobei hier nur jene Unternehmen, die nicht in den Emissionshandel fallen, erfasst sind) und ‚Verkehr‘, die die höchsten Abweichungen vom Kyoto-Ziel aufzeigen.

Im Vergleich zu vielen anderen Ländern der Welt, vor allem jenen auf der südlichen Halbkugel, ist Österreich derzeit und wohl auch in Zukunft nur geringfügig vom Klimawandel betroffen. Dies ist jedoch nur relativ zu sehen, da sich der Klimawandel auch in Österreich massiv auf Wirtschaft und Lebensweise der Menschen auswirken wird. Derzeit zeichnen sich negative Folgen der Erderwärmung vor allem im Alpenraum ab. Das Abschmelzen der Gletscher führt zu veränderter Wasserführung von Flüssen und hat Auswirkungen auf die Wasserspeicherfunktion und somit auf die Verfügbarkeit von Trinkwasser. Durch das Auftauen des alpinen Permafrostes in den Gletscherregionen werden sich Naturkatastrophen wie zum Beispiel Muren und Lawinen häufen. Zudem werden Pflanzen- und Tierarten

aussterben und die Schutzfunktion der Wälder wird beeinträchtigt werden. Wirtschaftlich betrachtet werden davon vor allem die Land- und Forstwirtschaft, sowie die Energiewirtschaft und der Tourismus betroffen sein (vgl. Klimastrategie 2007: 16).

3.3. Internationale Klimapolitik

Obwohl der anthropogene Treibhauseffekt bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts entdeckt wurde, sollte es über 80 Jahre dauern bis die globale Erderwärmung und ihre Ursachen und Auswirkungen auf die Agenda internationaler Politik gesetzt wurden. Bereits in den 1950er Jahre begannen WissenschaftlerInnen die Frage der Erderwärmung unter neuen Aspekten zu erforschen (vgl. Betsill 2005: 105). Auf dem internationalen politischen Parkett war der Klimawandel erstmals auf der ‚Conference on Human Environment‘ 1972 in Stockholm Thema (vgl. Linnér/Jacob 2005: 405). In den 1980er Jahren wurde der Klimawandel zwar bereits von einer breiten Öffentlichkeit, nicht jedoch von politischen Entscheidungsträgern oder Wirtschaftsverbänden als Problem wahrgenommen (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 87). Ott nennt für das zunehmende Interesse für den globalen Klimawandel auf internationaler Ebene in den 1980er Jahren drei Gründe: die Fortschritte bei der wissenschaftlichen Erforschung des Klimawandels, „das Erscheinen politischer Akteure“ (Ott 1997: 203) und die „Sensibilisierung großer Teile der Bevölkerung in den westlichen Industriestaaten“ (ebd.).

Während die 1. Weltklimakonferenz 1979 in Genf noch den Charakter einer „Informationsveranstaltung“ hatte, wurden auf der Folgekonferenz 1988 in Toronto bereits „konkrete Verhandlungen über eine Konvention zum Schutze des Klimas eingefordert“ (Brunnengräber et al. 2008: 88) und das ‚Toronto-Ziel‘, wonach die globalen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 20% gegenüber dem Jahr 1988 gesenkt werden sollten, festgelegt (vgl. Ott 1997: 204). Eine direkte Folge der Konferenz von Toronto war die Gründung des IPCC, einem zwischenstaatlichen Gremium aus 48 Staaten (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 88). Durch die Gründung eines internationalen Gremiums und der Forderung nach gemeinsamen Zielen bei der Lösung des Treibhauseffektes markiert die Konferenz von Toronto „den Eintritt des Klimaproblems in die internationale politische Arena“ (Ott 1997: 204).

Das IPCC präsentierte im Jahr 1990 seinen ersten Bericht, der die wissenschaftliche Grundlage für die UN-Klimarahmenkonvention darstellt, welche 1992 auf der ersten internationalen ‚Konferenz für Umwelt und Entwicklung‘ (UNCED) in Rio de Janeiro von

150 Staaten unterzeichnet wurde (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 88). Ausgehend von der „Sorge der Menschheit“ (Klimarahmenkonvention 1992) über die „Änderung des Erdklimas und ihre nachteiligen Auswirkungen“ (ebd.) wird als Ziel „die Stabilisierung der Treibhausgase“ (ebd.) angeführt, um eine „gefährliche Störung“ (ebd.) des Klimasystems zu verhindern. Ebenso findet sich in der UN-Klimarahmenkonvention ein Bekenntnis dafür, dass die Entwicklungsländer „Nachholbedarf“ (ebd.) hätten und dies berücksichtigt werden müsse. Die Vertragsstaaten verpflichteten sich u.a. zu folgenden Maßnahmen: Aufzeichnung und Berichterstattung über die anthropogenen Emissionen in den jeweiligen Ländern, Durchführung von Programmen zur Abschwächung des Klimawandels, Entwicklung von Technologien, Zusammenarbeit bei der Anpassung an den Klimawandel und Förderung des öffentlichen Bewusstseins bezüglich des Klimawandels (vgl. ebd.).

Bereits auf der ‚Konferenz von Rio‘ zeichnete sich jener Konflikt ab, der später auch die Konferenzen der Vertragsstaaten (COPs) in Kyoto, Kopenhagen und Cancún prägen sollte. Dieser Konflikt lässt sich nicht auf das ‚Nord-Süd-Problem‘ beschränken. Vielmehr zeigten sich auch zwischen den industrialisierten Ländern starke Interessensgegensätze. Als „Bremser“ (Ott 1997: 205) erwiesen sich in Rio de Janeiro die OPEC-Staaten, die USA und Russland. Die damalige EG bildete eine Allianz mit den AOSIS-Staaten, also jenen kleinen Inselstaaten, die massiv von einem Anstieg des Meeresspiegels betroffen sind (vgl. ebd.: 206). Nachdem 50 Vertragsstaaten die UN-Klimarahmenkonvention von Rio de Janeiro ratifiziert hatten, trat sie im Jahre 1994 in Kraft und ist seither völkerrechtlich bindend. Als Gremium zur Überprüfung der Durchführung der Konvention wurde die Konferenz der Vertragsstaaten (COP) eingerichtet, welche seit 1995 jährlich tagt.

3.3.1. Die Konferenzen der Vertragsstaaten (COPs)

Die COPs haben in den letzten Jahren unterschiedliche Ergebnisse erzielt. Bereits die erste COP im Jahre 1995 in Berlin stellte fest, „dass die Verpflichtungen der Klimarahmenkonvention nicht ausreichen“ (vgl. UNFCCC 2010). Mit dem ‚Berliner Mandat‘ wurde die Notwendigkeit eines Protokolls beschlossen, welches die Industriestaaten zu stärkeren Emissionsreduktionen verpflichten sollte. Das Kyoto-Protokoll, welches zwei Jahre später beschlossen werden sollte, wurde also bereits in Berlin als unabdingbar erachtet.

Vorausgegangen war der COP von Berlin der zweite Sachstandsbericht des IPCC, welcher den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel hervorhob (vgl. Brunnengräber et al. 2008: 89). Die ‚COP 2‘ im Jahre 1996 in Genf verlieh dem ‚Berliner Mandat‘ Nachdruck, indem erneut die Festlegung von quantitativen Zielen bezüglich der Emissionswerte gefordert wurde (vgl. ebd.). Ein entscheidender Punkt war, dass die USA „ihren Widerstand gegen rechtlich verbindliche Reduktionsziele“ (Ott 1997: 213) aufgaben. 1997 fand die Konferenz der Vertragsstaaten in Kyoto statt. Aufgrund der Tragweite des dort beschlossenen Protokolls muss sie als die bisher „größte und bedeutendste Klimakonferenz“ (Brunnengräber et al. 2008: 90) betrachtet werden.

3.3.2. Das Kyoto-Protokoll

Das Protokoll von Kyoto zum ‚Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderung‘ ist ein „Regelwerk, das sowohl Reduktionsziele und Zeitpläne, als auch Instrumente für die Zielerreichung, die so genannten flexiblen Mechanismen, enthält“ (Brunnengräber et al. 2008: 90). Die bereits in Berlin und Genf geforderten quantitativen Ziele zur Reduktion der Treibhausgase wurden vertraglich festgelegt. Das Kyoto-Protokoll beinhaltet die Verpflichtung der Industriestaaten die Treibhausgasemissionen zwischen 2008-2012 um 5,2% in Relation zum Basisjahr 1990 zu reduzieren.

„Trotz der in vielerlei Hinsicht unzureichenden Zielsetzungen, Anforderungen und Maßnahmenportfolios markiert das Kyoto-Protokoll dennoch einen Meilenstein in der internationalen Umweltpolitik. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden auf internationaler Ebene völkerrechtlich verbindliche Umweltziele vereinbart und mit dem Protokoll ein Grundstein für internationale und formal verbindliche Anstrengungen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen gelegt.“ (ebd.: 91)

Tatsächlich war Kyoto jedoch erst der Beginn eines mehrjährigen Prozesses, der erst 2001 auf der COP in Marrakesch mit den ‚Marrakesch Accords‘ seinen Abschluss fand (vgl. Braun/Santarius 2007: 99). Neben den quantitativen Reduktionszielen der Treibhausgasemissionen beinhaltet das Kyoto-Protokoll die so genannten ‚flexiblen Mechanismen‘. Diese haben „die Möglichkeit der Flexibilität bei der Vertragserfüllung“ (Schleicher/Kratena 2001: 12) zum Ziel. Es handelt sich dabei um ‚Offsetting‘ – worunter Clean Development Mechanisms (CDMs) und Joint Implementations (JIs) fallen – sowie um den Emissionshandel. Mit dem CDM wurde innerhalb des Kyoto-Protokolls ein Rahmen

geschaffen, der die Umsetzung von Projekten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern regeln soll. Dieser Rahmen beinhaltet den Transfer von finanziellen und technologischen Ressourcen von Industrie- in Entwicklungsländer. „Die Industrieländer konnten, die von ihnen angestrebte umfangreiche Beteiligung der Entwicklungsländer am Protokoll erreichen und werden somit in der Lage sein, Emissionsgutschriften durch Projektmaßnahmen in Entwicklungsländern zu erhalten (Oberthür/Ott 2000: 217). Kritischere Einschätzungen sehen im CDM-Mechanismus für Industriezweige und Staaten die Möglichkeit die eigenen Emissionsreduktionen hinausschieben zu können und für die Länder des Globalen Südens die Chance an der internationalen Klimapolitik profitieren zu können (vgl. Lohmann 2009: 730). Obwohl im Kyoto-Protokoll vor allem der Technologietransfer von Industrieländern in Entwicklungsländer hervorgehoben wird, dürfte jedoch insbesondere der Kostenfaktor die Attraktivität von CDM-Projekten erhöhen.

„Angesichts der modernen Ausstattung der Betriebe und der hohen Arbeitskosten müssen in Europa 80 Euro investiert werden, um eine Tonne weniger CO₂ zu produzieren. In China kostet dieselbe eingesparte Tonne im Durchschnitt 3 Euro.“ (Le Monde diplomatique, 14. Dezember 2007)

Dem JI-Mechanismus geht die Annahme voraus, dass emissionsreduzierende Maßnahmen dort durchgeführt werden, wo sie am kostengünstigsten sind bzw. sogar gewinnbringend sein können. Der JI-Mechanismus hat den Technologietransfer innerhalb der Industrieländer zum Ziel, wobei dieser Mechanismus vor allem für die CEIT-Länder geschaffen wurde (vgl. Oberthür/Ott 2000: 203). Die Tatsache, dass emissionsreduzierende Maßnahmen nicht in allen Ländern gleich teuer sind, liegt einerseits daran, dass in Entwicklungs- und CEIT-Ländern viele Standards, die in Industrieländern bereits umgesetzt wurden, noch nicht vorhanden sind. Es lassen sich also mit geringem Aufwand Emissionen einsparen. Andererseits halten jedoch auch klassische Standortvorteile, wie geringe Löhne, schlechte arbeitsrechtliche Standards und geringe ökologische Standards die Kosten emissionsenkender Maßnahmen in Entwicklungsländern und CEIT-Ländern gering. Neben den ‚flexiblen Mechanismen‘ ermöglicht das Kyoto-Protokoll außerdem den Emissionshandel. Staaten und Unternehmen können mit den ihnen zugeteilten Emissionsrechten handeln: Sie können diese kaufen, verkaufen oder teilweise in die nächste Verpflichtungsperiode übertragen lassen (vgl. Braun/Santarius 2007: 101).

Obwohl das Kyoto-Protokoll als ‚Meilenstein‘ der internationalen Klimapolitik bezeichnet wird, wurden sehr rasch auch kritische Stimmen laut. Einerseits werden dabei die qualitativen Ziele kritisiert. „Nach Auffassung mancher Experten entsprechen sie einer Temperatursenkung von 0,06 Grad Celsius“ (Le Monde Diplomatique, 13. Dezember 2002), was angesichts des erwarteten Temperaturanstiegs von 2 Grad Celsius bis 2050 sehr gering erscheint. Andererseits werden auch die ‚flexiblen Mechanismen‘ kritisiert. Die grundsätzliche Kritik an den ‚flexiblen Mechanismen‘ und somit – neben den quantitativen Reduktionszielen – am Herzstück des Kyoto-Protokolls, ist die „marktwirtschaftlich-technische Herangehensweise“ (Brunnengräber 2009a: 122) um das Klimaproblem zu lösen. Hierbei handelt es sich nicht um eine plötzliche Trendumkehr, sondern vielmehr um das Ergebnis eines jahrelangen Prozesses. Während auf der Klimakonferenz von Rio im Jahre 1992 noch Fragen der nachhaltigen Entwicklung und die Grenzen des Wachstums auf der Agenda standen, war auf der Konferenz von Johannesburg 10 Jahre später von „global environmental management“ (Charkiewicz 2009: 20) die Rede und „die herrschenden Produktions- und Konsumnormen“ (Brand 2008a: 859) wurden dabei nicht hinterfragt. Auf der Konferenz in Kyoto wurde die Logik des Marktes schließlich fixer Bestandteil internationaler Klimapolitik. Altwater/Mahnkopf sehen in der Ausgabe von „Verschmutzungsrechten“ (Altwater/Mahnkopf 2007: 224) und der dadurch entstehenden Privatisierung der Atmosphäre ein Beispiel für „neoliberale Hegemonie“ (ebd.). Das Kyoto-Protokoll hat mit dem Emissionshandel einen neuen Markt geschaffen, der in Anlegerkreisen mit „becoming a big business“ (Money Week, 21. Februar 2007) gepriesen wird. 2009 wurden 8,2 Milliarden Tonnen CO₂-Einheiten mit einem Wert von 94 Milliarden Euro gehandelt (vgl. Lebensministerium 2009: 7). Seit Beginn des Emissionshandels haben sich zahlreiche Unternehmen auf den Handel mit Verschmutzungsrechten spezialisiert. 2008 gab es bereits über 80 Kohlenstoff-Investmentfonds (vgl. Lohmann 2009: 726).

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt am Emissionshandel ist, dass die Hauptursache für den Klimawandel, nämlich die auf fossilen Brennstoffen basierende Produktion und Energieversorgung durch den Emissionshandel relativ unangetastet bleibt. Die Erforschung und Entwicklung neuer klimafreundlicher Technologien wird weiterhin verzögert, solange es die Möglichkeit gibt Emissionszertifikate zu erwerben. Die Annahme, dass der Emissionshandel Unternehmen motiviert in neue Technologien zu investieren, wird von KlimafolgenforscherInnen immer mehr angezweifelt (vgl. Lohmann 2009: 728).

Neben der Kritik an der marktkonformen ‚Strategie‘ gegen den Klimawandel wird der Clean Development Mechanism vor allem aus einer kritischen Nord-Süd-Perspektive als problematisch eingestuft. Aufgrund der historisch gewachsenen Ungleichheit zwischen den VerhandlungspartnerInnen – den Industrie- und Entwicklungsländern – wird in diesem Zusammenhang von „Ablasshandel“ (Altwater/Brunnengräber 2008), „Neokolonialismus“ (Oberthür/Ott 2000: 204) oder „Öko-Kolonialismus“ (Dietz/Brunnengräber 2008: 420) gesprochen, da die Länder des Globalen Südens zum „modernen Rohstofflieferanten von CO₂-Zertifikaten“ (ebd.) werden. Hinzu kommt, dass die geographische Verteilung von CDM-Projekten durchaus darauf schließen lässt, dass die Schaffung bzw. der Ausbau von Absatzmärkten und Profitmaximierung bei der Auswahl der Länder im Vordergrund steht. 75% der CDM-Projekte werden derzeit in China, Indien, Brasilien und Mexiko durchgeführt, also jenen aufstrebenden Volkswirtschaften, die momentan grundsätzlich für Investitionen attraktiv sind (vgl. ebd.). In Afrika hingegen werden derzeit lediglich 3% aller CDM-Projekte durchgeführt (vgl. ebd.: 419f). Die EU hat bereits auf diese geographische Schieflage reagiert. Vorbehaltlich einer anderen internationalen Einigung, können innerhalb des EU-Emissionshandelssystems CDM-Projekte ab 2013 nur mehr angerechnet werden, wenn sie in den wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) durchgeführt worden sind (vgl. Europäische Union 2011). Der Bereich des ‚Offsetting‘ hat sich ebenso wie der Emissionshandel zu einem großen Markt entwickelt. Für 2012 werden die Gewinne, die aus JI- und CDM-Projekten entstehen mit 55 Milliarden US-Dollar prognostiziert (Gilbertson/Reyes 2009: 11). Ein weiterer Kritikpunkt an CDM-Projekten betrifft deren mangelnde Seriosität. Im Kyoto-Protokoll ist ein wichtiges Kriterium für CDM-Projekte, dass aus ihnen zusätzliche Emissionsreduktionen erzielt werden (vgl. Kyoto-Protokoll, Artikel 12). Diese Zusätzlichkeit wird immer häufiger in Frage gestellt. So gibt es zahlreiche Berichte über Projekte, die erst nach deren Fertigstellung eingereicht worden sind (vgl. The Guardian, 26. September 2008). Eine Studie des Öko-Institutes gibt die Zahl der CDM-Projekte, die das Kriterium der Zusätzlichkeit nicht erfüllen konnten, auf 40% an (vgl. Dietz/Brunnengräber 2008: 418).

Unter Kritik gerieten in letzter Zeit auch CDM-Projekte, die die Beseitigung von HFC-23 zum Ziel haben (ebd.). Es handelt sich dabei um ein besonders klimaschädliches Gas, welches vor allem bei der Herstellung von Kühlschränken und Klimaanlage anfällt. Aufgrund der hohen Gewinnspanne, die sich aus den geringen Kosten für die Beseitigung des Gases und den dazu vergleichsweise teuren CO₂-Zertifikaten ergibt, ist die Produktion des Kühlmittels in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Aufgrund der Tatsache, dass viele Firmen mit CO₂-

Zertifikaten das Doppelte verdienen als durch den Verkauf des Kühlmittels selbst, hat sich hier ein lukrativer Geschäftszweig entwickelt (vgl. Tagesanzeiger Online 2009). Das Ausmaß der Emissionszertifikate, die über die Beseitigung von HFC-23 erreicht werden, ist enorm. Beinahe 30% der Zertifikate, die über CDM-Projekte erworben werden, werden über diese Praxis erzielt (vgl. Wara 2007: 595). Die EU will derartige Projekte ab Mai 2013 nicht mehr anrechnen (vgl. Europäische Union 2011).

Die Wirksamkeit des Kyoto-Protokolls muss immer mehr in Frage gestellt werden. Nach jetzigem Stand der Dinge kann das erklärte Ziel, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu beschränken, nicht erreicht werden. Außerdem zeigt sich, dass „ die internationalen klimapolitischen Vereinbarungen wesentlich von den wirtschaftlichen Interessen des Nordens, und auch des Südens selbst geprägt sind“ (Dietz/Brunnengräber 2008: 420). Die bisherige Bilanz des Kyoto-Protokolls: Der Ausstoß von Treibhausgasen ist seit der Verabschiedung des Protokolls nicht zurückgegangen, sondern gestiegen (vgl. Nuss 2010: 139). „Das Jahrzehnt 2000 bis 2009 war das wärmste seit Beginn der Klimaaufzeichnung vor 130 Jahren.“ (Germanwatch 2010: 3)

3.3.3. Die gescheiterte Konferenz von Kopenhagen

Das Kyoto-Protokoll ist zeitlich begrenzt und läuft 2012 aus. Die Bestrebungen auf den letzten beiden Konferenzen der Vertragsstaaten (COPs) in Kopenhagen 2009 und in Cancún 2010 ein Nachfolgeprogramm zu entwickeln, müssen jedoch bislang als gescheitert betrachtet werden. Vor allem der Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 gingen große Erwartungen voraus; nicht zuletzt, da das Nachfolgeabkommen mehr als nur eine Fortsetzung des Kyoto-Protokolls darstellen hätte sollen (vgl. Nuss 2010: 139). Letztendlich ist die COP von Kopenhagen jedoch gescheitert (vgl. Wissen 2010: 31) und weist „rechtlich einen fragwürdigen Charakter“ (Obermayer 2010: 18) auf. Anstatt eines Kyoto-Nachfolgeabkommens wurde der, rechtlich nicht bindende, ‚Copenhagen-Accord‘ beschlossen. Dieser beinhaltet allgemeine Zielsetzungen, wie etwa die Absichtserklärung, dass die Erderwärmung 2 Grad Celsius nicht übersteigen soll, die Fortsetzung der quantitativen Beschränkung von Emissionen durch die Industrieländer (allerdings ohne verbindliche Reduktionsziele), die Bereitstellung von Mitteln für Entwicklungsländer für die Reduktion

von CO₂-Emissionen und für Anpassungen an den Klimawandel seitens der Industrieländer und neue Mechanismen um neue Technologien im Klimaschutz zu fördern (vgl. Lebensministerium 2009: 6f).

Dabei handelt es sich jedoch um Absichtserklärungen und nicht um völkerrechtlich verbindliche Verpflichtungen wie etwa das Kyoto-Protokoll. Das ‚+2-Grad-Ziel‘ ist zudem „kaum als Erfolg zu werten“ (vgl. Nuss 2010: 141), da bereits eine Erderwärmung um 2 Grad Celsius für viele Regionen, wie etwa den Inselstaat Tuvalu, „desaströse Auswirkungen“ (ebd.) hätte und bereits eine Erwärmung von 0,7 Grad Celsius zu erheblichen Auswirkungen wie Wetterextremen, Wasserknappheit oder der Versäuerung der Meere führt (vgl. Global 2000 2010: 8). Als „wichtigstes Hindernis für ein Abkommen“ (Süddeutsche Zeitung Online, 18. Dezember 2009) wurden u.a. die „Klima-Streitigkeiten zwischen den USA und China“ (ebd.) in der Öffentlichkeit kolportiert. Tatsächlich agieren jedoch alle Länder „primär im Lichte ihrer ökonomischen und geopolitischen Interessen bzw. im Interesse ihrer jeweiligen Schlüsselindustrien“ (Obermayer 2010: 18), was vor dem Hintergrund global veränderter Wettbewerbsbedingungen (Wissen 2010: 30) betrachtet werden muss.

3.4. EU-Klimapolitik

Der Europäischen Union wurde innerhalb der internationalen Klimapolitik bereits im Vorfeld der Klimakonferenz von Rio eine „Vorreiterrolle“ (Walk/Brunnengräber 2000: 55) zugesprochen. In jüngster Vergangenheit bestimmten das Kyoto-Protokoll bzw. die Erreichung der Kyoto-Ziele die Klimapolitik der EU. Im Kyoto-Protokoll verpflichtete sich die EU zu einer Emissionsreduktion von 8% zwischen 2008-2012 im Vergleich zum Basisjahr 1990. Innerhalb der EU wurde diese Zielvergabe über ein „Burden Sharing“ (Schleicher/Kratena 2001: 13) unter den einzelnen Mitgliedstaaten aufgeteilt. Die Umsetzung des Kyoto-Protokolls auf EU-Ebene erfolgte in mehreren Schritten und ist in vier zentralen Dokumenten festgehalten: den beiden ‚Europäischen Programmen zur Klimaänderung‘ (ECCP I + II), welche 2000 bzw. 2005 verabschiedet wurden, der ‚Richtlinie über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten‘ 2003 und dem ‚Klima- und Energiepaket‘ 2008. Noch bevor die EU das Kyoto-Protokoll 2002 ratifizierte, hielt es die „Kommission für erforderlich, die Maßnahmen in den Mitgliedstaaten wie auch auf Gemeinschaftsebene zu intensivieren“ (Europäische Union 2005) und verabschiedete 2000 das erste ‚Europäische

Programm zur Klimaänderung' (ECCP I). „The goal of the ECCP is to identify and develop all the necessary elements of an EU strategy to implement the Kyoto Protocol” (Kommission der Europäischen Union 2010). Die zwei zentralen Elemente des Programms stellen „gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen aus spezifischen Quellen (Energieversorgung, Haushalte, Industrie, Verkehr) und der Vorschlag zur Einführung eines Emissionshandelssystems dar“ (BMU 2000). In verschiedenen Arbeitsgruppen sollte vor allem die Zusammenarbeit und die „Einbeziehung umweltpolitischer Gesichtspunkte in sektorale politische Maßnahmen“ (Europäische Union 2000) vorangetrieben werden.

2005 folgte das zweite ‚Europäische Programm für Klimaänderung‘ (ECCP II). Inhaltlich wurde das Programm von der ‚Strategie für eine erfolgreiche Bekämpfung der globalen Klimaänderung‘ begleitet. Die zentralen Elemente dieser Strategie sind die „Ausweitung des Kampfes gegen die Klimaänderung“ (Europäische Union 2005) durch Einbeziehung aller „Umwelt verschmutzenden Länder“ (ebd.) und Industriesektoren, der Ausbau von Technologien und „marktorientierter Instrumente [und die] Anpassung an die Klimaänderung“ (ebd.). Dieses Strategiepapier wurde 2007 ergänzt und zielt vor allem auf die Phase 2012-2020, also die Zeit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls, ab. Die zentralen Forderungspunkte sind eine Emissionsreduktion von 30% bis 2020 in den Industrieländern und das Ziel den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 2 Grad Celsius zu beschränken. Auf europäischer Ebene setzt die EU vor allem auf zwei zentrale Elemente um diese beiden Ziele zu erreichen: Einerseits auf energiepolitische Maßnahmen wie der Steigerung der Energieeffizienz, den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Entwicklung von CO₂-Speichermöglichkeiten (CCS) und andererseits auf den Ausbau des Emissionshandelssystems durch eine Verlängerung der Durchrechnungszeiträume bei der Vergabe von Zertifikaten, der Ausdehnung des Handelssystems auf andere Treibhausgase, der Harmonisierung der Handelsverfahren unter den Mitgliedsländern und der Anknüpfung des EU-Emissionshandels an andere Handelssysteme. Außerdem sollen verstärkt die Bereiche Verkehr, etwa durch die Einbeziehung des Luftverkehrs, in den Emissionshandel und die Energieeffizienz von Gewerbe- und Wohngebäuden in die Klimapolitik miteinbezogen werden (vgl. Europäische Union 2007).

Anknüpfend an die Post-Kyoto-Perspektive des 2. Klimaprogramms verabschiedete die Europäische Kommission 2008 das ‚Klima- und Energiepaket‘. Darin legte sich die EU bis 2020 auf folgende Ziele fest: Senkung der Treibhausgasemissionen auf 20% bzw. 30%, Steigerung der Nutzung von erneuerbaren Energie um 20% und die Senkung des

Energieverbrauches um 20% durch mehr Energieeffizienz (vgl. Bürgerinfo 2008). Diese Ziele sollen mit folgenden Maßnahmen erreicht werden (vgl. Europäische Union 2009):

- der „Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems“, insbesondere die Einbeziehung des Luftverkehrs;
- der nationalen „Lastenverteilung“ von Emissionen, die nicht unter den Emissionshandel fallen;
- „einzelstaatlichen Zielvorgaben für die Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energiequellen“;
- „einer Richtlinie zur Schaffung eines Rechtsrahmens für den sicheren und umweltverträglichen Einsatz von Technologien für die CO₂-Abscheidung und die CO₂-Speicherung“.

3.4.1. Das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS)

Der Emissionshandel stellt das „zentrale Instrument“ (Altwater/Mahnkopf 2007: 224) der EU-Klimapolitik dar und „regelt den Ausstoß von Treibhausgasen im Bereich der energieintensiven Industrie und der Energiewirtschaft“ (Lebensministerium 2009: 8), wobei derzeit nur CO₂-Zertifikate gehandelt werden. Nach der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls 2002 „schlug die Europäische Kommission [...] die Einführung eines EU-Emissionshandels zwischen Unternehmen vor“ (Braun/Santarius 2007: 99); dieser Vorschlag wurde 2003 in Form einer EU-Rahmenrichtlinie in die Tat umgesetzt. Der Emissionshandel innerhalb der EU startete 2005 und stellt nicht nur ein zentrales Element der EU-Klimapolitik dar, sondern hat sich inzwischen zum größten CO₂-Markt der Welt entwickelt (vgl. Lohmann 2009: 725). 2008 erzielte das EU-ETS einen Umsatz von 63 Milliarden US-Dollar (vgl. Gilbertson/ Reyes 2009: 10). „Das Europäische Emissionshandelssystem (ETS) sieht vor, dass energieintensive Unternehmen Kohlendioxid nur noch in der durch Emissionsberechtigungen gedeckten Menge ausstoßen dürfen“ (Österreichischer Klimabeirat 2010). Derzeit umfasst das Europäische Emissionshandelssystem die Sektoren Strom- und Wärmeerzeugung, Mineralölraffinerien, Kokereien, Eisenmetallerzeugung und -verarbeitung, Anlagen für die Herstellung von Roheisen oder Stahl und Anlagen zur Herstellung von Zementklinker, Kalk, Glas einschließlich Glasfasern, keramischen Erzeugnissen, Zellstoff, Papier und Pappe (vgl. ebd.). 2012 wird der europäische Luftverkehr in das Emissionshandelssystem integriert. Die

Zuteilung an die einzelnen Industrie- bzw. Energieerzeugeranlagen erfolgt durch nationale Allokationspläne, die von den Regierungen der Mitgliedsländer¹ im Vorhinein an die Kommission übermittelt werden müssen. Die Vergabe folgt dem Prinzip des ‚grandfathering‘, wonach jene Unternehmen, die bisher am meisten Emissionen emittierten auch am meisten Zertifikate erhalten (vgl. Gilbertson/Reyes 2010: 19). Derzeit werden innerhalb der EU ca. 12.000 Industrieanlagen – und damit ca. 46% der CO₂-Emissionen innerhalb der EU – vom Emissionshandel erfasst (vgl. Österreichischer Klimabeirat 2010). Das Prinzip des Emissionshandels ist ‚Cap and Trade‘, was eine Verbindung von staatlich festgelegten Emissionszielen und Marktmechanismen darstellt (vgl. Gilbertson/Reyes 2010: 17). Industriebetriebe erhalten auf nationaler Ebene eine bestimmte Summe an CO₂-Zertifikaten (Cap); Unternehmen, die darüber hinaus Emissionszertifikate benötigen bzw. Zertifikate übrig haben, können diese über Börsen erwerben bzw. verkaufen (Trade).

„Der europäische Kohlenstoffdioxidmarkt funktioniert wie die Finanzmärkte. Der Handel spielt sich entweder direkt zwischen Zertifikatinhabern ab („nach Übereinkunft“) oder an organisierten Finanzplätzen (CO₂-Börsen), die Transaktionen erleichtern und absichern.“ (Le Monde diplomatique, 14. Dezember 2007)

Diese Entwicklung bestätigt auch die Tatsache, dass 70-80% des Handels nicht mit Emissionsrechten, „sondern mit davon abhängigen Finanzprodukten (Futures, Optionen)“ (Der Standard, 22./23. Januar 2011) stattfindet. Eine Emissionsreduktion durch den Handel mit Emissionen soll dadurch entstehen, dass die bisher kostenlosen Zertifikate kontinuierlich weniger werden „und auf diese Weise der Schadstoffausstoß insgesamt zurück gehen muss“ (Gilbertson/Reyes 2010: 17). Derzeit wird ein Großteil der Emissionszertifikate kostenlos zugeteilt. Für die erste Phase des Handels 2005-2008 wurden 95% der Zertifikate kostenlos zugeteilt, für die zweite Phase 2008-2012 soll dieser Anteil auf 90% reduziert werden (vgl. Richtlinie 2003/87/EG: Artikel 10). Das Überschreiten der zugeteilten Menge an CO₂-Emissionen wird mit Strafzahlungen von 100 Euro pro Tonne CO₂ sanktioniert; die „Zahlung der Sanktion entbindet den Betreiber nicht von der Verpflichtung, Zertifikate in Höhe dieser Emissionsüberschreitung abzugeben“ (Richtlinie 2003/87/EG: Artikel 16).

2013 startet die dritte Periode des Europäischen Emissionshandels. 2008 wurde die EU-Richtlinie über den Emissionshandel an die Ziele bis 2020 u.a. um folgende Punkte angepasst

¹ Neben den EU-Mitgliedsländern nehmen auch Island, Liechtenstein und Norwegen am EU-Emissionshandel teil.

und erweitert (vgl. Euractiv 2010): Anstatt der Nationalen Allokationspläne (NAPs) folgt ab 2013 eine EU-weite Obergrenze. Ziel ist es, ab 2012 die Zertifikate jährlich um 1,74% zu reduzieren. Neue Sektoren sollen in den Emissionshandel integriert werden, neben dem Luftverkehr, der bereits ab 2012 unter den Emissionshandel fällt, sollen zudem Petrochemikalien, sowie Produzenten von Ammoniak und Aluminium in den Emissionshandel integriert werden. Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst werden (Transport, Gebäude, Landwirtschaft, usw.) sollen ihre Emissionen bis 2020 um 10% reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt die EU-Kommission den Mitgliedsstaaten Zielvorgaben vor. Treibhausgase, die nicht in die Atmosphäre gelangen, weil sie durch Abscheidung oder Speicherung (CCS) ‚entsorgt‘ werden, werden nicht verbucht. Bis 2015 sollen 12 ‚Carbon Capture and Storages‘ subventioniert werden. Die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten wird ab 2013 kontinuierlich reduziert und bis 2020 eingestellt werden; davon ausgenommen sind Industriebetriebe bei denen eine Standortverlagerung droht. Da im Energieerzeugungssektor mit einem Anstieg der Strompreise zwischen 10-15% gerechnet wird, soll die Ausgabe von Gratiszertifikaten bis 2020 auf 30% reduziert werden und erst 2027 gänzlich eingestellt werden.

Außerdem sieht die Novellierung der Richtlinie die Schaffung eines ‚Solidaritätsfonds‘, der Mitgliedstaaten in Zentral- und Osteuropa bei der Umstellung der Energieerzeugung unterstützen soll, sowie die Entwicklung eines eigenen Verfahrens, das die Zuteilung von Gratisemissionen regelt, vor. Zudem sind Emissionsreduktionen durch CDM- und JI-Projekte auf das Ausmaß von 50% der EU-weiten Emissionsreduktionen beschränkt. Umweltorganisationen sehen darin jedoch keine Verbesserung, sondern vielmehr die Schaffung der Möglichkeit für die Mitgliedsstaaten „ihre nationalen Klimaschutzziele überwiegend durch den Zukauf von Verschmutzungszertifikaten zu erfüllen“ (Global 2000 2009: 7).

Obwohl der EU-Emissionshandel als das zentrale Element der EU-Klimapolitik bezeichnet wird, gab es seit seiner Einführung 2005 erhebliche Schwierigkeiten. Zunächst wurden zu Beginn der ersten Handelsphase „zu viele Emissionsrechte ausgegeben“ (Brunnengräber et al. 2008: 118), was zu einem Preiseinbruch der Certified Emission Reductions (CERs) auf „auf nahezu Null“ (Lohmann 2009: 728) am Emissionsmarkt führte.

Ein weiteres Problem stellt der „Scheinbetrieb von Altanlagen“ (Brunnengräber et al. 2008: 119) dar. Unternehmen legen alte Anlagen nicht zur Gänze still und bekommen daher

Emissionszertifikate, welche sie firmenintern auf in Betrieb befindliche Anlagen umbuchen. Für Aufsehen sorgte Anfang 2011 eine Hacker-Attacke auf CO₂-Handelsstellen in mehreren EU-Ländern, darunter auch an der staatlichen Handelsstelle in Österreich. Dabei sind 2 Millionen CO₂-Zertifikate entwendet worden. Als Reaktion darauf ist der EU-Emissionshandel für mehrere Tage eingestellt worden (vgl. Der Standard, 22./23. Januar 2011). Für weitere Skandale im Zusammenhang mit dem Emissionshandel sorgten Versuche die Mehrwertsteuer zu umgehen und der doppelte Verkauf von Zertifikaten in Ungarn (ebd.).

3.4.2. Energiesicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und EU-Klimapolitik

Die Vorreiterrolle der EU bezüglich der internationalen Klimapolitik ist eng mit dem Bedürfnis nach Energieversorgungssicherheit verknüpft.

„Energie ist für das Funktionieren Europas von zentraler Bedeutung. Die Zeiten einer billigen Energie für Europa scheinen jedoch vorbei zu sein. Der Klimawandel, die zunehmende Importabhängigkeit und höhere Energiepreise stellen alle EU-Mitgliedstaaten vor dieselbe Herausforderungen“ (Kommission der Europäischen Union 2007).

2008 betrug die Energieabhängigkeit der EU 54,8%, wobei die Abhängigkeit von Importen bei Steinkohle und Nebenprodukte 64,4%, bei Rohöl 84,3% und bei Erdgas 62,3% betrug (vgl. Eurostat 2010). Damit ist die EU der weltweit größte Importeur von Erdöl und Erdgas (vgl. Altvater 2007: 208). Aufgrund des steigenden Energieverbrauches ist von einem weiteren Anstieg der Energieimporte auszugehen. Um die Energieversorgung zu sichern, setzt die EU auf Diversifizierung. Eine möglichst geringe Abhängigkeit von einer Region bzw. einem Staat, soll die Energieversorgung sicherstellen. Diese Strategie führte einerseits dazu, dass die Versorgung mit fossilen Energieträgern ausgebaut wurde (über Pipeline-Projekte, wie Nabucco, Southstream oder die Transkaukasische Pipeline) und über ‚Energiedialoge‘ mit erdöl- und erdgasexportierenden Ländern. Neben diesen friedlichen Strategien zeichnet sich jedoch ab, dass die EU auch bereit ist ihren Nachschub an fossiler Energie mit militärischer Macht abzusichern (vgl. Altvater/Mahnkopf 2007: 205). Parallel zum Ausbau der Versorgung mit fossilen Energieträgern entwickelte die EU jedoch in den letzten Jahren auch die Strategie auf nachhaltige Energie zu setzen. Diese Absicht geht bereits auf die Erfahrungen der Ölkrisen in den 1970er und 1980er Jahren zurück, welche die damalige EG veranlassten, die

„nachhaltige Entwicklung des Energiesektors zu fördern“ (Oberthür/Ott 2000: 42) und damit „Energieeinsparungen zu erreichen“ (ebd.). Das aktuelle Ziel der EU lautet den Anteil von erneuerbarer Energie bis 2020 auf 20% zu erhöhen (vgl. Altvater/Mahnkopf 2007: 204). Hinzu kommt, dass sich angesichts der knapper werdenden fossilen Energieträger ein neuer Markt herausgebildet hat und seit Beginn der 1990er Jahre haben die EU-Mitgliedsstaaten ihre Anteile „auf den Weltmärkten für erneuerbare Energiequellen und energieeffiziente Technologie“ (Hackl 2001: 21) erheblich erweitern können. Inwieweit das oberste Ziel dieser Politik die Bekämpfung des Klimawandels ist, sollte in Frage gestellt werden. Vielmehr scheint es, dass sich das Interesse der EU nach einer möglichst hohen Energiesicherheit teilweise mit klimafreundlichen Maßnahmen deckt. Die Kommission weist in einer Mitteilung von 2007 darauf hin, „dass Maßnahmen zur effizienteren Nutzung von Ressourcen selbst dann wirtschaftlich sinnvoll sind, wenn die damit verbundenen Emissionssenkungen nicht berücksichtigt werden“ (Kommission der Europäischen Union 2007a: 5), dass sich „die Energieversorgungssicherheit der EU wesentlich erhöht, wenn sie Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreift“ (ebd.) und berechnet den Rückgang der Erdöl- und Erdgaseinfuhren, durch klimapolitische Maßnahmen, bis 2030 auf ca. 20% (vgl. ebd.). Die viel zitierte ‚Vorreiterrolle‘ der EU im Kampf gegen die globale Erderwärmung mündet also weniger aus einem verstärkten Bewusstsein der politischen EntscheidungsträgerInnen, sondern muss vielmehr als „knallharte Energie- und Wettbewerbspolitik“ (Brand 2008: 140) gesehen werden.

3.5. Österreichische Klimapolitik

Österreich übernahm im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll und der Zusage der EU ihre Emissionen um 8% zu reduzieren, die Verpflichtung seine Emissionen zwischen 2008-2013 um 13% im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu reduzieren (vgl. Klimastrategie 2007: 5). 2002 wurde die ‚Strategie Österreichs zur Erreichung des Kyoto-Ziels‘ – die Klimastrategie – gemeinsam vom Ministerrat und der Landeshauptleutekonferenz verabschiedet. Die Klimastrategie beinhaltet jene Maßnahmen, die garantieren sollen, dass Österreich sein Kyoto-Ziel erreicht.

Die EU-Rahmenrechtlinie zur Reduzierung der Treibhausgase wurde von Österreich 2004 durch das Emissionszertifikatgesetz ratifiziert. Das Gesetz wurde 2009 novelliert um u.a. die

Einbeziehung des Flugverkehrs in das EU-Emissionshandelssystem ab 2012 zu regeln (vgl. Lebensministerium 2009: 10). Das 2009 verabschiedete ‚Klima- und Energiepaket‘ der EU verpflichtet Österreich zu einer Emissionsreduktion von 16% im Vergleich zu 2005 und zum Ausbau der erneuerbaren Energiequellen von derzeit 24% auf 34% (vgl. Lebensministerium 2011). Die aktuelle Grundlage für die österreichische Klimapolitik stellt die 2007 angepasste Klimastrategie dar. Die Klimastrategie von 2002 wurde damit aktualisiert und „durch neue strategische Schwerpunkte und Ausrichtungen ergänzt“ (Klimastrategie 2007: 5). Bis 2012 sollen ‚drei Säulen‘ zur Minderung der Treibhausgasemissionen in Österreich führen: die „Nutzung der Reduktionspotentiale im Inland [...] insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien“ (ebd.: 7), die „Förderung der Entwicklung neuer Technologien, die das Potential zu einer deutlichen Senkung der Treibhausgasemissionen eröffnen“ (ebd.) und die „Nutzung des kosteneffizienten Potentials flexibler Instrumente im Rahmen des JI/CDM–Programms sowie des EU-Emissionshandels“ (ebd.). Mehr Energieeffizienz soll vor allem durch die Reduktion der Energieintensität sowohl bei KleinverbraucherInnen als auch in Industrie und Gewerbe, sowie die Senkung des Kraftstoffverbrauchs erreicht werden. Zudem sollen künftig 50% der Neubauten den Niedrigenergie- bzw. Passivhausstandards entsprechen und die thermische Sanierung von Gebäuden soll weiter ausgebaut werden (vgl. ebd.: 8). Mehr Energieeffizienz soll auch im Bereich Verkehr erreicht werden. Als Maßnahme schlägt die Klimastrategie die „Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs“ (ebd.) und die Verlagerung von der Straße auf Schiene und Schiff vor (vgl. ebd.). Dem Einsatz von fossilen Brennstoffen wird in der Klimastrategie keine Absage erteilt, vielmehr sollen Anreize geschaffen werden, „um den Einsatz von fossilen Brennstoffen so effizient wie möglich zu gestalten“ (ebd.). Einen weiteren Schwerpunkt im Zusammenhang mit Energieeffizienz stellt die Förderung von erneuerbarer Energie dar (vgl. ebd.). Die zweite Säule der Klimastrategie 2007, die Förderung von erneuerbarer Energie, soll durch den Ausbau der Ökostromförderung und den Anteil erneuerbarer Stromerzeugung erreicht werden. Ebenso sollen Biomasse-Kraftwerke gefördert und der Anteil an Biokraftstoffen im Verkehr gesteigert werden. Die dritte Säule stellt den Bereich der flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls dar, wobei hier eine effektivere Integration (vgl. ebd. 9) angestrebt wird. Sowohl der Emissionshandel aber vor allem JI- und CDM-Projekte stellen einen wesentlichen Faktor innerhalb der österreichischen Klimapolitik dar. „Österreich spielt im Markt für Verschmutzungsrechte eine wichtige Rolle, weil es von der Möglichkeit, Verschmutzungsrechte zur Erfüllung der Kyoto-Ziele zuzukaufen, im

Unterschied zu vielen anderen Ländern stark Gebrauch macht.“ (Global 2000 2009: 2) Nach Angaben des Lebensministeriums soll durch den Ankauf von „Emissionsreduktionen aus Projekten im Ausland“ (Lebensministerium 2009a) ein wesentlicher „Beitrag zur Erreichung des österreichischen Kyoto-Ziels“ (ebd.) geleistet werden. 2009 und 2010 wurden für JI- und CDM-Projekte jeweils 89 Millionen Euro im Budget veranschlagt (vgl. ebd.). Neben JI- und CDM-Projekten hat Österreich auch direkt von anderen Staaten ‚Verschmutzungsrechte‘ gekauft. Im Zeitraum von 2008-2010 wurden Assigned Amount Units (AAUs) im Wert von 8,4 Millionen Tonnen Treibhausgasen zugekauft. AAUs werden meist in den Ländern Osteuropas gekauft, da diese bei der Emissionszuteilung durch das Kyoto-Protokoll, aufgrund der mit 1990 einsetzenden Deindustrialisierung zu viele Zertifikate erhalten haben (vgl. Der Standard, 22. April 2010). Diese Zertifikate werden auch als „Hot Air“ (Brunnengräber et al. 2008: 114) bezeichnet, da sie keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Beispielsweise kaufte Österreich von Lettland 3,5 Millionen Zertifikate. Der genaue Preis ist nicht bekannt, wird jedoch durchschnittlich mit 9 Euro/Tonne bewertet (vgl. ORF Online 2011).

3.5.1. Österreich und das Kyoto-Ziel

Bereits die Klimastrategie 2007 kam zu dem Schluss, dass die Treibhausgasemissionen Österreichs „erheblich über dem im Kyoto-Protokoll vereinbarten Sollwert“ (Klimastrategie 2007: 7) liegen. 2008 lag Österreich um 17,9 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente über dem Kyoto-Ziel. Berücksichtigt man den Emissionshandel und JI- und CDM-Projekte sowie die Neubewaldung beträgt die Abweichung 6,9 Millionen Tonnen CO₂ (vgl. Klimaschutzbericht 2010: 7). 2009 hat Österreich zwar 6,8 Millionen Tonnen Treibhausgase weniger emittiert als im Jahr zuvor, erreichte damit dennoch eine Abweichung vom Kyoto-Ziel von 5,1 Millionen Tonnen (vgl. Umweltbundesamt 2011). Als wesentliche Faktoren für die Abweichung werden seitens des Umweltbundesamtes die Bereiche ‚Industrie‘ und ‚Verkehr‘ gesehen. Im Bereich ‚Verkehr‘ verzeichnet Österreich im Vergleich zum Kyoto-Basisjahr einen Anstieg von 54% an Treibhausgasemissionen, die ‚Industrie‘ verzeichnet ein Plus von 2%. Zwar sind in beiden Bereichen die Emissionen im Jahr 2008 zurückgegangen. Dies führt das Umweltbundesamt jedoch vor allem auf die Wirtschaftskrise zurück (vgl. Wiener Zeitung, 13. Januar 2011). Im EU-internen Vergleich lag Österreich innerhalb der EU-15 bezüglich seiner Fortschritte bei der Erreichung des Kyoto-Ziels an drittletzter Stelle. Seitens des Umweltbundesamtes wird

dieser Umstand mit dem „ambitionierten Reduktionsziel von -13%“ (Klimaschutzbericht 2010: 51) das Österreich im Rahmen des Kyoto-Protokolls zugesagt hat, argumentiert. Das Verfehlen des Kyoto-Ziels hätte für Österreich auch finanziell negative Auswirkungen. Laut Umweltminister Berlakovich „drohen dem Land dann Strafzahlungen von rund 600 Millionen Euro“ (Wiener Zeitung, 13. Januar 2011). NGOs schätzen das Ausmaß der Strafzahlungen jedoch wesentlich höher ein. Greenpeace geht von ca. 1 Milliarde Euro aus (vgl. Der Standard, 13. November 2009). Neben den Strafzahlungen erhöht sich auch die Summe, die Österreich für Emissionszertifikate ausgeben muss. Dies dürfte sich auf ca. 600 Millionen Euro belaufen (vgl. ebd.).

4. ArbeiterInnenbewegung und ökologische Fragen – ein schweres Erbe?

Grundsätzlich stellt sich die Frage, welchen Zweck das Aufzeigen von historischen Kontinuitäten bzw. Brüchen für ein aktuelles Forschungsvorhaben hat. Dies vor allem deshalb, weil man dabei Gefahr läuft Geschichte zu benützen, „um daraus Legitimation, nicht aber Erkenntnis zu beziehen“ (Sandner 1999: 12). Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach dem Verhältnis der österreichischen Gewerkschaften zu ökologischen Krisenerscheinungen, wie dem Klimawandel, in der Gegenwart nach. Dabei erscheint es als notwendig, im jeweiligen Kontext entstandene Zugänge zu Natur miteinzubeziehen, um „das Entstehen verfestigter Denkweisen und tradierter Praktiken nachzeichnen und dadurch deren – mögliche – Wirksamkeit in der Gegenwart transparent zu machen“ (ebd.). In diesem Sinne wird im Folgenden einen kurzer Überblick über den historischen Zugang der ArbeiterInnenbewegung zu ökologischen Fragen gegeben.

4.1. Die ökologische Frage zu Beginn der Industrialisierung

Das Verhältnis zwischen (organisierter) ArbeiterInnenbewegung und ökologischen Fragen muss historisch betrachtet als schwierig bezeichnet werden. Allgemein können als Gründe dafür sowohl theoretische Zugänge als auch praktische Erfahrungen angeführt werden. Bereits zu Beginn der kapitalistisch-industriellen Revolution führten Emissionen oder Abwässer aus Fabriken zu Konflikten mit AnrainerInnen in der näheren Umgebung. Vor allem in England und Deutschland ist die Dokumentation von industrieller Umweltverschmutzung im 19. Jahrhundert dokumentiert (vgl. Lackner 1990: 71). Im Mittelpunkt dabei stand lange Zeit die Textilindustrie. Vor allem Klagen auf Schadenersatz aufgrund von Korrosionsschäden durch Emissionen an Häusern und Wäldern sowie aufgrund von Ernteauffällen „sorgten für eine zunehmende Wahrnehmung des Emissionsproblems in der Öffentlichkeit“ (Schramm 1990: 2). Auffallend dabei ist die Rolle der ArbeiterInnen bzw. jeweiligen Belegschaften, die in vielen Fällen auf Seiten der FabriksbesitzerInnen standen. Ein Beispiel dafür ist die chemische Fabrik Cooksons in South Shields in England, welche 1843 aufgrund saurer und schwermetallhaltiger Emissionen in Kritik geraten war. Auf die angedrohte Schließung der Fabrik reagierten die ArbeiterInnen mit einer Demonstration für den Fabrikbesitzer (vgl. ebd.: 3). Als 1855 in Hamburg AnrainerInnen gegen den Bau einer Kupferhütte protestierten, untermauerten die Fabriksbesitzer ihr Anliegen mit den Unterschriften von ArbeiterInnen (vgl.

Andersen 1990: 74). Dieses symptomatische Verhalten führte dazu, dass der ArbeiterInnenbewegung das Bewusstsein für ‚Umweltfragen‘ abgesprochen wurde bzw. eine theoretische Schwäche attestiert wurde und ging sogar soweit, dass ihren TheoretikerInnen unterstellt wurde, ökologische Fragen nicht zu beachten. In den Schriften der ArbeiterInnenbewegung des 19. Jahrhunderts finden sich jedoch sehr viele Anhaltspunkte, die darauf hinweisen, dass ökologische Fragen bereits damals von Bedeutung waren und auch dementsprechend analysiert wurden. „Es ist also alles andere als zufällig oder nebensächlich, wenn sich Friedrich Engels bereits in seinem Frühwerk ‚Die Lage der arbeitenden Klasse in England‘ (1845) am ausführlichsten und eindringlichsten mit den unhaltbaren ökologischen Lebensbedingungen des englischen Industrieproletariats befasste.“ (Gärtner 1990: 33) Vor allem der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur und deren Auswirkungen finden sich bei Marx und Engels immer wieder: „Die kapitalistische Produktion entwickelte daher nur die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquelle alles Reichtums untergräbt: die Erden und den Arbeiter.“ (MEW 23: 529 zit. nach: Gärtner 1990: 34) Engels warnte ebenfalls vor den negativen Auswirkungen eines sorglosen Umgangs mit natürlichen Ressourcen. „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns.“ (Kedrow 1979: 356 zit. nach: Schramm 1990: 17) Die ArbeiterInnenbewegung war somit bereits zum Zeitpunkt ihrer Entstehung mit konkreten ökologischen Fragen konfrontiert. Bereits in den klassischen theoretischen Schriften der ArbeiterInnenbewegung des 19. Jahrhunderts (Marx/Engels, usw.) finden sich grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Mensch und Natur. Allerdings hatten diese theoretischen Ansätze in den meisten Fällen keine Auswirkung auf die Praxis der organisierten ArbeiterInnenbewegung. Dieser Widerspruch wird das weitere Verhältnis der ArbeiterInnenbewegung zu ökologischen Fragen bestimmen.

Der Forschungsstand in Hinblick auf den Umgang der ArbeiterInnenbewegung mit ökologischen Fragen zu Beginn der Industrialisierung muss für Österreich als spärlich bezeichnet werden. Vor allem fehlt eine systematische Aufarbeitung bzw. Dokumentation. Dennoch finden sich einige Hinweise auf ökologische Probleme im 19. Jahrhundert. Noggler weist auf die negativen Auswirkungen von Zementöfen auf die umliegenden Wälder in Kufstein hin (vgl. Noggler 1998: 37f). Auch die Gewerbeordnung des Jahres 1859 weist darauf hin, dass ökologische Probleme bereits damals zu Konflikten führten. So wurden jene

Gewerbe angeführt, die „einen gesundheitsschädlichen Einfluß auf die Nachbarschaft ausüben können“ (Leymann 1903 zit. nach: Noggler 1998: 37). Ebenso lässt sich bei den TheoretikerInnen der österreichischen ArbeiterInnenbewegung ein grundsätzliches Bewusstsein über die negative Auswirkungen von verunreinigter Luft bzw. Wasser feststellen. Victor Adler wies auf das vermehrte Bewusstsein im Zusammenhang mit Epidemien hin und zieht die Schlussfolgerung, dass der „Zustand der Faktoren von welchen die Volksgesundheit in erster Linie beeinflusst wird: Luft und Wohnung, Trinkwasser und Boden, Lebenshaltung und Nahrung“ (Adler 1924: 69) vermehrt untersucht werden sollte. Hierbei wird deutlich, dass Fragen wie Hygiene, Gesundheit, Wohnverhältnisse sowohl mit sozialen als auch mit ökologischen Fragen verknüpft wurden. Sandner beschreibt diese „Krise der menschlichen Natur“ (Sandner 1999: 9) als den „Angelpunkt sozial- und kulturpolitischer Reformbestrebungen“ (ebd.) innerhalb der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das Aufzeigen dieser Problematik findet sich auch in den 1970er Jahren in deutlich ausdifferenzierter Form wieder. Im Grundsatzpapier der Bundesarbeiterkammer zum Umweltschutz findet sich folgende Formulierung:

„Gerade die Bevölkerungsschichten mit geringerem Einkommen, zu denen die Masse der Arbeiter und Angestellten zählt, leiden unter der Umweltbeeinträchtigung besonders stark, weil sie sich weder an ihrem Arbeits- noch an ihrem Wohnort, ja nicht einmal in ihrem Urlaub deren Folgen entziehen können.“ (Glatz 1984: 130)

Zudem wird jedoch auch „die Entfremdung des Menschen von der äußeren Natur“ (Sandner 1999: 9) kritisch betrachtet, welche sich vor allem in der Unkenntnis über Naturgesetze, dem problematischen Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses und dem Mangel an Geld und Freizeit, um Natur „auch ästhetisch“ (ebd.) begreifen zu können, äußerte.

4.2. Konfliktlinien in der Praxis

Der historischen ArbeiterInnenbewegung mangelt es durchaus nicht an einem grundsätzlichen Verständnis über den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur im Produktionsprozess. Problematisch erscheint jedoch die konkrete Praxis des Industrieproletariats und seiner Organisationen dazu. Neben Marx und Engels haben auch andere TheoretikerInnen, wie etwa Victor Adler, auf die zunehmenden negativen Umwelteinflüsse der Industrie reagiert. Viel wichtiger erscheint in diesem Zusammenhang jedoch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Theorie und Praxis. „Es gilt vielmehr zu fragen, auf welchen konkreten Erfahrungsgebieten auch ArbeiterInnen sowie ihre VordenkerInnen und Organisationen die negativen Umweltfolgen der Industrialisierung wahrzunehmen und darauf politisch zu reagieren vermochten.“ (Linse 1993: 120) Denn vor allem der Widerspruch zwischen theoretischen Standpunkten und der alltäglichen Praxis innerhalb der ArbeiterInnenbewegung wird anhand des Umgangs mit ökologischen Fragen sehr deutlich. Vor diesem Hintergrund lassen sich vier zentrale Konfliktlinien erkennen: der Zugang der ArbeiterInnenbewegung zu Technik und Fortschritt und die damit verknüpfte Entwicklung der Produktivkräfte, die Problematik von Standort und Wettbewerb im Zusammenhang mit Umweltauflagen, der positive Zugang zu Natur also Ort wo Freizeit verbracht wird und das Konfliktfeld zwischen inner- und außerbetrieblichen Umweltbelastungen. Diese vier zentralen Konfliktlinien sollen im Folgenden näher ausgeführt werden.

Die Entstehung des Industrieproletariats im 19. Jahrhundert ist untrennbar mit technischem Wandel verbunden. Der Zugang der ArbeiterInnenbewegung zu technologischem Fortschritt wird oft als ‚Technikfetisch‘ kritisiert. Dabei sind zwei Faktoren von zentraler Bedeutung. Erstens die Annahme, dass die Weiterentwicklung der Produktivkräfte ab einer gewissen Stufe „in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen“ (MEW 13: 9) geraten und dadurch eine „Epoche sozialer Revolutionen“ (ebd.) eintritt. Neben dieser theoretischen Annahme ergab sich jedoch auch die praktische Erfahrung, dass technologischer Fortschritt unmittelbare positive Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnenklasse hatte. „Die sich immer schneller durchsetzenden technologischen Erneuerungen wurden dankbar begrüßt, weil damit der Kampf um die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiterklasse erfolgreich geführt werden konnte.“ (Harmsen 1990: 92) Dass technologischer Fortschritt jedoch nicht als unabhängige Größe betrachtet werden kann,

sondern auch hier die Frage nach den dahinter stehenden Interessen von Bedeutung ist, zeigt die ‚Maschinenstürmerei‘. Dabei wird besonders deutlich, dass die Frage von technologischem Wandel eng mit anderen gesellschaftlichen Fragen, wie beispielsweise der Arbeitszeitverkürzung, diskutiert werden sollte.

Eine weitere Konfliktlinie im Zusammenhang mit ökologischen Fragen stellte bereits im 19. Jahrhundert die Frage von Standort und Wettbewerb dar. Im Zusammenhang mit ‚Umweltauflagen‘ haben UnternehmerInnen bereits damals laut über „eine Verlagerung an einen anderen Ort nachgedacht, wo die Gemeinde der emittierenden Industrie gegenüber günstiger gestimmt war“ (Schramm 1990: 8). Ein Argument also, dass auch heute im Zusammenhang mit Umweltauflagen präsent ist. Das Industrieproletariat stand im 19. Jahrhundert vor ähnlichen Problemen wie heute. Angesichts der Androhung von Fabrikschließungen bzw. der Schwächung ganzer Branchen „fürchteten die Arbeiter daher nicht nur im ihren konkreten Arbeitsplatz, sondern z.T. dauerhaft um ihre Existenz“ (ebd.). Hierbei wurden umweltpolitische Fragen oft auch zur Klassenfrage. Denn auch wenn sich die Belegschaften oftmals hinter ‚ihre‘ UnternehmerInnen stellten, um für den Erhalt einer Fabrik zu kämpfen, gerieten sie dadurch in Konflikt mit anderen Kapitalfraktionen, wie beispielsweise Großgrundbesitzer, die um ihre Ernten und Wälder fürchteten (vgl. Lackner 1990: 72). „Der historischen Arbeiterbewegung fehlte es nicht generell an einem Umweltbewusstsein, aber die Felder der Erkenntnis des Problems waren anders gelagert als beim Bürgertum, und so überlappten sich die entsprechenden Aktivitäten nur selten.“ (Linse 1993: 120)

Dieses Umweltbewusstsein drückte sich unter anderem auch in der Wahrnehmung von Natur als Ort wo Freizeit verbracht wurde aus. Sowohl die meist schlechten Wohnsituationen als auch die fehlende Möglichkeit auf Urlaub zu fahren, machten die Wälder und Wiesen rund um die Städte zu den einzigen Erholungsmöglichkeiten für das städtische Proletariat (vgl. ebd.: 132). Die Entdeckung der Natur muss daher durchaus als „Bestandteil der Emanzipation der Arbeiterklasse und der sozialistischen Bewegung“ (Harmsen 1990: 90) betrachtet werden. Vor allem der „Zug in’s Freie“ (ebd.), welcher Natur zum Ort macht, wo Freizeit und Erholung gestaltet werden, findet sich bereits in der frühen ArbeiterInnenbewegung und schlug sich später auch in der Gründung von Vereinen und Organisationen wie beispielsweise der ‚Naturfreunde‘ nieder, welche die Natur nicht nur erschließen, sondern auch schützen wollten (vgl. Linse 1993: 133). In diesem Zusammenhang wurde darüber hinaus auch die

Eigentumsfrage gestellt, in dem Natur als „gemeinschaftlicher Besitz definiert [wird], dessen privatbesitzrechtliche Zugriffsrechte aufgehoben werden sollen“ (Sandner 1996: 73).

Am schwerwiegendsten war für die historische ArbeiterInnenbewegung, in Bezug auf ökologische Fragen, jedoch zweifelsohne das ambivalente Verhältnis zwischen ‚innerhalb und außerhalb‘ der Fabrik. Der ‚Arbeitsschutz‘ wurde im Laufe der Weiterentwicklung der industrieller Produktion, neben der Wohnungsfrage und allgemeinen medizinisch/hygienischen Aspekten, zu einem zentralen Bestandteil von gesundheitspolitischen Fragen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung. Ökologische Fragen wurden also innerhalb der Fabrik über die Frage von giftigen bzw. gesundheitsschädigenden Stoffen thematisiert.

„Ein wichtiger Bereich der Berührung der Arbeiter mit schädlichen Stoffen lag (und liegt) innerhalb, nicht erst außerhalb der Fabrik; hier fanden arbeitsbedingte Belastungen und Schädigungen statt, hier wirkten sich Unfallgefahren, Berufskrankheiten und mangelnde Hygiene auf das Proletarierleben aus.“ (Linse 1993: 120)

Mangels alternativer Verfahren stellte sich die Frage, ob giftige Dämpfe oder Stoffe innerhalb oder außerhalb der Fabrik emittiert wurden. Dies führte dazu, dass Maßnahmen, die giftige Gase aus den Fabriken hinausleiteten, „den Dank der Arbeiter“ (Schramm 1990: 5) erhielten. Diese Kluft in der Wahrnehmung von inner- und außerbetrieblichen Umweltbelastungen lässt sich auch noch in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts feststellen. „Die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten wohnt in Gegenden, in denen die Umweltqualitate relativ schlecht ist.“ (Glatz 1984: 128) Dennoch lässt sich feststellen, dass die Aufmerksamkeit gegenüber generellen Umweltproblemen nicht so stark ist, wie auf der betrieblichen Ebene. Dies mag einerseits daran liegen, dass „bei den Arbeitern materielle Probleme im engeren Sinn, wie Lohn, Miete, Preise eine bedeutendere Rolle“ (Glatz 1984: 129) spielen als für andere gesellschaftliche Gruppen. Hinzu kommt, „dass die unmittelbaren Erfahrungen mit den Umweltbelastungen am Arbeitsplatz die außerbetrieblichen Umweltbelastungen oft als vernachlässigbar erscheinen“ (ebd.) lassen. Dementsprechend formuliert die Bundesarbeiterkammer:

„Die Umweltprobleme am Arbeitsplatz gehörten zu den klassischen Anliegen der Arbeiterbewegung und bilden auch gegenwärtig ein wichtiges Anliegen von ÖGB und Arbeiterkammern, dem ein hoher Rang zukommt.“ (ebd.: 130)

4.3. Die 1970er und 1980er Jahre

Die 1970er und 1980er Jahre sind für die Frage nach dem Umgang der österreichischen Gewerkschaften mit ökologischen Fragen aus mehreren Gründen von Relevanz. Wie in den meisten anderen westeuropäischen Ländern wurden ökologische Fragen auch in Österreich zu Beginn der 1970er Jahre Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Diese müssen „als Symptome gesellschaftlichen Wandels, als Meilensteine auf dem Weg zu einer breiteren Ökologiebewegung und ‚grünen‘ Partei“ (Natter 1987: 151) betrachtet werden. Die geplante Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes in Zwentendorf und das Bauvorhaben eines Wasserkraftwerkes in Hainburg markierten dabei die Höhepunkte dieser Auseinandersetzungen. Beide Kraftwerke müssen vor dem Hintergrund der Ölkrise in den Jahren 1973/74 und 1981/82 betrachtet werden (vgl. Gottweis 1997: 347). „Die Möglichkeit für eine allgemeine Kurskorrektur in der Energiepolitik entstand mit der rapiden Erhöhung der Ölpreise zu Anfang der 70er Jahre.“ (Winkler-Rieder 1997: 622) Vor diesem Hintergrund wurde ein Energieplan erarbeitet, der vorsah Erdöl durch Kohle, Kernenergie, Wasserkraft und Erdgas zu ersetzen (vgl. ebd.: 623). „Die AKWs sollten billigen Strom produzieren, wobei es anfänglich vor allem die Industrie war, die ein billiges Substitut für Erdöl (und ursprünglich auch Wasserkraft) suchte. Die Gewerkschaften schlossen sich diesem Kurs aus wachstums- und beschäftigungspolitischen Gründen an.“ (ebd.) Die geplante Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes in Zwentendorf und das Bauvorhaben eines Wasserkraftwerkes in Hainburg spielten sowohl für die entstehende Ökologiebewegung als auch für die österreichischen Gewerkschaften eine zentrale Rolle. Der Kampf gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf wurde für die bis dahin noch wenig ausdifferenzierte Ökologiebewegung zum „massenmobilisierenden Schlüsselenflikt von überregionaler, nationaler Bedeutung“ (Gottweis 1997: 347). Die Auseinandersetzungen rund um das Wasserkraftwerk Hainburg verstärkten diesen Prozess. Die österreichischen Gewerkschaften waren über diese Auseinandersetzungen nicht nur mit dem Thema ‚Umwelt und Ökologie‘ konfrontiert, sondern sahen sich auch mit der Tatsache konfrontiert, dass eine breite Bewegung abseits ihrer eigenen Strukturen entstand. Vor allem die Auseinandersetzungen um das AKW Zwentendorf machten deutlich, dass es auch „um das Aufkeimen einer Ökologiebewegung ging [...] die den gewachsenen Institutionen die Position, grundlegende ökonomische Entwicklungen zu definieren, streitig macht“ (Glatz 1984: 133). Hainburg und Zwentendorf markierten in Österreich nicht nur „einen bedeutenden Fortschritt im Umweltdenken“ (Paul Blau 1999:

162), sondern machen in Bezug auf die Gewerkschaften auch deren Umgang mit ökologischen Fragen zu Beginn der 1980er Jahre deutlich. In beiden Fällen positionierte sich der ÖGB nicht nur – über die Sozialpartnerschaft – in einem „klassenübergreifenden Charakter“ (Natter 1987: 166) eindeutig auf Seiten der Kraftwerksbauer, sondern nahm auch eine „besonders aktive Rolle“ (ebd.) ein. Trotz dieser eindeutigen Positionierung seitens der Gewerkschaften brachten die Ereignisse rund um Zwentendorf und Hainburg auch innerhalb ihrer Strukturen einiges in Bewegung. Bereits 1973 wurde in der Arbeiterkammer ein ‚Umweltpolitisches Referat‘ gegründet (vgl. Glatz 1984: 130) und auch auf „programmatischer Ebene [...] fand der Begriff Umwelt das erste Mal 1975 Eingang in ein Gewerkschaftsprogramm“ (ebd.: 129) und gewann in den nächsten Jahren zunehmend an Bedeutung bis es in den 1980er Jahren „zu einer umfassenderen Behandlung der Umweltproblematik im Gewerkschaftsbereich kam“ (ebd.). Im Folgenden soll näher auf die Ereignisse in Zwentendorf und Hainburg eingegangen werden.

4.3.1. Zwentendorf

Die „ersten Schritte“ (Lehner 2008: 93) zur Errichtung eines Atomkraftwerkes in Österreich wurden bereits in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts getätigt (vgl. ebd.). Nach der Gründung der ‚Österreichischen Gesellschaft für Atomenergie‘ im Jahr 1956 wurde ab 1958 nach einem geeigneten Standort für ein Atomkraftwerk gesucht (ebd.). 1967 beschloss die österreichische Energiewirtschaft ein Kernkraftwerk in Österreich zu bauen. Dem trug auch 1969 das Energiekonzept der ÖVP-Alleinregierung Rechnung, welches den „Bau eines kommerziell genutzten Atomkraftwerks“ (Natter 1987: 151) vorsah. Die SPÖ-Alleinregierung ab 1971 hielt an den „von früheren Koalitionsregierungen eingeschlagenen Weg zur Nutzung der Kernenergie fest“ (Lehner 2008: 93). Grundsätzlich handelte es sich also um eine „Übereinstimmung aller maßgeblichen politischen Kräfte und der Sozialpartner in punkto Nutzung der Kernenergie“ (Natter 1987: 152). Der Bau des AKW in Zwentendorf begann 1972 und wurde 1977 abgeschlossen (vgl. Lehner 2008: 93). „Gegen den Konsens der politischen und wirtschaftlichen Eliten in der Frage der Einführung der Kernenergie regte sich Widerstand zunächst nur vereinzelt und zaghaft von isolierten Initiativen und im lokalen Bereich.“ (Natter 1987: 152)

Die Anti-AKW-Bewegung wuchs jedoch von anfangs „zweihundert bis dreihundert Leute“ (Natter 1987: 152) innerhalb weniger Jahre auf „rund 500.000 Personen“ (Gottweis 1997:

347) an. Zudem erlangte das Bündnis eine Breite bis weit in das bürgerliche Lager, aus dem sich beispielsweise Organisationen wie die katholische Männerbewegung (vgl. Paul Blau 1999: 158) beteiligten. Den Schlusspunkt zum AKW Zwentendorf stellte die Volksabstimmung am 5. November 1978 dar, bei welcher 50,5% gegen die Inbetriebnahme des AKW stimmten (vgl. Gottweis 1987: 348). Ebenso wie später in Hainburg, nahmen der ÖGB und die Teilgewerkschaften bereits in der Auseinandersetzung rund um das AKW-Zwentendorf eine „besonders aktive Rolle“ (Natter 1987: 9) ein. Sowohl der ÖGB als auch die Teilgewerkschaften „traten von Anfang an eindeutig für die Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung ein“ (Glatz 1984: 133). Bundeskanzler Kreisky bescheinigte nach der knapp verlorenen Volksabstimmung, dass die „Gewerkschaftsfraktion und der persönliche Einsatz von ÖGB-Präsident Benya [...] wesentlich zu diesem knappen Ergebnis beigetragen“ (APA-Meldung, 6. November 1978) habe. ÖGB-Präsident Anton Benya erklärte 1977 vor dem Bundesvorstand des ÖGB: „Man werde auch in Österreich nicht ohne Strom aus Kernenergie auskommen.“ (APA-Meldung, 16. Mai 1977). Innerhalb des ÖGB spielte dabei Heinz Kienzl, ehemaliger Generaldirektor der Nationalbank und Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung im ÖGB, eine zentrale Rolle. Vor dem versammelten VOEST-Betriebsrat kritisierte er,

„dass eine industriefeindliche ‚pseudolinke‘ Bewegung seit Jahren systematisch Stimmung gegen den Industriekomplex, vor allem gegen die Kernenergie, mache und durch falsche und unzureichende Information Angst erzeuge. Man brauche aber Arbeitsplätze in neuen Industrien und dürfe nicht die Energiebasis für ein weiteres Wirtschaftswachstum schmälern. Die technischen Risiken bei der Ausweitung der Industrie – dies gelte auch für Kernkraftwerke – seien berechenbar und könnten daher beherrscht werden.“ (APA-Meldung, 16. Mai 1977)

Nach der Volksabstimmung 1978 sprach sich ÖGB-Präsident Anton Benya dafür aus, „die Frage der Inbetriebnahme von Zwentendorf ‚neu zu überdenken‘. Man müsse sich die Frage stellen, ob man ein fertiges Atomkraftwerk – natürlich nach Einhaltung und Überprüfung der größtmöglichen Sicherheitsbestimmungen – ungenützt stehen lassen solle“ (APA-Meldung, 11. August 1979). Und auch im Zusammenhang mit Hainburg setzte sich Benya 1983 erneut „für die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf ein und sagte, daß sich Österreich schön langsam ‚international lächerlich‘ mache, wenn es sein Kraftwerk stehen lasse“ (APA-Meldung, 15. August 1983).

4.3.2. Hainburg

Hainburg ist ein Auengebiet an der Donau in Niederösterreich, südlich von Wien. Als die Pläne für ein Kraftwerk zu Beginn der 1980er konkret wurden, bildeten sich zunächst lokale Bürgerinitiativen (vgl. Hainburger-Au 2011), welche zu einem breiten zivilgesellschaftlichen Protest heranwuchsen. 1983 wurde die ‚Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg‘ gegründet, welche hauptsächlich aus Naturschutzgruppen und Bürgerinitiativen bestand (vgl. ebd.). Später unterstützten neben KünstlerInnen, Prominenten und linken Gruppierungen auch die Ärztekammer, die Frauenbewegung der ÖVP und die, von der ÖVP-nahen AG dominierte, Österreichische Hochschülerschaft die Anliegen der KraftwerksgegnerInnen (vgl. ebd.).

Die KraftwerksgegnerInnen befürchteten, die Zerstörung der „letzten großräumigen und urtümlichen Auwälder Mitteleuropas“ (APA-Meldung, 6. September 1983), welche ein „Rückzugsgebiet für viele vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen“ (ebd.) sind und forderten die Schaffung eines Nationalparks (vgl. ebd.). Im Mai 1984 kündigte ein Prominentenkomitee unter der Führung von Konrad Lorenz auf der ‚Pressekonferenz der Tiere‘ die Einleitung eines Volksbegehrens gegen den Bau des Kraftwerkes an; als Proponent trat dabei auch der damalige Vorsitzende der Gewerkschaftssektion Journalisten im ÖGB, Günther Nenning, auf. Die Forderungen waren: „Verzicht auf das Kraftwerk unterhalb Wiens, die Untersagung einer Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf, die Einrichtung von Nationalparks in Österreich, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen eines umwelt- und bürgerfreundlichen Energiekonzeptes und die Verankerung eines Grundrechtes auf Umweltqualität in der österreichischen Verfassung“ (APA-Meldung, 7. Mai 1984).

Das Jahr 1984 war geprägt von öffentlichen Schlagabtauschen, sowie von Demonstrationen und Aktionen mit den KraftwerksgegnerInnen auf der einen und der SPÖ-Alleinregierung und den Sozialpartnern auf der anderen Seite. Die KraftwerksgegnerInnen agierten dabei auf drei Ebenen: dem Volksbegehren, der Mobilisierung der Bevölkerung und auf juristischer Ebene in Form von Klagen und Einsprüchen. Der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Bundesarbeiterkammer befürworteten auch den Bau des Wasserkraftwerkes in der Hainburger Au und gerieten damit, nach Zwentendorf, zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre in Konflikt mit der Umweltbewegung. Als Anfang Dezember 1984 der Beginn der Rodungsarbeiten angekündigt wurde, wurde die Hainburger Au selbst zum Ort der Auseinandersetzungen. Am 10. Dezember 1984 mussten die Rodungsarbeiten nach wenigen Stunden aufgrund von Aktionen und Demonstrationen der KraftwerksgegnerInnen eingestellt

werden. Es folgten ein vorübergehender Rodungsstopp und mehrere Verhandlungsrunden zwischen Bundesregierung und AubesetzerInnen, welche jedoch letztendlich scheiterten (vgl. Nennung 1985: 129f).

Die Fortsetzung der Rodungsarbeiten führte zu weiteren Protestaktionen der KraftwerksgegnerInnen und einem neuerlichen Zustrom von BesetzerInnen in die Au. Am 19. Dezember kam es zu einem massiven Polizeieinsatz. Die Presse berichtete von „Barrikaden“, „tumultartigen Szenen“ und „Massenschlägereien“ (vgl. Baschnegger 1985: 14f). Am 21. Dezember rief Bundeskanzler Sinowatz den so genannten ‚Weihnachtsfrieden‘ aus, wonach die Rodungsarbeiten bis 3. Jänner ausgesetzt werden sollten. „Damit soll den Besetzern ermöglicht werden, Weihnachten bei ihren Familien zu verbringen und die Politiker sollten eine Denkpause erhalten.“ (APA-Meldung, 21. Dezember 1984) Dem kam jedoch der Verwaltungsgerichtshof zuvor, welcher am 3. Jänner einem Beschwerdeantrag von WWF und Grundstückseigentümern stattgab und somit weitere Rodungsarbeiten untersagte (vgl. Nennung 1985: 163). Von 4.-11. März 1985 wurde das ‚Konrad –Lorenz-Volksbegehren‘ gegen das Kraftwerk in Hainburg durchgeführt, welches von 353.900 Menschen unterschrieben wurde (vgl. Hainburger-Au 2011). Der endgültige Schlussstrich wurde im Oktober 1985 gezogen, als eine von der Bundesregierung eingesetzte ‚Ökologiekommission‘ ein Donaukraftwerk am Standort Hainburg ablehnte (vgl. APA-Meldung, 31. Oktober 1985). Elf Jahre später im Oktober 1996 wurde der ‚Nationalpark Donau-Auen‘ gegründet und damit auch die letzte zentrale Forderung der KraftwerksgegnerInnen umgesetzt (vgl. Hainburger-Au 2011).

Auffallend ist, dass sich Gewerkschaften und Betriebsräte aktiv in den Konflikt rund um das Wasserkraftwerk einbrachten. Nachdem die Rodungsarbeiten vorerst gestoppt wurden, kündigte der ehemalige Zentralsekretär der Gewerkschaft Metall-Bergau-Energie und Klubchef der SPÖ, Sepp Wille, im Parlament „mögliche Gegendemonstrationen von Arbeitern an“ (Die Presse, 12. Dezember 1984 zit. nach: Baschnegger 1985: 32). Diese wurden jedoch durch Bundeskanzler Sinowatz verhindert (vgl. Die Presse, 13. Dezember 1984 zit. nach: ebd.: 38). Seitens der Gewerkschaften wurde stattdessen eine Betriebsrätekonferenz unter dem Motto ‚Pro Hainburg‘ abgehalten. Auf dieser Konferenz wurde der „neuerlichen Beginn der Bauarbeiten“ (ebd.) angekündigt und das ÖGB-Präsidium bezeichnete die Blockade der Rodungsarbeiten als „Rechtsbruch, der von niemanden geduldet werden kann“ (ebd.). Für Empörung auf Seiten der KraftwerksgegnerInnen sorgte die Aussage von ÖGB-Vizepräsident Johann Gassner, welcher den Wunsch aussprach „die Exekutive möge nun sorgen [sic!], daß

die Arbeiter in der Au bald ihre Tätigkeit aufnehmen können“ (APA-Meldung, 17. Dezember 1984) , sowie die Aussage des Betriebsrates des Bauunternehmens Universale, Josef Kerschbaum, der ankündigte, „daß die Belegschaft übermorgen dafür sorgen würde, daß die Au-Besetzer das Neue Jahr bereits bei sich zu Hause verbringen“ (ebd.).

4.3.3. Oppositionelle Stimmen und Konfliktlinien

Sowohl in Zwentendorf als auch in Hainburg, regte sich auch innerhalb der Gewerkschaften Widerstand gegen die offizielle Linie. Im Kontext von Zwentendorf entstand 1977 die fraktionsübergreifende Initiative ‚GewerkschafterInnen gegen Atomenergie‘ (vgl. Leisch 2009: 104). Diese forderte „breite Diskussion und freie Meinungsbildung in Betrieben, Fach- und Ortsgruppen usw. auf der Grundlage der gleichberechtigten Informationsverbreitung in den Medien des ÖGB und der Einzelgewerkschaften“ (ebd.). Über die Stärke und das Ausmaß der Zustimmung der Initiative lassen sich, vor allem im Nachhinein, keine seriösen Aussagen treffen. Jedoch war sie auf jeden Fall Ausdruck davon, dass die Pro-Atom-Position der Gewerkschaftsführung nicht „die Bedenken und die Meinungsvielfalt in der Bevölkerung und unter den Gewerkschaftsmitgliedern“ (ebd.) berücksichtigte. Im Zusammenhang mit Hainburg erfolgte die Gründung der ‚Plattform Gewerkschafter gegen Hainburg‘ (vgl. Dworzak 1985: 106), welche sich auf die „lebensbejahende Tradition“ (ebd.) der ArbeiterInnenbewegung berief.

Bei den Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk Zwentendorf und das Wasserkraftwerk Hainburg lassen sich ähnliche Argumentations- und Handlungsmuster seitens der Gewerkschaften feststellen. Daraus ergeben sich drei zentrale Konfliktlinien: Erstens die Herangehensweise ein gemeinsames Interesse mit der Industrie zu verfolgen, daran anknüpfend die Frage von Demokratie und Partizipation und drittens der traditionelle Konflikt ‚Arbeitsplätze vs. Umweltschutz‘. Diese drei Konfliktfelder werden im Folgenden näher dargestellt. Die Teilgewerkschaften bzw. der ÖGB agierten sowohl im Fall von Zwentendorf als auch in Hainburg in enger Kooperation mit der Arbeitgebervertretung (Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung) und der Industrie. So titelte eine Presseaussendung der Sozialpartner bereits zu Beginn des Jahres 1984 mit „Arbeitnehmer und Arbeitgeber einig. Hainburg wird gebraucht“ (APA-Meldung, 19. Jänner 1984) und sah in einer Verzögerung des

Baubeginns „nachteilige Folgen für Arbeitnehmer, die beteiligten Unternehmen, aber auch die Konsumenten“ (ebd.). Auch im Falle von Zwentendorf ging der ÖGB ein Bündnis mit der Industriellenvereinigung, Siemens und der Wirtschaftskammer ein um ein ‚Ja‘ für Zwentendorf zu propagieren (vgl. Leisch 2009: 106). Seitens der GegnerInnen wurde in beiden Fällen kritisiert, dass sich die Gewerkschaften den Interessen der österreichischen Energielobby unterordnen würden. So forderte die ‚Plattform Gewerkschafter gegen Hainburg‘ eine inhaltliche Orientierung „gegen die Profitinteressen der E-Wirtschaft“ (Dworczak 1985: 106) seitens des ÖGB ein. Das gemeinsame Interesse, welches die Gewerkschaften dabei in den Mittelpunkt stellten, muss vor dem Hintergrund der Sozialpartnerschaft und ihrem „konstitutiven Element“ (Glatz 1984: 126) der Wachstumslogik betrachtet werden. Gerade eben diese Wachstumslogik wurde jedoch von der Ökologiebewegung in Frage gestellt und berührte somit die „Sozialpartnerschaft an ihrem Nerv“ (ebd.). Der Kompromiss, der nach 1945 in Form der Sozialpartnerschaft geschmiedet worden ist, erlebte sowohl mit Zwentendorf als auch mit Hainburg eine „nachhaltige Erschütterung“ (Lackner 1990: 213).

Seitens der KraftwerksgegnerInnen wurde dies auch als mangelnde Demokratie wahrgenommen, da sie ihre eigenen Interessen in diesem Bündnis nicht vertreten sahen. Zudem zeigten die Auseinandersetzungen um die beiden Kraftwerke unter anderem auch „das weitverbreitete, aus unterschiedlichen Quellen gespeiste Unbehagen mit den traditionellen politischen Parteien und Wirtschaftsverbänden in einem populistischen ‚Gegen-die-da-oben‘“ (Natter 1987: 163) auf. Blau sieht in der Auflehnung gegen Hainburg und Zwentendorf den Beweis für eine „fortschreitende Emanzipation von Obrigkeitshörigkeit“ (Paul Blau 1999: 162), wobei die Gewerkschaften auch als Teil des „Establishments“ (ebd.: 163) wahrgenommen wurden. Dieselbe Analyse zogen AktivistInnen der ‚Nein zu Zwentendorfbewegung‘. „Das mehrheitliche NEIN ist vielmehr noch Ausdruck des selbständigen Denkens und des Protestes vieler arbeitender Menschen gegen ‚die da oben‘ an den Schalthebeln der Macht.“ (Leisch 2009: 108) Dass diese Betrachtung nicht nur seitens der GegnerInnen von Hainburg und Zwentendorf zutrifft, zeigt die Feststellung von Bundeskanzler Sinowatz, dass „der von Regierung und Sozialpartnern geschaffene weltweit einmalige soziale Friede durch das rechtswidrige Verhalten der Besetzer“ (APA-Meldung, 18. Dezember 1984) in der Hainburger Au gefährdet sei.

Die Auseinandersetzungen um die beiden Kraftwerke Hainburg und Zwentendorf belebten auch den ‚alten‘ Konflikt ‚Arbeitsplätze vs. Umweltschutz‘ neu. Bereits 1983 warnte die

„Vereinigung der industriellen Bauunternehmer Österreichs“ davor, „dass eine Verzögerung des Kraftwerkbaues die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern weiterhin verschärfen würde“ (APA-Meldung, 10. August 1983). Der Zentralbetriebsrat der VÖEST-Alpine AG, Franz Schwarz, argumentierte, dass der Bau des Kraftwerkes Hainburg in der VÖEST rund 800 Arbeitsplätze für ein Jahr absichere und ein ‚Nein‘ zu Hainburg 300 Arbeitsplätze unmittelbar gefährden würde (vgl. APA-Meldung, 13. Dezember 1984). Auf einem Transparent auf einer Pro-Hainburg-Demo am Heldenplatz am 17. Mai 1984 war der Spruch zu lesen: „Die Arbeitsplätze müssen Vorrang haben“ (Hesoun/Pötschacher 1985: 74). Nach der Aussetzung des Bauvorhabens erklärte der niederösterreichische AK-Präsident und stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, Josef Hesoun, dass „nach der Aufschiebung des Kraftwerksbaus in Hainburg bei den betroffenen Baufirmen eine höhere Anzahl von Kündigungen“ (APA-Meldung, 3. Jänner 1985) entstanden wäre und bezifferte die Anzahl der gefährdeten Arbeitsplätze zwischen 1.200 und 2.700 (vgl. ebd.). Auch innerhalb der Diskussion rund um das AKW Zwentendorf wurde seitens der BefürworterInnen mit den neu entstehenden Arbeitsplätzen argumentiert bzw. im Falle eines Neins bei der Volksabstimmung vor ‚Arbeitsplatzverlust‘ gewarnt.

4.4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich der Umgang der ArbeiterInnenbewegung mit ökologischen Fragen, aus historischer Sicht, schwierig gestaltet und von Kontinuitäten und Brüchen geprägt ist. Dabei lassen sich einige zentrale Konfliktfelder feststellen, die konkrete Auseinandersetzungen immer wieder begleiten. Das ‚Arbeitsplatzargument‘ scheint dabei der roten Faden zu sein, der immer wieder auftaucht, wenn die ArbeiterInnenbewegung in Konflikt mit ökologischen Problemlagen geraten ist. Dies muss vor allem vor dem Hintergrund von Standort- und Wettbewerbsfragen betrachtet werden, die bereits im 19. Jahrhundert ein wesentliches Argument im Zusammenhang mit Umweltauflagen waren. Anhand des ‚Arbeitsplatzargumentes‘ und der Standort- und Wettbewerbslogik wird vor allem das Auseinanderdriften von Programmatik und Praxis verdeutlicht. Ein weiterer prägender Konflikt zu Beginn der Industrialisierung war die Frage der inner- und außerbetrieblichen Umweltbelastungen. Bezüglich des Zugangs zu Natur zeigt sich, dass die ArbeiterInnenbewegung über den ‚Zug in’s Freie‘ positive Anknüpfungspunkte zur Natur

hatte, da Natur als Ort der Freizeitgestaltung und der Erholung betrachtet wurde und diese Herangehensweise weit über die Vernutzung von Natur hinausgeht und als Teil der ArbeiterInnenkultur im 19. und frühen 20. Jahrhundert betrachtet werden muss. Hierbei dürfte es offensichtlich einen Bruch im Zugang zur Natur gegeben haben. Inwieweit dieser Bruch für die aktuelle Situation von Relevanz ist, soll in den nächsten Kapiteln beantwortet werden. Das bereits im 19. Jahrhundert dominante ‚Arbeitsplatzargument‘ spielte auch in Hainburg eine zentrale Rolle, während in Zwentendorf seitens der Gewerkschaften zudem auch die Standort- und Wettbewerbsfrage über das Argument der billigen Stromversorgung in den Mittelpunkt gerückt wurde. Ein unkritischer Zugang zu Technologie und Fortschritt seitens der Gewerkschaften lässt sich bei beiden Kraftwerksprojekten festmachen. Spannend ist, dass in den Auseinandersetzungen rund um das AKW Zwentendorf die ‚alte‘ Kluft zwischen inner- und außerbetrieblichen Umweltbelastungen keine Rolle spielte, obwohl in diesem Fall von einer besonderen Gefährdung der Beschäftigten innerhalb des Kraftwerks auszugehen war. Dies macht einmal mehr deutlich, dass der Zugang der ArbeiterInnenbewegung bzw. der Gewerkschaften zu ökologischen Fragen nicht als statisch verstanden werden darf, sondern konkreten gesellschaftlichen Dynamiken überworfen ist. Bezüglich der Frage inner- und außerbetrieblicher Umweltbelastungen lässt sich also ebenso wie beim ‚Zug in’s Freie‘ ein Bruch feststellen. Sowohl in Zwentendorf als auch in Hainburg nahm der korporatistische Klassenkompromiss in Form der Sozialpartnerschaft, sowie dessen Infragestellung seitens der KraftwerksgegnerInnen, einen zentralen Stellenwert ein. Hierbei wird der Zusammenhang zwischen Naturverhältnissen und gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen bzw. Veränderungsprozessen sehr deutlich.

Daran anknüpfend stellt sich nun die Frage, ob sich im Zugang von Gewerkschaften zu ökologischen Konfliktlagen etwas verändert hat. Anhand des Klimawandels soll nun der Frage nachgegangen werden, ob gesellschaftliche Veränderungen sich auch im Umgang der Gewerkschaften mit ökologischen Fragen widerspiegeln bzw. auch ob ausgehend von den Erfahrungen in den 1970er und 1980er Jahren eine andere Herangehensweise entwickelt werden konnte.

5. Der Umgang der österreichischen Gewerkschaften mit dem Klimawandel

Im folgenden Kapitel soll nun näher auf die Positionierungen und die gewerkschaftliche Praxis bezüglich des Klimawandels eingegangen werden. Zunächst soll die Herangehensweise an die Fragestellung und die grundsätzlichen Positionen seitens der österreichischen Gewerkschaften zu Umwelt- bzw. Klimafragen erläutert werden. Im Anschluss daran werden zentrale Aspekte des Klimawandels aus Sicht der Gewerkschaften diskutiert.

5.1. Herangehensweise

Um die Frage zu klären, wie sich die österreichischen Gewerkschaften aktuell zum Klimawandel positionieren, wurden die aktuellen Beschlusslagen, Programme sowie Mitgliederzeitungen des ÖGB und der Teilgewerkschaften untersucht und Interviews mit GewerkschafterInnen geführt. Ursprünglich war dabei keine Einschränkung geplant. Nach einer ersten Übersicht stellte sich jedoch heraus, dass bei der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG-KMSfB), der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) und der Gewerkschaft der Fernmeldebediensteten (GPF) kaum Anknüpfungspunkte zu finden sind. Aus diesem Grund wurde das Forschungsfeld auf den Dachverband ÖGB und die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH), welche ArbeiterInnen in der Bau- und Holzindustrie organisiert, die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE), eine Fusion der Gewerkschaft Metall, Textil, Nahrung (GMTN) mit der Gewerkschaft der Chemiarbeiter (GdC), die Gewerkschaft vida, ein Zusammenschluss der Eisenbahnergewerkschaft (GdE) mit der Gewerkschaft Hotel, Gastronomie und Persönliche Dienstleistungen (HGPD) sowie der Gewerkschaft Handel Transport Verkehr (HTV) und die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) eingeschränkt. Zudem ist auch den Positionen der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) ein Kapitel gewidmet, um auch eine oppositionelle Gewerkschaftsfraktion in die Untersuchungen einzubeziehen.

Wie bereits in Kapitel 3 erwähnt, stellt die Kluft zwischen Programmatik und Praxis innerhalb der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung ein traditionelles Problem dar. Dieser Umstand wurde auch von einigen Interviewpartnern angesprochen worden.

„und natürlich sind Beschlüsse, die der ÖGB auf dem Bundeskongress fasst oder unser Arbeitsprogramm nicht so interessant in der Alltagspraxis. Das ist schönes Papier, wo man sich die Mühe gibt, dass man sauber arbeitet, aber das tatsächliche Handeln ist dadurch nur wenig bestimmt. Das ist so ähnlich wie Parteiprogramme, die alle 4 Jahre beschlossen werden. Da schreibt man alles rein, was die Leute gerne drinnen haben wollen. Aber der Stellenwert ist einfach nicht extrem hoch.“
(Interview René Schindler 2011)

„Wobei ich natürlich sagen muss, in den Gewerkschaften, wie bei anderen Organisationen auch, klafft dann doch eine Lücke zwischen Theorie und Praxis. Zwischen den Papieren, die wir schreiben und der realen Umsetzung da hakt es manchmal.“ (Interview Heinz Högelsberger 2011)

Diese von den Gewerkschaftern beschriebene Kluft muss jedenfalls vor dem Hintergrund gesehen werden, dass das Verhältnis zwischen Programmatik und Praxis kein dichotomer Widerspruch ist, sondern vielmehr in dessen dialektischer Dynamik erfasst werden muss. Dennoch stellt sich die Frage, wie Beschlüsse und Programme von Gewerkschaften zu deuten sind bzw. welche Funktion sie erfüllen. Glatz nennt in diesem Zusammenhang zwei Aspekte: einerseits haben Programme eine „legitimatorische Aufgabe“ (Glatz 1984: 131), die aufzeigen, dass sich Gewerkschaften einer „Thematik annehmen“ (ebd.), was auch bedeutet, dass dies als notwendig erachtet wird. Aber sie „zeigen auch einen Bewusstseinswandel der Organisation und ihrer Mitglieder an und haben eine erzieherische Funktion“ (ebd). Die erzieherische Funktion wird u.a. dadurch erfüllt, dass über Anträge auf Konferenzen Themen von ‚oben‘ an die gewerkschaftliche Basis herangetragen werden. Das Wort ‚erzieherisch‘ weist jedoch auch darauf hin, dass es sich dabei um Top-Down-Maßnahmen handelt und weniger um Basisinitiativen, die ihre Anliegen auf Konferenzen vorbringen. Eine Ausnahme dabei stellen kleine, meist oppositionelle, Gewerkschaftsfraktionen wie beispielsweise die AUGÉ/UG dar.

„und da gibt es dann uns, die immer wieder Sachen einfordern. Und man weiß ja auch, dass es uns gibt und dass man da zumindest ein bissl darauf achten muss und zum Beispiel sozial-ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigen muss [...] und das andere ist, dass wir dann auch auf den Kongressen und Konferenzen Dinge einfordern.“
(Interview Klaudia Paiha 2011)

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass Beschlüsse und Programme, auch wenn sie sich oftmals nicht in der alltäglichen Praxis widerspiegeln, Ausdruck einer Sensibilisierung oder eines Diskussionsprozesses, bezüglich des Klimawandels bzw. ökologischer Fragen, innerhalb von Gewerkschaften sind und somit zunächst einmal einen Anknüpfungspunkt darstellen.

Hinzu kommt, dass das Verhältnis zwischen Programmatik und Praxis komplex und vor allem dialektisch erfasst werden muss.

5.2. Grundsätzliche Positionierung zu Umwelt- und Klimafragen

Umweltprobleme im Allgemeinen bzw. der Klimawandel im Speziellen werden seitens der österreichischen Gewerkschaften in unterschiedlicher Ausprägung als Problem identifiziert und aus unterschiedlichen Perspektiven diskutiert. Der ÖGB formuliert in seinen ‚Leitsätzen‘:

„Der ÖGB will eine pluralistische Gesellschaft, in der die ArbeitnehmerInnen einen besonderen Stellenwert haben, in der Friede, soziale Gerechtigkeit sowie Chancengerechtigkeit und Gleichbehandlung der Geschlechter herrschen und in der der Sorge um eine gesunde Umwelt großes Augenmerk geschenkt wird.“
(ÖGB 2009a: 5)

sowie:

„der ÖGB richtet sich in seinem wirtschaftlichen Handeln, in der Auftragsvergabe, im Führen eigener Betriebe und in der eigenen Organisation nach ethischen, ökologischen und sozialen Kriterien.“ (ebd.: 6)

Zudem hebt der ÖGB-Kongress 2009 im Kapitel ‚Klima- und Umweltschutz‘ vor allem die positiven Auswirkungen einer langfristigen Umweltpolitik, „mittels Produktivitätssteigerung bzw. Technologieführerschaft [...] auf die österreichische Volkswirtschaft, Beschäftigung und Lebensqualität“ (ÖGB 2009: 42) hervor. Die Gewerkschaft vöda formuliert, dass „der Erhalt des Lebensraums für den Menschen“ (vöda 2010: 18) das Ziel aller sein müsse. Außerdem gehört der Klimawandel für die Gewerkschaft vöda zu den „größten globalen Bedrohungen für Mensch und Umwelt“ (ebd.: 23), der schon jetzt „weltweit – aber hauptsächlich in der 3. Welt – 300.000 Todesopfer pro Jahr“ (ebd.: 18) fordert. Auch die PRO-GE stellt Umweltschutz auf eine allgemeinere Ebene, indem sie neben den Werten „Frieden und soziale Gerechtigkeit“ (PRO-GE 2009: 5) für eine Gesellschaft eintritt „in der einer gesunden Umwelt großes Augenmerk geschenkt wird“ (ebd.).

In der Geschäftsordnung der PRO-GE wird als eine Aufgabe „die Initiierung sowie die Mitwirkung an der Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen, insbesondere wirtschaftlicher, sozial-, familien- und umweltpolitischer Art“ (PRO-GE 2009a: 1) festgehalten. Die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) nennt als Ziele ihrer

Nachhaltigkeitskampagne ‚Umwelt + Bauen‘ unter anderem „eine gesunde und intakte Umwelt für die nächste Generation“, „neue Ansätze für sichere Arbeitsplätze entwickeln“, „Bewusstseinsbildung und Lobbying betreiben“ und die Wandlung des Images der GBH: „Von den ‚Betonierern‘ zur Zukunftsgewerkschaft“ (Umwelt + Bauen: 1). Zudem arbeitet die GBH nach eigenen Aussagen daran, dass Umweltthemen und insbesondere der Klimaschutz „ein Wert an sich“ (Interview Andreas Huss 2011) werden. Die GPA-djp „bekennt sich zur Einbindung und Umsetzung ökologischer Grundsätze, insbesondere zu Maßnahmen für eine nachhaltige Klimapolitik in allen Bereichen der Gewerkschaftspolitik“ (GPA-djp 2010: 4) und betrachtet den Umgang mit natürlichen Ressourcen als „entscheidend für eine lebenswerte Zukunft“ (GPA-djp 2010a: 27). Zudem betrachtet die GPA-djp Klimaschutz als „Chance“ (ebd.: 8), da er „ein Motor für gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung sein“ (ebd.) kann. Auf Initiative der Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG) fordert die GPA-djp seit ihrem letzten Bundesforum 2010 zudem „die Bundesregierung auf, den ‚Global Marshall Plan‘ aktiv zu unterstützen und in nationalen wie internationalen Programmen die Grundlagen der Ökosozialen Marktwirtschaft aktiv voranzutreiben“ (GPA-djp 2010a: 27).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl der ÖGB als auch die Teilgewerkschaften PRO-GE, vda, GBH und GPA-djp Umweltprobleme im Allgemeinen und auch den Klimawandel im Speziellen thematisieren und in ihre eigenen Leitbilder bzw. Beschlussfassungen aufgenommen haben. Eine intakte Umwelt wird als Wert wahrgenommen und beschrieben. Andererseits wird Umweltschutz- bzw. Umweltpolitik jedoch auch sehr stark funktionalisiert und über deren Nutzen für volkswirtschaftliche bzw. beschäftigungspolitische Effekte thematisiert. Im Folgenden soll es darum gehen, einzelne Aspekte bzw. konkrete Zugängen der Gewerkschaften zum Klimawandel herauszuarbeiten.

5.3. Zentrale Aspekte des Klimawandels

In Anlehnung an die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse kann der Klimawandel nicht als ‚Umweltproblem‘ erfasst werden, sondern muss als Ausdruck bzw. Ergebnis gesamtgesellschaftlicher Prozesse verstanden werden. Das bedeutet, dass die Frage wie Gewerkschaften mit dem Klimawandel umgehen, auch vor diesem Hintergrund betrachtet werden muss. Der Klimawandel an sich spielt innerhalb der österreichischen Gewerkschaften kaum eine Rolle. Vielmehr sind es einzelne Aspekte des Klimawandels, die mit gewerkschaftlichen Kernfragen kollidieren und damit eine Auseinandersetzung mit dem Klimawandel bzw. mit Klimapolitik notwendig machen. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass in dem „widersprüchlichen Verhältnis zwischen Wachstum, Arbeitsplatzergänzung und Umverteilung auf der einen und dem Klimaschutz auf der anderen Seite“ (Walk/Brunnengräber 2000: 70) die zentralen Konfliktfelder für Gewerkschaften im Umgang mit dem Klimawandel liegen.

Im Folgenden soll daher der Frage nachgegangen werden, wo die österreichischen Gewerkschaften innerhalb dieses Verhältnisses verortet werden können und was die jeweiligen Hintergründe dafür sind. In einem ersten Schritt wird das Verhältnis der österreichischen Gewerkschaften zu den Themenbereichen Wachstumslogik, Wettbewerb und Standort erörtert. Im Anschluss daran wird auf zwei zentrale Felder der gewerkschaftlichen Praxis eingegangen, da vor dem Hintergrund des Wachstumsmodells deutlich wird, dass es sich bei ökologischen Problemen wie dem Klimawandel um „hybride Krisenphänomene“ (Becker/Jahn 2006: 169 zit. nach.: Brunnengräber et al. 2008: 50) handelt, in denen sich „gesellschaftliche und natürliche Prozesse überlagern, interferieren und eine komplexe Krisendynamik entwickeln“ (ebd.). Die österreichischen Gewerkschaften thematisieren den Klimawandel meist nicht an sich, sondern greifen einzelne Problemfelder auf, die sich aus der aktuellen ökologischen Krise für die gewerkschaftliche Praxis ergeben. Als zentrales Problemfeld wird dabei seitens der Gewerkschaften das Themenfeld Arbeitsplätze betrachtet. Hinzu kommen weitere soziale Aspekte wie Energiesicherheit, globale Ungleichheiten und Fragen der Vulnerabilität, die der Klimawandel aus Sicht der Gewerkschaften beinhaltet.

5.3.1 Wachstumslogik, Wettbewerb und Standort

Eingehend soll der Frage nachgegangen werden, wie sich Gewerkschaften gegenüber dem vorherrschenden Wachstumsmodell positionieren. Dies erscheint aus zweierlei Gründen von Relevanz: Erstens hat der Klimawandel seine Ursachen „in der Förderung, dem Transport und dem Verbrauch der endlichen, fossilen Energieträger“ (Brunnengräber et al. 2008: 13) und muss somit als „die Folge eines spezifischen, auf Wachstum, Beschleunigung und Zentralität ausgerichteten Entwicklungsmodells“ (ebd.) betrachtet werden. Eine Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden Wachstumsmodell bedeutet also auch die Ursachen für den Klimawandel offen zu legen bzw. auf der Suche nach Strategien gegen den Klimawandel dieses Wachstumsmodell in Frage zu stellen. Zweitens ist davon auszugehen, dass die Politik der Gewerkschaften nach wie vor von der Wachstumslogik durchdrungen ist und dass ganz wesentliche Felder der gewerkschaftlichen Praxis, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und Fragen der Verteilungspolitik, nach wie vor über steigende Wachstumsquoten beantwortet werden. Die Frage nach dem Umgang der Gewerkschaften mit dem Klimawandel muss also eine Auseinandersetzung mit der Wachstumslogik beinhalten, da diese eine ganz wesentliche Schnittstelle zwischen Klimawandel und gewerkschaftlicher Praxis beinhaltet. „Das Konzept steigenden Wachstums war der Hintergrund des korporativen keynesianischen Klassenkompromisses der Nachkriegsentwicklung in den Industrieländern“ (Alt Vater 2009: 98). In Österreich muss das Festhalten an der Wachstumslogik seitens der Gewerkschaften also im Zusammenhang mit der Sozialpartnerschaft betrachtet werden, welche vom ÖGB als „auf gesellschaftlichen Interessenausgleich ausgerichtete Kultur“ (ÖGB 2011) bezeichnet wird, die „einen nicht unwesentlichen Teil dazu hat, dass Österreich in der Zweiten Republik auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet eine hervorragende Entwicklung zu verzeichnen hatte“ (ebd.). Hinter dieser „Produktivitätssteigerungs-Politik“ (Lackner 1990: 213) verbirgt sich „eine Ausweitung der Bezugspunkte und Perspektiven gewerkschaftlicher Interessenspolitik“ (Tálos 1997: 438), welche seit den 1950er Jahren „zu einem Kernpunkt des Selbstverständnisses der österreichischen Gewerkschaften geworden“ (ebd.) ist. Die ideologische Ausrichtung auf „gesamtgesellschaftliche Notwendigkeiten“ (Filla 1981: 182) muss parallel zur Integration der österreichischen Gewerkschaften in den Staatsapparat betrachtet werden. „Die Gewerkschaften gehen dabei von der Erkenntnis aus, dass die Steigerung und Verbesserung der Produktivität eine der Voraussetzungen für weitere Erhöhungen des Lebensstandard des Volkes sind“ (Tálos 1997: 438). Obwohl es sich um

einen Klassenkompromiss handelt, sehen die Gewerkschaften selbst darin nicht die „Leugnung von Interessensgegensätzen“ (Chaloupek 2011: 34), sondern vielmehr eine „Methode, mit der zwischen den gegensätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Interessen [...] ein Ausgleich gefunden werden kann“ (ebd.). Dieser Logik sind die österreichischen Gewerkschaften nach wie vor verhaftet, indem sie davon ausgehen, dass nur „eine wachsende Wirtschaft“ (Delapina 2011: 6) die Möglichkeit bietet „wachsende Einkommen für alle“ (ebd.) zu garantieren, während in Zeiten der Stagnation „Einkommenssteigerungen für eine Gruppe“ (ebd.) nur möglich sind, „wenn anderen etwas weggenommen wird“ (ebd.). Konsum erfüllt für die Gewerkschaften in diesem Zusammenhang eine Doppelfunktion. Einerseits drückt er den Erfolg des sozialpartnerschaftlich organisierten Verteilungsmodells aus und andererseits gehen die Gewerkschaften davon aus, dass Wachstum „von den privaten Konsumausgaben“ (OTS-Aussendung ÖGB, 18. Dezember 2009) gestützt wird. Konsum wird dabei auf seine ökonomische Funktion reduziert. Die gesellschaftliche Funktion von Konsum, die sich nach dem 2. Weltkrieg als ‚Lebensstil‘ in den Industrieländern etabliert hat (vgl. Altvater 2009: 100) und sich inzwischen zur ‚imperialen Lebensweise‘ (Brand 2009: 99) entwickelt hat, wird dabei kaum in Frage gestellt. Unter ‚imperialier Lebensweise‘ ist „die Hegemonie von global nicht verallgemeinerbaren ‚fossilistischen‘, also auf der Verbrennung von fossilen Energieträgern beruhenden, Produktions- und Konsummustern [...] sowie die Externalisierung der sozial-ökologischen Kosten, die diese verursachen“ (Wissen 2010: 31) zu verstehen. Diese Lebensweise beinhaltet Billigflüge, ebenso wie hohen Fleischkonsum, Automobilität oder die Nutzung vieler Elektrogeräte (vgl. ebd.) und wird seitens der Gewerkschaften via ‚Massenkaufkraft‘ und ‚Aufsteigermodelle‘ als Erfolg der sozialpartnerschaftlichen Verteilungspolitik gedeutet. Die doppelte Funktion von Konsum wird vor allem in Krisenzeiten deutlich, denn die von Gewerkschaften geforderte die Stärkung der Kaufkraft (vgl. OTS-Aussendung ÖGB, 18. Dezember 2009) bringt nicht nur den Wachstumsmotor zum Laufen, sondern muss auch als Plädoyer für die ‚imperialer Lebensweise‘ betrachtet werden, die „in Zeiten von Krise und Desintegration“ (Brand 2009: 99) als „Kitt“ (ebd.) eingesetzt wird. Gewerkschaften stehen dabei vor dem Dilemma, dass das nach 1945 anvisierte und teilweise auch erreichte Wohlstandsmodell für breite Teile der Gesellschaft dazu geführt hat, dass „viele Menschen an den gegenwärtigen un-nachhaltigen Verhältnissen teilhaben wollen“ (Brand 2008: 142). Eine Absage an diese Verhältnisse würde nicht nur Verzicht bedeuten, sondern das Wachstumsmodell als Ganzes in Frage stellen.

Die sozialpartnerschaftlich organisierte Politik der letzten Jahrzehnte zielte also auf die Verteilung von Produktivität und Wachstum ab. In den letzten Jahren ist diese Politik jedoch massiv unter Druck geraten, da der ursprünglich anvisierte Verteilungseffekt zugunsten der ArbeitnehmerInnen stetig zurückgeht. Dies zeigt sich u.a. am Rückgang des Anteils der Löhne an der Wertschöpfung. So ist die Lohnquote im Zeitraum von 1998 von 71,3% auf 66,3% im Jahr 2008 gesunken (vgl. AK Oberösterreich 2010: 1). Ein weiteres Indiz ist das Auseinanderklaffen des Verhältnisses zwischen Produktivität und Lohnentwicklung. Während die Produktivität im Zeitraum von 1998 bis 2008 um 13,5% gestiegen ist, sind die Brutto- und Nettolöhne lediglich um 4,1% bzw. 2,6% gestiegen (vgl. ebd.: 3). Die Arbeiterkammer Oberösterreich kommt angesichts dieser Zahlen zu dem Schluss: „Nicht alle haben vom Wohlstandszuwachs was“ (ebd.). „Wachstum ist also keineswegs mit mehr Gleichheit in der Welt verbunden“ (Altvater 2009: 92) meint Altvater und geht noch einen Schritt weiter: „Im Gegenteil, alle Faktoren die Wachstum steigern, fördern auch die Ungleichheit.“ (ebd.) Den Grund dafür sieht Altvater in der Tatsache, dass Wachstum auf der „Akkumulation von Kapital“ (ebd.: 93) basiert, „also auf der Ausbeutung der einen, die mehr produzieren als sie selbst zurückbekommen, und der Aneignung von Überschüssen durch die anderen“ (ebd.).

Wachstum hat jedoch auch eine ökologische Komponente, da Wachstum auf die Ausbeutung von Rohstoffen angewiesen ist und zudem zu höheren Umweltbelastungen führt. Vor dem Hintergrund von ‚Peak Oil‘ und der ansteigenden Erderwärmung wird deutlich, „dass die Geschichte des von Menschen gemachten Klimawandels identisch ist mit derjenigen des industriellen Kapitalismus, also mit der der Geschichte eines Wirtschaftssystems, dessen Grundlage ständiges Wirtschaftswachstum ist“ (Passadakis/Müller 2009: 34). Für die österreichischen Gewerkschaften stellt das Wachstumsmodell nach wie vor das zentrale ökonomische Konzept dar, über welches die Verteilung von Wohlstand und Arbeit organisiert werden soll. So wundert es auch nicht, dass Ernst Tüchler (ÖGB) die österreichische Klimastrategie als „Wachstumsbremse“ (Interview Ernst Tüchler 2011) bezeichnet. Tüchler zeigt dabei die Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit auf, die ein Wirtschaftswachstum zwischen 2-2,5% notwendig macht, um die bestehende Arbeitslosigkeit zu senken (vgl. ebd.). Diese Annahme verdichtet sich auch in Sozialpartnerpapieren (vgl. Kapitel 5.1.), die deutlich machen, wie sehr die gewerkschaftliche Praxis von der Wachstumslogik durchdrungen ist und oftmals als alternativlos betrachtet wird. Obwohl in den Teilgewerkschaften auch Kritik gegenüber dem Wachstumsmodell feststellbar ist, wird dennoch an der Wachstumslogik festgehalten. Andreas Huss (GBH) stellt in diesem

Zusammenhang die Frage: „Wohin sollen wir denn noch wachsen?“ (Interview Andreas Huss 2011) und räumt jedoch gleichzeitig ein, dass er Wachstum für unabdingbar und notwendig hält. „Wir brauchen Wachstum um die Arbeitsplätze zu halten.“ (ebd.). Als „Problem für die Umwelt“ (ebd.) sieht Andreas Huss weniger das Wachstum, als die Frage „wieviel mehr Energie verbrauchen wir und welche Energie verbrauchen wir parallel zum Wachstum“ (ebd.). Ein Ausweg aus dieser Logik wäre für Huss ein Modell, welches ermöglicht, dass Wachstum steigt, aber der CO₂-Ausstoß „nicht im selben Ausmaß“ zunimmt. Mit dem Ausbau von erneuerbaren Energieformen wäre für Huss eine Entkoppelung dieser beiden Faktoren realisierbar (vgl. ebd.). Die GPA-djp spricht in diesem Zusammenhang von einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum, welches „nicht auf einer steigenden Belastung der Umwelt beruhen“ (GPA-djp 2010a: 121) kann. Hierbei wird zwar eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch angesprochen, gleichzeitig jedoch auch „eine Verstärkung der Massenkaukraft“ (ebd.) eingefordert, um die Wirtschaftskrise 2008/2009 nachhaltig zu überwinden. David Mum (GPA-djp) ist der Ansicht, dass die Kosten des Wachstumsmodelles in Zukunft extrem ansteigen werden und gibt sich skeptisch was gangbare Alternativen für die Gewerkschaften betrifft.

„Weg vom Wachstum ist nicht wirklich eine Option. Weil vom Wachstum hängt im Kapitalismus zuviel ab, als dass man sagen könnte, man pfeife auf Wirtschaftswachstum. Weil wenn das Wirtschaftswachstum niedriger ist als die Steigerung der Arbeitsproduktivität, sinkt die Beschäftigung und das würde niemand akzeptieren. Man hat also einen Anreiz, dass das Wirtschaftswachstum zumindest so hoch ist wie die Produktivität, sonst würde die Beschäftigung permanent zurückgehen.“ (Interview David Mum 2011)

Mum betrachtet es als „produktiver“ (ebd.) die Diskussion in Richtung qualitatives Wachstum zu lenken, anstatt die Frage zu stellen „Wachstum: Ja oder Nein?“ (ebd.) Die Herstellung von höherwertigen Gütern oder Dienstleistungen etwa würde zwar Wachstum bedeuten, aber gleichzeitig den Ressourcenverbrauch eindämmen (vgl. ebd.). Zudem spricht Mum im Zusammenhang mit Wachstum und der Frage von Arbeitsplätzen auch die Arbeitszeitverkürzung an.

„Und die andere Frage ist: Wie kann man die Produktivität besser verteilen? Und da wäre es sinnvoll neben der Erhöhung der Einkommen auch über die Verkürzung der Arbeitszeit nachzudenken. In die Arbeitszeitdebatte ist 2009 kurz Dynamik gekommen, die jedoch relativ schnell wieder weg war.“ (ebd.)

René Schindler (PRO-GE) stellt in diesem Zusammenhang die Frage, inwiefern das BIP geeignet ist, Wachstum und Wohlstand zu messen.

„Wir brauchen andere Indikatoren, die besser messen können, was kluges Wachstum ist. Denn wenn wir uns gegenseitig erschießen, entsteht auch Wirtschaftswachstum.“
(Interview René Schindler 2011)

Ein „grundsätzliches Modell, das sagt eine Gesellschaft bleibt einfach stehen und entwickelt sich gar nicht weiter“ (ebd.) hält Schindler jedoch für „nicht plausibel“ (ebd.). Dennoch hält Schindler nicht am „Wirtschaftswachstum im traditionellen Sinne“ (ebd.) fest, räumt jedoch ein, dass sich dann die Frage stellt, wie in Zukunft Verteilungsprozesse gestaltet werden können. „Aber die spannende Frage ist: Wenn wir nicht mehr wachsen, wie verteilen wir dann um? Und welche Kräfte können das dann bewerkstelligen?“ (ebd.)

Am kritischsten gegenüber dem Wachstumsmodell zeigt sich Heinz Högelsberger (vid), der zwar der Meinung ist, dass die Gewerkschaften „teilweise immer noch diesem Wachstumskult frönen“ (Heinz Högelsberger 2011), jedoch davon überzeugt ist, dass dies nicht mehr aufrecht zu erhalten ist und zitiert den Spruch: „Nur Idioten und Ökonomen glauben an ewiges Wachstum.“ (ebd.) Högelsberger spricht in diesem Zusammenhang auch die sinkende Verteilungsspielräume für Gewerkschaften an.

„Es macht es natürlich für Gewerkschaften leichter, weil wenn der Kuchen permanent wächst, ist der Verteilungskampf leichter zu führen. Obwohl das ja auch nicht mehr der Fall ist, weil die Schere zwischen Reich und Arm geht ja auf. Und natürlich wird es für die Gewerkschaften immer schwieriger, bei einem gleich groß bleibenden Kuchen einen größeren Anteil zu erkämpfen.“ (ebd.)

Die Logik, dass über stetes Wachstum Verteilungsspielräume überhaupt erst möglich werden, kann nicht unabhängig von der Wettbewerbs- und Standortlogik betrachtet werden. Denn wenn Wachstum das Ziel von wirtschaftlicher Tätigkeit ist, führt dies nicht nur zu einer Konkurrenz zwischen einzelnen Unternehmen, sondern auch zur Konkurrenz zwischen Staaten. Indirekt unterstützen die österreichischen Gewerkschaften, so wie die meisten anderen Gewerkschaften weltweit, über das Streben nach Wachstum auch die kapitalistische Wettbewerbs- und Standortlogik. In der konkreten Praxis bedeutet dies, dass die Gewerkschaften auch im Zusammenhang mit Emissionszertifikaten mit der Drohung der Abwanderung konfrontiert sind.

„Wenn der Eder [Anm.: Vorstandsvorsitzender der voest Alpine AG] den Präsidenten [Anm.: ÖGB-Präsident Erich Foglar] anruft und sagt, wenn ich jetzt nicht sofort so viele Gratiszertifikate bekomme, dann muss ich in die Türkei verlagern.“
(Interview Ernst Tüchler 2011)

Tüchler äußert zudem den Verdacht, dass die Reduzierung der Gratiszertifikate für die Industrie „unter Umständen ein willkommenes Argument“ (ebd.) ist, um Standorte zu verlegen (vgl. ebd.). Die Standortproblematik spiegelt sich auch in einem ‚Positionspapier der österreichischen Sozialpartner‘ wieder. Darin bekennen sich die Sozialpartner zwar zu „einer Verringerung der Treibhausgase“ (Österreichische Sozialpartner 2008: 1) räumen jedoch ein, dass daraus resultierende „negative Effekte auf den Wirtschaftsstandort“ (ebd.) möglichst verhindert werden sollen. Hierbei fällt auf, dass die Standortlogik seitens der Gewerkschaften zwar in der Theorie grundsätzlich kritisch hinterfragt, wenn nicht sogar abgelehnt wird, aber dennoch in ein Sozialpartnerpapier Eingang findet. Am 9. April 2010 fand in Budapest eine europaweite Demonstration statt. Die Gewerkschaften forderten dabei u.a.: „Wir lehnen eine Ideologie ab, die den Wettbewerb zum einzigen Element des Zusammenlebens in Europa macht“. (ÖGB Flugblatt 2011) Im Anschluss daran wird auf Kürzungen bei Löhnen, Sozialleistungen und Pensionen sowie auf den Abbau von Arbeitsrechten hingewiesen (vgl. ebd.). Ähnlich positionierte sich der ÖGB auf seinem 17. Bundeskongress im Jahr 2009: „Standort- und Industriepolitik dürfen sich nicht auf die Frage, wie hoch die Löhne, Gehälter und Lohnnebenkosten sind, beschränken“ (ÖGB 2009: 36). Die interviewten Gewerkschafter sehen diese Problematik und räumen jedoch ein, dass Löhne und Gehälter, sowie Arbeitsbedingungen und sozialstaatliche Leistungen in den Gewerkschaften als Kernkompetenzen betrachtet werden.

„Das eine ist das Hemd und das andere ist der Rock. Löhne sind natürlich für Gewerkschaften die zentralere Frage. Und das sind sie – so nehme ich an – auch im Bewusstsein der Menschen; zumindest derzeit. Irgendwann kann man natürlich die Frage stellen: Was mach ich mit dem schönsten Geld, wenn die Umweltkatastrophe eintritt und ich sowieso tot bin? Aber solange dieses Horrorszenario nicht plausibel vor uns liegt, ist das Geld zunächst einmal der zentrale Wert und wird völlig außer Diskussion gestellt.“ (Interview René Schindler 2011)

„Es liegt natürlich schon in der Natur der Sache, dass eine Gewerkschaft primär ihre Kernkompetenzen in Dingen wie Gehältern, Unfallverhütung oder sozialen Rechten sieht. Und wenn sich die Frage stellt ‚Arbeitsplätze oder Umweltschutz‘ wird natürlich jede Gewerkschaft ‚Arbeitsplätze‘ sagen. Und das ist auch ganz logisch, weil die Gewerkschaften ja ursprünglich gegründet worden sind, um die sozialen Bedingungen der Beschäftigten zu verbessern und nicht um die Umwelt zu schützen. Die Frage ist eben nur, ob das so leicht geht?“ (Interview Heinz Högelsberger 2011)

Obwohl die österreichischen Gewerkschaften gegenüber der Standort- und Wettbewerbslogik vor allem aufgrund ihrer negativen Auswirkungen auf soziale Standards negativ eingestellt sind, zeigt sich am Beispiel der Energiepolitik, welche wichtige Rolle diese Logik für die gewerkschaftliche Praxis spielt. Der ÖGB stellt „die Nutzung erneuerbarer Energieträger“ (ÖGB 2009: 37) als wesentlichen Eckpfeiler der österreichischen Energiepolitik dar. Bei näherer Betrachtung wird jedoch klar, dass die Forcierung von erneuerbaren Energieträgern und der Energieeffizienz nicht nur gefordert wird um eine CO₂-Verminderung zu erreichen, sondern sich die Gewerkschaften daraus auch einen wesentlichen Standort- und Wettbewerbsvorteil erhoffen. Ernst Tüchler (ÖGB) ist zudem der Meinung, dass die Steigerung von Effizienz „der Hebel“ (Interview Ernst Tüchler 2011) ist, um die Relation zwischen Wirtschaftswachstum und Energieinput in den Griff zu bekommen. Die GPA-djp hält Energieeffizienz notwendig für eine Reduktion der CO₂-Emissionen und ist zudem der Meinung, dass die EU zu „einem der energie- und ressourceneffizientesten Wirtschaftsräume“ (GPA-djp 2010a : 17) werden soll. Kritik gegenüber der Wirksamkeit von Effizienzsteigerungsmaßnahmen im Energiebereich wurde in den Interviews nur von Andreas Huss (GBH) geäußert.

„Es gibt ja den so genannten Rebound-Effekt bei Energiemaßnahmen. Ein Haus wird saniert und dann drehen wir die Heizung um 2 Grad weiter rauf, weil es eh so toll saniert ist und jetzt können wir es uns ja ein bisschen wärmer machen. Und das heißt, was man eigentlich einsparen könnte mit einer Sanierung wird bis zu 25% wieder ausgegeben. Oder man investiert die Energiekosten, die man sich spart, weil man weniger Strom oder Heizung braucht, in eine neues Auto oder in einen Urlaub, wo man mit dem Flugzeug hinfliegt.“ (Interview Andreas Huss 2011)

Dieser Effekt lässt sich auch in anderen Bereich feststellen. Effizienzgewinne werden meist durch einen „dramatischen Anstieg von Produktion und Konsum“ (Brand 2008: 139) aufgewogen, was letztendlich bedeutet, dass das Wachstum die Effizienzgewinne „frisst“ (Guggenbühl 2008: 63). Dies erklärt auch, „warum weltweit betrachtet die derzeitige Klimaschutzpolitik mit der Entkoppelung von Wachstum und Emissionen gescheitert ist“ (Salmhofer et al. 2010: 11).

Energiepolitik wird seitens der österreichischen Gewerkschaften neben der Verkehrspolitik als zentrales Lösungsfeld hinsichtlich des Klimawandels erachtet. Im Vordergrund dabei steht zunächst die Frage der Wettbewerbsfähigkeit, welche durch Preisanstiege bei fossilen Energieträgern und der zunehmenden Rohstoffabhängigkeit von Ländern außerhalb der EU als

gefährdet betrachtet wird. Hinzu kommt, dass auch der Ausbau erneuerbarer Energieträger, die Innovation bei Technologieentwicklung, usw. als Wettbewerbsvorteile betrachtet werden. Hierbei knüpfen die österreichischen Gewerkschaften direkt an die Strategie der EU an, welche sich aus dem Fortschritt in diesen Bereichen ebenfalls einen Standortvorteil erhofft. Die Energiepolitik der österreichischen Gewerkschaften ist somit eng an die vorherrschende Politik auf nationaler wie auch auf EU-Ebene angelehnt. Effizienzsteigerungen werden dabei eher unkritisch als effektive Maßnahme gegen den hohen Energieverbrauch betrachtet, was letztendlich auch dazu führt, dass die grundsätzliche Funktionsweise der kapitalistischen Konsum- und Produktionsweise und somit auch das Wachstumsmodell nicht in Frage gestellt werden.

5.3.2. Arbeitsplätze und Umweltschutz

Wie bereits in Kapitel 3.2. beschrieben, prägt die Konfliktlinie ‚Arbeitsplätze und Umweltschutz‘ bereits seit dem Beginn der Industrialisierung den Zugang der ArbeiterInnenbewegung zu Natur. Die Argumentation, dass Arbeitsplätze durch Umweltschutz in Gefahr seien bzw. verloren gehen könnten, wurde nicht nur seitens von UnternehmerInnen ins Feld geführt, sondern auch immer wieder von den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung aufgenommen. Dieser in den „siebziger und achtziger Jahren klassisch gewordene Konflikt ‚Umweltschutz kontra Arbeitsplätze‘“ (Sandner 1999: 339) reduziert den Naturbegriff auf „seine ökonomische Vernutzung“ (ebd.). In den 1980er Jahren lässt sich dabei jedoch ein Bruch feststellen: Während bis dahin Umweltschutz von Seiten der Gewerkschaften meist als Bedrohung für Arbeitsplätze betrachtet wurde, lässt sich vor dem Hintergrund der großen Wirtschaftskrisen (auch) eine Umkehrung feststellen. In den 1960er und 1970er, also in Zeiten der Hochkonjunktur, wurde Umweltschutz entkoppelt von beschäftigungspolitischen Aspekten diskutiert. Erst durch die Rezessionen 1974 und 1981 „kam der Umweltschutz ins beschäftigungspolitische Gerede“ (Ritt 1998: 5). In diesem Zusammenhang ist auch von der These der ‚double dividend‘ die Rede, also den „positiven Beschäftigungswirkungen von Umweltschutz“ (Brandl/Hildebrandt 2002: 53). Die „Vernutzung“ (Sandner 1999: 339) von Natur in politisch-strategischen Überlegungen seitens der ArbeiterInnenbewegung bekommt damit eine völlig neue Bedeutung. War Umweltschutz bisher eine Bedrohung für Arbeitsplätze, so wurde er seither auch als Chance betrachtet.

Gerade in Krisenzeiten bildet sich demnach eine „eigenartige Koalition von Arbeitsmarktpolitik und Umweltpolitik“ (Ritt 1998: 5), die sowohl von „arbeitsmarktpolitischen Akteuren“ (ebd.) wie auch von „Umweltorganisationen“ (ebd.) forciert wird. Diese Taktik der Umweltorganisationen deutet nicht zuletzt darauf hin, wie eng der politische Spielraum für Kooperation mit Gewerkschaften in Umweltfragen ist. Doch es ergibt sich auch eine neue Koalition zwischen Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen, da es bei der Schaffung bzw. dem Erhalt von Arbeitsplätzen seit jeher – u.a. über die Wachstumslogik – ein vermeintlich gemeinsames Interesse gab. Jene strategischen Bündnisse, „die in der internationalen Klimapolitik zwischen Wirtschafts- und Gewerkschaftsverbänden gebildet wurden“ (Walk/Brunnengräber 2000: 69) finden sich also auch in der Praxis der nationalen Gewerkschaften wieder. Diese Neuinterpretation des Spannungsverhältnisses ‚Arbeitsplätze und Umweltschutz‘ hat zwar Umweltthemen auf neuen Wegen in die Gewerkschaften getragen, jedoch auch zu einer Verengung des Feldes geführt. „Umweltpolitik ist nur mehr in einem Bereich interessant: Dort, wo konkrete beschäftigungswirksame Maßnahmen versprochen werden.“ (Ritt) 1998: 5) Hierbei gilt auch der Umkehrschluss, dass „jene Bereiche, wo keine positive Verbindung zwischen Umweltschutz und Beschäftigung hergestellt werden kann, stark zurückgedrängt werden“ (ebd.). Die Verknüpfung von Umweltpolitik und Beschäftigungspolitik begleitet seither Phasen des wirtschaftlichen Abschwunges. Dieser „kräftige Hauch der siebziger Jahre“ (Ritt 1998: 6) scheint auch während der Wirtschaftskrise 2008/2009 eine Rolle zu spielen. „Die ‚konjunkturbestimmte Wertigkeit‘ des Umweltschutzes ist nicht neu und lässt sich über die gesamte Geschichte dieses Politikbereiches verfolgen.“ (ebd.)

Im Umgang der österreichischen Gewerkschaften mit dem Spannungsverhältnis ‚Arbeitsplätze und Umweltschutz‘ zeigen sich vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise 2008/2009 zwei zentrale Strategien: Einerseits das Beleben des Diskurses, Umweltschutz als Bedrohung zu betrachten und andererseits Umweltschutz als Chance für mehr Beschäftigung (Green Jobs) und Wachstum zu sehen. Auf eine alternative Herangehensweise seitens der Gewerkschaft wird abschließend eingegangen.

5.3.2.1. Umweltschutz als Bedrohung

Vor allem vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise wird deutlich, dass Umweltschutz und insbesondere klimaschonende Maßnahmen seitens der Gewerkschaften teilweise nach wie vor als Bedrohung für Arbeitsplätze wahrgenommen werden. Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit dem EU-Emissionshandelssystem, welches in den vergangenen Jahren seitens der österreichischen Gewerkschaften mehrmals heftig kritisiert wurde. Gleich zu Beginn der Wirtschaftskrise 2008/2009 fand im Dezember 2008 in Brüssel eine Demonstration des Europäischen Metallverbundes (EMB) statt, die sich unter anderem gegen die EU-Klimapolitik richtete. Anlass dafür war die bevorstehende Novellierung des EU-Emissionshandelssystems für die Handelsperiode ab 2013. Aus Österreich wurde diese Demonstration von der GPA-djp und GMTN (welche 2009 mit der GdC zur PRO-GE fusionierte) unterstützt. Die an der Demonstration beteiligten Gewerkschaften befürchteten „durch diese Änderungen negative Folgen sowohl für die Beschäftigten ihrer Branchen [...] als auch für die Umwelt insgesamt“ (GPA-djp 2008). Kritisiert wurde unter anderem auch, dass durch die geplanten Veränderungen im EU-Emissionshandelssystem eine Benachteiligung „gegenüber anderen Wirtschaftszweigen und -regionen“ (GPA-djp 2011a) entstehe, was auch zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen führen würde (vgl. ebd.). Die Forderungen des EMB, welchen sich die österreichischen Gewerkschaften GMTN und GPA-djp anschlossen, zielten vor allem auf die Reduzierung der CO₂-Emissionen, höhere Sozial- und Umweltstandards und die Förderung von Technologien zur Reduzierung von CO₂-Emissionen ab. Zudem waren die zwei zentralen und branchenrelevanten Forderungen „die sofortige Ankerkennung der Stahl- und Nicht-Eisen-Branchen als Sektoren mit hohem Risiko von ‚carbon leakage‘ (Gefahr der Verlagerung)“ und „100 Prozent freie Zuteilung für die prozessbedingten Emissionen im Stahlsektor basierend auf anspruchsvollen Benchmarks“ (GPA-djp 2008). In dieselbe Richtung argumentiert auch ein offener Brief an Bundeskanzler Werner Faymann der Vereinigung der österreichischen Papierindustrie, der GdC (welche 2009 gemeinsam mit der GMTN zur PRO-GE fusionierte) und der GPA-djp im November 2008. Darin wurden ebenfalls die ab 2013 geplante Versteigerung der CO₂-Zertifikate und der dadurch entstehende „Wettbewerbsnachteil“ (Austropapier 2008) kritisiert. Eine Forderung lautete: „Klimaschutz darf nicht zum Standort- und Arbeitsplatzkiller werden“ (ebd.). Die Sozialpartner sahen zehntausend Arbeitsplätze in der Papierindustrie und 250.000 Jobs im Umfeld in Gefahr und dem „würde kein entsprechender ökologischer Vorteil

gegenüberstehen“ (ebd.). Im April 2010 fand eine weitere Demonstration in Brüssel statt. Unter dem Motto „Fairer Wettbewerb in der Metallindustrie“ mobilisierten der EMB und die Europäische Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften (EMCEF) gegen die EU-Klimapolitik. An der Demonstration nahmen „1.000 TeilnehmerInnen aus Deutschland, Belgien, Großbritannien und Österreich“ (ÖGB-Verlag 2010) teil. Seitens der österreichischen Gewerkschaften wurde diese Demonstration von der Gewerkschaft PRO-GE unterstützt. Die Gewerkschaften sahen durch die EU-Klimapolitik vor allem die Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr, was auch zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen würde (vgl. ebd.).

„Energie- und Rohstoffverfügbarkeit zu angemessenen, konkurrenzfähigen Preisen müssen einen besonderen Stellenwert haben. Dies muss die EU durch ihre Politik sicherstellen – im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrien und der damit verbundenen Arbeitsplätze.“ (Glück auf! 3/2010: 17)

Die Gewerkschaften forderten von der EU-Kommission „eine verbindliche, umfassende internationale Vereinbarung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen, die gleiche Wettbewerbsbedingungen garantiert und auch Beiträge der Schwellenländer umfasst [und] dass die kostenfreie Zuteilung von CO₂-Rechten an integrierte Hüttenwerke der Stahlindustrie die bei der Stahlerzeugung entstehenden Kuppelgase vollumfänglich einschließt“ (ÖGB-Verlag 2010). Diese Praxis steht jedoch in einem krassen Widerspruch zur Positionierung der beteiligten Gewerkschaften. Die PRO-GE bekennt sich „zum aktiven Umweltschutz“ (PRO-GE 2009: 13) und sieht „darin keinen Widerspruch zur Sicherung von Arbeitsplätzen“ (ebd.), weiters fordert die PRO-GE Investitionen im Bereich Verkehrsinfrastruktur und Klimaschutz „wodurch rund 16.000 Arbeitsplätze geschaffen werden können“ (ebd.: 8) und betrachtet es als nicht zielführend „den Schutz der Umwelt gegen den Erhalt von Arbeitsplätzen auszuspielen“ (ebd.: 26). In der konkreten Praxis dürfte der Konflikt ‚Arbeitsplätze vs. Umweltschutz‘ jedoch nach wie vor für Probleme sorgen. Auf die Frage unter welchen Aspekten PRO-GE den Klimawandel thematisiert, formuliert René Schindler folgendes:

„Der Klimawandel selber wird eigentlich kaum diskutiert. Wohl aber die gegen den Klimawandel gesetzten Maßnahmen und die werden von Seiten der Betriebsräte vor allem unter dem Aspekt diskutiert: Bedroht das unsere Arbeitsplätze?“ (Interview René Schindler 2011)

Auch David Mum (GPA-djp) nennt neben der „Ökologisierung des Steuersystems“ (Interview David Mum 2011), den „Erhalt der Industriesubstanz“ (ebd.) als wesentlichen Aspekt vor dem der Klimawandel innerhalb der GPA-djp thematisiert wird. Der Widerspruch zwischen Programmatik und Praxis zeigt sich auch bei der GPA-djp, welche der Meinung ist: „Es darf den ArbeitnehmerInnen nicht aufgebürdet werden, zwischen Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit wählen zu müssen.“ (GPA-djp 2010: 8) Im Industriebereich steht die GPA-djp jedoch vor einem ähnlichen Dilemma wie die PRO-GE.

„Die andere Seite ist die Geschichte mit den Industriekonzernen; da haben wir einen sehr guten Organisationsgrad. Da sind die Betriebsräte teilweise sehr ökologisch ausgerichtet, aber sie sagen auch ganz deutlich, dass alles seine Grenzen hat. Und es muss auch immer wieder der Zusammenhang mit den Arbeitsplätzen hergestellt werden.“ (Interview Michael Pieber 2011)

Der skizzierte Umgang der Gewerkschaften mit dem Spannungsfeld ‚Arbeitsplätze und Umweltschutz‘ zeigt vor allem deutlich die Kluft zwischen Beschlusslagen und gewerkschaftlicher Praxis auf, welche nach wie vor von Bedeutung ist. Obwohl zweifelsohne eine Sensibilisierung für das Thema Klimaschutz zu erkennen ist, hat es dennoch den Anschein, dass „das Arbeitsplatzargument“ (Walk/Brunnengräber 2000: 68) nach wie vor „gegenüber dem – womöglich Arbeitsplätze gefährdenden Klimaschutz – Priorität“ (ebd.) hat.

5.3.2.2. Arbeitsplätze im Umweltbereich

Die Weltwirtschaftskrise hat den Themenbereich Green Jobs wieder in den Mittelpunkt gewerkschaftlicher Aufmerksamkeit gerückt. Es lassen sich dabei zwei Strategien feststellen: Einerseits werden Green Jobs massiv forciert und in die Diskussion eingebracht, gleichzeitig werden jedoch auch Potential und Qualität von Green Jobs kritisch hinterfragt. Hinzukommt, dass es aufgrund der branchenorientierten Ausrichtung zu Widersprüchen kommt, die vor allem im Bereich der Verkehrspolitik deutlich werden.

„Green Jobs‘ werden von der Statistik Austria als „die Gesamtheit der Tätigkeiten zur Messung, Vermeidung, Verringerung, Beschränkung oder Behebung von Umweltschäden“ (Statistik Austria 2010a) bzw. als „Bereich der umweltorientierten Produktion und Dienstleistungen“ (ebd.) bezeichnet. Im Jahr 2008 galten 162.986 Beschäftigungsverhältnisse als Green Jobs, was 4,2% aller Erwerbstätigen darstellt. Mit einem Umsatz von 29,8

Milliarden Euro beträgt der Umweltumsatz 10,6% am BIP. Hinzu kommen 22.159 Personen, die im Bereich des Handels mit „Umweltgütern und -technologien“ (ebd.) beschäftigt sind. Der Umweltbereich ist also ein „bedeutender Zweig der österreichischen Wirtschaft“ (Lebensministerium 2010: 2), der ähnlich groß ist, wie der Bereich ‚Gastronomie und Beherbergung‘ und zudem der Wirtschaftssektor mit der höchsten Wachstumsrate ist (vgl. ebd.). 57,4% der Beschäftigten im Umweltbereich sind in den „klassischen Umweltschutzaktivitäten wie Abwasser- und Abfallentsorgung oder Luftreinhaltung“ (Statistik Austria 2008) und 42,6% der Beschäftigten sind im Ressourcenmanagement tätig (vgl. ebd.).

Bereich	Beschäftigte	Anteil in %	
Insgesamt	162.986	100	
Dienstleistungen	73.750	45,25	45,25
Verbundene Güter	81.08	4,97	
Umweltfreundliche Güter	60.067	36,85	41,82%
End-of-pipe Technologien	7.127	4,37	
Integrierte Technologien	13.933	8,55	12,92%

Quelle: Karl Goldberg (2010). Beschäftigungseffekte – Grüne Arbeitsplätze basierend auf den Daten: Statistik Austria 2010, EGSS 2008

Der größte Teil von Green Jobs liegt mit 45,25% im Dienstleistungsbereich, gefolgt vom Produktionsbereich von verbundenen und umweltfreundlichen Gütern mit fast 42%. Im Technologiebereich befinden sich derzeit beinahe 13% aller Green Jobs. Nach Wirtschaftssektoren stellt das ‚Management von Energieressourcen‘ derzeit mit 31,9% aller Green Jobs den größten Sektor dar, gefolgt von der ‚(Bio-)Landwirtschaft‘ mit 14,4%, dem ‚Öffentlichen Dienst‘ mit 12%, der ‚Gebäude-Hochbauarbeiten‘ mit 9,7%, der ‚Energieversorgung und erneuerbarer Energie‘ mit 7,8% und dem ‚Maschinenbau‘ mit 8,4% (vgl. Statistik Austria 2010 und Goldberg 2010).

Der ÖGB stellt fest, dass „langfristige Umweltpolitik“ (ÖGB 2009: 42) unter anderem auch positive Auswirkungen auf die Beschäftigung hat. Auch die Teilgewerkschaften sehen in der Schaffung von Green Jobs Chancen für die jeweiligen Branchen, die sie organisieren. Die GPA-djp geht davon aus, „dass ein Wandel hin zu einer ökologisch nachhaltigen Produktions- und Konsumweise“ (Mum 2011: 20) kein „Jobkiller“ (ebd.) ist, sondern auch „Arbeitsplätze schaffen“ (ebd.) kann. Bei der Forcierung von Green Jobs dient vor allem der Klimawandel als

Argumentationsgrundlage. So formulierte beispielsweise die GPA-djp auf ihrem Bundesforum 2010 unter dem Titel „Klima schützen – Arbeitsplätze schaffen“ (GPA-djp 2010a: 124), dass der Klimaschutz „ein Motor für gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung sein [kann], denn die Nutzung von Potenzialen der Ressourcen- bzw. Energieeffizienz und der Umstieg auf erneuerbare Energien schaffen neue Arbeitsplätze. Man kann den Klimaschutz nicht wegen der Wirtschaftskrise von der Agenda nehmen“ (ebd.). Vor allem in der Entwicklung von neuen Technologien sieht Michael Pieber (GPA-djp) ein großes Potential:

„Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass Österreich einen sehr guten Stand im Greentec-Bereich hat, weil das Nischenbereiche sind und das für Österreich eigentlich wie geschaffen ist. Es ist einfach sehr wichtig, dass man diesen Nischenbereich verteidigt und ausbaut.“ (Interview Michael Pieber 2011)

David Mum (GPA-djp) ist der Ansicht, dass sich der Widerspruch ‚Arbeitsplätze oder Umweltschutz‘ „aufgelöst“ (Interview David Mum 2011) hat und sieht im Umweltschutz eine Chance für neue Arbeitsplätze.

„Umweltschutz heißt Umgestaltung der Produktionsweisen oder der Produktionsabläufe und das ist auch mit Arbeitsplätzen verbunden. Und natürlich, wenn sich Österreich oder viele Betriebe in Österreich darauf spezialisieren, weil es eine Wachstumsbranche ist, ergeben sich daraus positive Beschäftigungseffekte.“ (Interview David Mum 2011)

In eine ähnliche Richtung argumentiert René Schindler (PRO-GE), der „aus industriepolitischer Sicht, verschärfte Umweltauflagen“ als Förderung und nicht die Gefährdung von Arbeitsplätzen sieht und dafür die Erfahrungen der 1990er Jahre ins Feld führt.

„Es wurden Filtersysteme, Abgasentgiftung, usw. entwickelt weil es unter dem Druck der Grünen scharfe Auflagen in Österreich gab und das hat ganze Industriebranchen nach vorne geworfen, zahllose Arbeitsplätze geschaffen und einen Industrievorsprung geschaffen. Das war total gut.“ (Interview René Schindler 2011)

Ähnlich sieht es die Gewerkschaft vida, die im Klimaschutz „keinen Widerspruch zur Sicherung von Arbeitsplätzen“ (vida 2010: 18) sieht. Heinz Högelsberger (vida) sieht im Potential für Arbeitskräfte auch einen von drei Aspekten, unter denen die Gewerkschaft vida den Klimawandel thematisiert. Im Blickpunkt dabei stehen vor allem Arbeitsplätze im öffentlichen Verkehr. Das Beschäftigungspotential von Klimaschutzmaßnahmen sieht er jedoch als Nebeneffekt und nicht als Voraussetzung für Klimapolitik.

„Es ist ein Nebeneffekt, der den Einstieg in die ganze Klimaschutzdebatte leichter macht. [...] Also insofern ist es ein guter Schuhlöffel, um in die Thematik reinzukommen. Und das würde uns auch stärken, denn wenn es mehr EisenbahnerInnen gibt, gibt es vielleicht auch mehr Mitglieder.“
(Interview Heinz Högelsberger 2011)

Högelsberger räumt jedoch ein, dass es „nur ein Schuhlöffel“ (ebd.) sein darf, weil es in Bezug auf den Klimawandel darum gehen müsse, dass die Gewerkschaften ihr Handeln in einen breiteren Kontext stellen und nicht nur spezifische Eigeninteressen verfolgen (vgl. ebd.). Zudem weist Högelsberger darauf hin, dass sich andere Gewerkschaften mit der Arbeitsplatzproblematik schwerer tun, da sie andere Branchen organisieren:

„Bei der PRO-GE ist das ein bisschen anders, wenn man an die VOEST denkt, wo Klimaschutzmaßnahmen, dann immer zu Erpressungen seitens des Managements führen: Wenn ihr das und das nicht tut's, dann wandern wir ab.“ (ebd.)

Dies bestätigt auch René Schindler von der PRO-GE, der es für schwierig hält, zu vermitteln, dass neue Technologien und Forschung sowohl industriepolitisch Sinn machen und auch umweltpolitisch notwendig sind (vgl. Interview René Schindler 2011).

„Das ist wahrscheinlich in der PRO-GE einer der heikelsten Punkte, weil wir die ganzen CO₂-Emittenten in der Industrie organisiert haben. Trotzdem haben wir zum Beispiel im Arbeitsprogramm versucht diesbezüglich das Bewusstsein voranzutreiben.“ (ebd.)

Es lässt sich also feststellen, dass die Herangehensweise an Green Jobs eng mit den Sektoren, die die jeweiligen Gewerkschaften organisieren, zusammenhängt. Hierbei verdichten sich zwei unterschiedlich ausgeprägte Schwerpunkte: Dies ist einerseits die Strategie der GPA-djp und der Gewerkschaft vida Arbeitsplätze im Sozial- und Gesundheitsbereich als Green Jobs zu definieren und die Kampagne der Gewerkschaft Bau-Holz ‚Umwelt + Bauen‘ zur thermischen Sanierung.

Arbeitsplätze im Gesundheits- und Sozialbereich gelten eigentlich nicht als Green Jobs. Dennoch forcieren die GPA-djp und die Gewerkschaft vida neben den klassischen Green Jobs (thermische Sanierung, technologische Entwicklung, usw.) auch Arbeitsplätze im Bereich der sozialen Dienstleistungen. Dies erklärt sich wohl vor allem dadurch, dass die GPA-djp und die Gewerkschaft vida diesen Bereich organisieren und damit an ihre bisherige Kampagne für eine

„Sozialmilliarde“ zum Ausbau der sozialen Dienstleistungen anknüpfen können. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise fordert die GPA-djp einen „Strukturwandel“ (GPA-djp Presseaussendung, 10. November 2009), der vor allem die Bereiche „Soziale Dienste oder Ökologie“ (ebd.) fördert und „einen entscheidenden Impuls für eine dauerhafte Konjunkturbelebung geben“ (ebd.) soll. Die GPA-djp spricht sich daher für „sozial-ökologische öffentliche Investitionen“ (GPA-djp 2010a: 123) aus und fordert, dass neben den bisherigen Aktivitäten im Bereich Verkehrsinfrastruktur und thermischer Sanierung auch die Sozial- und Gesundheitsdienste gefördert werden sollen (vgl. ebd.). Die GPA-djp sieht darin vor allem die Möglichkeit „konjunkturunabhängige Arbeitsplätze“ (GPA-djp 2010a: 123) zu schaffen. In eine ähnliche Richtung argumentiert die Gewerkschaft vida, die vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise 2008/2009 auf das Beschäftigungspotential im Sozialbereich hinweist und von „Jobs mit Zukunft“ (vida März/April 2009: 5) spricht.

Die Kampagne ‚Umwelt + Bauen‘ wurde 2010 gestartet und hat das Ziel „die Öffentlichkeit von der unbedingten Notwendigkeit intelligenter nachhaltiger Investitionen in gemeinsam erarbeitete Maßnahmen zu überzeugen“ (Umwelt + Bauen 2011: 3). Bei der Kampagne handelt es sich um eine Bündnisinitiative, welche neben der Gewerkschaft Bau-Holz auch von GLOBAL 2000, der Bundesarbeiterkammer und dem ÖGB sowie der Wirtschaftskammer Österreich und diversen VertreterInnen aus dem Bereich der Bauindustrie (Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen, Vereinigung industrieller Bauunternehmer, Institut Immobilien, Bauen und Wohnen, usw.) getragen wird. Neben der Zielsetzung die thermische Sanierung in Österreich voranzutreiben und damit Arbeitsplätze in der Bauindustrie zu schaffen, finden sich im Kampagnenmaterial auch weiterführende Forderungen zu ökologischen Fragestellungen. Der Untertitel der Kampagne lautet: „Jetzt für unsere Kinder investieren.“ (ebd.) Weiters wird auch Bezug auf die Wirtschaftskrise genommen, welche als Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Klimakrise analysiert wird (vgl. ebd.: 5).

Die vier Kernziele der Kampagne sind: die „Steigerung der Sanierungsrate“, „Neubauangebot leistbarer Wohnungen“, „Umstieg auf erneuerbare Energieträger“ und „zukunftsweisende Verkehrsverbindungen und Bildungseinrichtungen“ (ebd.: 9). Als Motiv nennt Andreas Huss, GBH-Umweltsprecher: „Es waren natürlich am Anfang, das muss man ganz offen sagen, die Arbeitsplätze.“ (Interview Andreas Huss 2011) Dennoch scheint es, dass nicht nur die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen als Motivation für die Kampagne dienen. Die Initiative ‚Umwelt+ Bauen‘ „ist aus einem Organisationsentwicklungsprozess heraus entstanden, wo wir uns gefragt haben: Wo wollen wir denn hin mit der GBH in den nächsten

10-15 Jahren?“ (ebd) Eine Idee stellt dabei die Entwicklung in „Richtung Umweltgewerkschaft“ (ebd.) dar. Die GBH geht davon aus, dass der Umweltbereich in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen wird und es sich deshalb um einen Bereich handelt auf den eine Gewerkschaft vorbereitet sein soll.

„Wir glauben auch, dass im Umweltthema für uns die Zukunft und auch die Zukunft unserer Arbeitsplätze liegt. Die thermische Sanierung ist ja eines der großen Felder, die wir abdecken; die wird immer wichtiger, weil der Gebäudesektor einer der größten CO₂-Emittenten in Österreich ist. Und da wird mehr gemacht werden müssen in Zukunft. Die Schieneninfrastruktur und der öffentlicher Verkehr sind auch Bereiche, die ausgebaut werden müssen. Auch das sind unsere Arbeitsplätze, das heißt wir haben da sehr viele Anknüpfungspunkte. Und deshalb haben wir die strategische Zielsetzung uns stärker in diese Richtung zu entwickeln.“ (Interview Andreas Huss 2011)

Auch wenn die primären Ziele die Kampagne ‚Umwelt + Bauen‘ nicht dezidiert als Anknüpfung an die soziale Frage formuliert werden, finden sich doch einige Hinweise, dass die Kampagne von ihrem theoretischen Gehalt weit über die Schaffung von Arbeitsplätzen hinausgeht. So finden sich mehrere Passagen, die auf die Generationenfrage eingehen und es wird die Frage gestellt: „In welchem Zustand übergeben wir die Gebäude der nächsten Generation?“ (Umwelt + Bauen 2011: 11).

Neben der Forcierung von Green Jobs in einzelnen Bereichen, zeigen sich der ÖGB und die Teilgewerkschaften jedoch auch skeptisch gegenüber dem Potential und der Qualität von grünen Arbeitsplätzen anbelangt. Es werden hierbei sowohl die Quantität als auch die Qualität von Green Jobs kritisch hinterfragt.

„Wir haben in Österreich um die 160.000 Green Jobs. Ein großer Teil davon sind Beschäftigte in der Abfallwirtschaft. Das sind 40.000 Jobs, um die wir uns nicht reißen. Das sind unter anderem Jobs auf Mülldeponien, in der Entsorgung und der Abfallwirtschaft oder in Müllverbrennungsanlagen.“ (Interview Andreas Huss 2011)

Die Zahl der Beschäftigten im hochqualifizierten Bereich beziffert Huss mit 9.000, „alles andere sind abgestuft größtenteils relativ schlecht bezahlte Jobs“ (ebd.). In der Baubranche sind ca. 1/3 der Bauarbeiter, rund 40.000 Arbeitsplätze, als ‚green‘ einzustufen. „Das ist der normale Bauarbeiter, der einen harten, anstrengenden und vergleichsweise nicht so gut bezahlten Beruf hat.“ (Interview Andreas Huss 2011) Huss weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es wichtig ist zu sehen, dass Green Jobs „sehr oft wenig qualifizierte Jobs

sind; das es schlecht bezahlte Jobs und anstrengende Jobs sind“ (ebd.) und dass die gut bezahlten Jobs, beispielsweise im Technikbereich, „in der absoluten Minderheit“ (ebd.) sind. Auch die GPA-djp übt Kritik am ‚Hype‘ bezüglich Green Jobs und sieht es als ihre Aufgabe „hier für Objektivierung zu sorgen und Schönfärbereien zu hinterfragen. Nicht jeder Green Job ist auch ein sauberer Job, auch die soziale Verträglichkeit ist nicht garantiert“ (GPA-djp 2011). Zudem kritisiert die GPA-djp die niedrigen Frauenquoten in grünen Beschäftigungsfeldern (vgl. ebd.). Vorrangiges Thema für Gewerkschaften müssen daher „die Arbeitsbedingungen und Einkommenschancen von Green Jobs“ (ebd.) sein. Kritik übt die GPA-djp u.a. auch an Landwirtschaftsminister Berlakovich, welcher bis 2020 weitere 100.000 Green Jobs schaffen will (vgl. Kompetenz 5/2011). Mit Michael Pieber hat die GPA-djp seit 2010 einen ‚Green Job-Beauftragten‘. Ausschlaggebend für dessen Bestellung war die Tatsache, dass sich die GPA-djp „immer im Spannungsfeld zwischen der Industrie und unseren umweltpolitischen Anliegen“ (Interview Michael Pieber 2011) bewegt. Auch Michael Pieber stellt, die von Umweltminister Berlakovich genannten Zahlen bezüglich des Beschäftigungspotentials von Green Jobs in Frage und weist auch auf Widersprüche hin.

„Berlakovich überschlägt sich ja in seinen Jobaussichten. Das ist aber hinten und vorne nicht glaubwürdig. Vor allem wenn man sich anschaut, dass gerade im Bereich des öffentlichen Verkehrs, den man ja laut UNO-Definition zum Bereich Green Jobs dazurechnet, in Österreich nach wie vor tausende Arbeitsplätze abgebaut werden, vor allem natürlich bei der ÖBB, weil dort rationalisiert wird auf Teufel komm raus. Wenn man diese Jobs gegenrechnet, dann kommt man bis 2020 nicht mal auf die Hälfte von den 100.000 Jobs von denen Berlakovich spricht.“ (Interview Michael Pieber 2011)

Die GPA-djp übt zudem auch, ähnlich wie die GBH, Kritik an der Qualität von Green Jobs. David Mum (GPA-djp) stuft den Anteil im Bereich der Umwelttechnologien als „sehr kleinen Teil“ (Interview David Mum 2011) ein, wenngleich der Bereich eine Wachstumsbranche darstellt. Den Großteil der Arbeitsplätze verortet David Mum jedoch auch in weniger attraktiven Branchen mit „schlechten Arbeitsbedingungen“ (ebd.).

Widersprüche hinsichtlich des Beschäftigungspotentials im Bereich Verkehr

Obwohl sowohl der ÖGB und vor allem die Gewerkschaft vda ein klares Bekenntnis zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs vertreten, zeigen sich innerhalb der österreichischen Gewerkschaftslandschaft diesbezüglich Widersprüche. Dies betrifft vor allem die

Automobilindustrie, welche zwangsläufig bei einer Umsetzung dieser Forderung unter Druck geraten würde. Neben dem Bekenntnis, dass der öffentliche Verkehr zu bevorzugen ist, „da sein Beitrag zum Umweltschutz, zur Versorgungssicherheit und zur Beschäftigung, Alternativenantrieben und Biokraftstoffen überlegen ist“ (ÖGB 2009: 42), hält der ÖGB auch fest, dass die europäische Automobilindustrie „eine der wichtigsten Wirtschaftssektoren der EU“ (ebd.: 38) ist und dies auch bleiben wird. Um die „Wertschöpfungskette und damit die Beschäftigung in dieser Schlüsselbranche der österreichischen Industrie langfristig abzusichern“ (ebd.), spricht sich der ÖGB für die Absicherung und den Ausbau dieser Branche durch Innovation aus, was auch die Wettbewerbsfähigkeit sichern soll.

Diese Herangehensweise bestätigt auch Ernst Tüchler (ÖGB), der die Automobilindustrie als „Treiber des technischen Fortschritts“ (Interview Ernst Tüchler 2011) bezeichnet. Neben der Bedeutung der Automobilindustrie als Arbeitgeber betont Tüchler, dass der Anteil dieser Branche an der industriellen Wertschöpfung bei 20% liegt (vgl. ebd.). „Das ist einfach schon der Größe der Branche wegen. Das ist ein Teil des Kuchens den wir essen und der auch zur Verteilung da ist.“ (ebd.) Tüchler sieht eine Positionierung, die sowohl die Bedeutung der Automobilindustrie hervorhebt als auch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs fordert nicht als Widerspruch (vgl. ebd.). Der Gewerkschafter räumt zwar ein, dass der öffentliche Verkehr funktionaler und „effizienter“ (ebd.) ist, die andere Frage jedoch ist, „wovon die Menschen leben?“ (ebd.) und kommt zu dem Schluss, dass es im Verkehrsbereich „eben das nebeneinander zwischen privaten und öffentlichen Sektor“ (ebd.) gibt.

Innerhalb der Teilgewerkschaften wird dieser Umstand jedoch weniger als Widerspruch wahrgenommen. René Schindler sieht den Grund für die Zurückhaltung der PRO-GE bezüglich der Forcierung des öffentlichen Verkehrs weniger in der branchenorientierten Ausrichtung seiner Gewerkschaft, die auch die Automobil- und Zuliefererindustrie umfasst, sondern mehr als kulturelles Problem.

„ Das ist schlicht in der Kultur der Produktionsgewerkschaft kein besonderes Thema. Wir sind ein Autofahrerhaus. Das ist auch im Bewusstsein unserer Mitarbeiter, dass man überallhin mit dem Auto fährt [...] Also da müssen wir noch an unserer Kultur arbeiten. Aber das ist, glaube ich, einerseits schon auch eine ArbeiterInnenkultur und das hat natürlich auch mit zersiedelten Räumen zu tun.“
(Interview René Schindler 2011)

Auch Michael Pieber (GPA-djp) ist der Ansicht, dass es diesbezüglich „noch nie ein Problem“ (Interview Michael Pieber 2011) gegeben hat und Andreas Huss (GBH) sieht angesichts des

großen Arbeitsplatzpotentials beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs ebenfalls „keinen Widerspruch“ (Interview Andreas Huss 2011) zu Arbeitsplätzen. Auch die Gewerkschaft vda weist im Zusammenhang mit Beschäftigungspotentialen in der Baubranche darauf hin, dass der Ausbau von Bahnstrecken und Radwegen einen höheren Beschäftigungseffekt hat, als der Bau von Autobahnen und Straßen (vgl. vda Oktober 2009: 3).

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise 2008/2009 zeigte sich, dass der Widerspruch zwischen dem Erhalt der Automobilindustrie und dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs letztendlich zur Entscheidungsfrage wird. Am 24. Februar 2009 wurde vom Ministerrat der ‚Entwurf eines Bundesgesetzes zur Einführung der Ökoprämie für den Fahrzeugtausch‘ beschlossen und dem Parlament übermittelt (vgl. OTS-Aussendung BMWFJ, 24. Februar 2009). Dabei handelte es sich um eine Abwrackprämie:

„Für Autos, die vor dem 1. Jänner 1996 zugelassen worden sind, wird bei Anschaffung eines Neuwagens eine Prämie in der Höhe von 1.500 Euro bezahlt. Diese Unterstützung kann von 1. April bis zum 31. Dezember dieses Jahres in Anspruch genommen werden.“ (Die Presse, 24. Februar 2009)

Seitens der öffentlichen Hand wurden dafür 22,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt (vgl. OTS-Aussendung BMWFJ, 24. Februar 2009). Laut Wirtschaftsminister Mitterlehner wurde die Abwrackprämie von ihm gemeinsam „mit Vertretern der Autobranche und der Sozialpartner verhandelt“ (ebd.) und am 11. März 2009 im Nationalrat beschlossen. Der ÖGB und die Teilgewerkschaften übten sich jedoch bezüglich der Abwrackprämie in Zurückhaltung. Es finden sich dazu weder Presseaussendungen noch Beiträge in den jeweiligen Mitgliederzeitschriften. Vielmehr stellte der ÖGB auf seinem 17. Kongress klar, „dass in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise öffentliche Konjunkturbelebungsmaßnahmen notwendig sind“ (ÖGB 2009b: 42) und bezeichnet die Abwrackprämie gleichzeitig als „ein ineffizientes Mittel zur Konjunkturbelebung im Allgemeinen und zur Förderung der Automobilbranche im Speziellen“ (ebd.). René Schindler berichtet, dass die PRO-GE „sehr für die Abwrackprämie“ (Interview René Schindler 2011) eingetreten ist und sich diese nachträglich auch sehr bewährt hätte.

„Und die Abwrackprämie hat halt sofort geholfen. Und damit ist aus meiner Sicht damals verhindert worden, dass ein Abwärtszyklus überhaupt erst entsteht. Das schätze ich immer noch als einer der wesentlichen Maßnahmen ein, die geholfen hat und es den Gegentrend gegeben hat, trotz der ganzen Finanzkrise.“ (ebd.)

Aus ökologischer Sicht räumt Schindler ein, dass es sich um „eine äußerst zweifelhafte Maßnahme“ (ebd.) gehandelt hat und auch andere Aspekte nicht berücksichtigt wurden. „Es hat natürlich soziale einen ganz bösen Bias, es hat einen Genderbias der ganz böse ist und umweltpolitisch noch einmal das Auto einzementiert“ (ebd.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Green Jobs seitens der untersuchten Gewerkschaften zwar forciert, tendenziell jedoch kritisch betrachtet werden. Die Kritik und Skepsis bezieht sich sowohl auf die Quantität als auch auf die Qualität von Green Jobs. Zudem lässt sich feststellen, dass die Gewerkschaften, mit Ausnahme der Gewerkschaft Bau-Holz, bezüglich Green Jobs keine eigenen Modelle entwickelt haben. Hinzu kommt, dass die Verknüpfung von Beschäftigungspotentialen im Zusammenhang mit Klimaschutz auch widersprüchliche Positionierungen der Gewerkschaften offenlegen, was vor allem im Bereich der Verkehrspolitik deutlich wird.

5.3.2.3. Arbeitsplätze im Verkehrsbereich

Einen vollkommen anderen Zugang zum Konfliktfeld ‚Arbeitsplätze vs. Umweltschutz‘ hat die Gewerkschaft vida gewählt, die vor allem auf den Zusammenhang zwischen sozial-, arbeitsrechtlich- und umweltrelevanten Fragen im Verkehrsbereich hinweist.

„Die derzeitige globalisierte Wirtschaft fußt auf billigem Transport. Diese geringen Kosten werden von den Beschäftigten ‚bezahlt‘ und zwar mittels sozialem Druck, Ausflaggen usw. Bessere soziale Bedingungen verteuern zwangsläufig den Transport und machen manche Transporte unwirtschaftlich. Dies hilft der regionalen Wirtschaft und der Umwelt.“ (vida 2010a: 23)

Die Gewerkschaft vida ist aus einer Fusion der Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE), der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr (HTV) und der Gewerkschaft Hotel, Gastronomie, persönliche Dienstleistungen (HGPD) hervorgegangen. Somit vertritt die Gewerkschaft vida sowohl die österreichischen EisenbahnerInnen als auch die Beschäftigten im Straßenverkehr. Obwohl die Gewerkschaft vida heute sowohl Beschäftigte im öffentlichen Verkehr als auch Beschäftigte im Straßentransport vertritt, ist ihre „Verkehrspolitik durch die Eisenbahner geprägt“ (Interview Heinz Högelsberger 2011a). Auch die Tatsache, dass sich die aktive

Mitgliedschaft der Gewerkschaft *vida* zu ca. 50% aus dem Verkehrsbereich – und davon zu ca. 90% aus dem Bereich der EisenbahnerInnen – zusammensetzt (vgl. Interview Harald Voitl 2011) dürfte dabei eine maßgebliche Rolle spielen. Hierbei handelt es sich jedoch nicht nur um eine zahlenmäßige Überlegenheit. Während auf dem Gründungskongress der Gewerkschaft *vida* Positionen, die sich für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs aussprachen noch umstritten waren, wurden diese Positionen am 2. Gewerkschaftstag der *vida* bereits als Konsens betrachtet. Dies sei vor allem durch den „beteiligungsorientierten“ (ebd. 2011) Prozess der Antragserstellung möglich geworden, der letztendlich zu einem Umdenken führte (vgl. ebd.). Es haben sich also nicht nur „Machtverhältnisse“ (Interview Heinz Högelsberger 2011a) widergespiegelt, sondern die Positionierungen wurden als „sinnvoll“ (ebd.) betrachtet und mit breitem Konsens beschlossen (vgl. ebd.).

Zunächst wird Verkehr seitens der Gewerkschaft *vida* als maßgeblich für die Standortqualität bezeichnet, da er sowohl für die Mobilität der Bevölkerung als auch der Wirtschaft verantwortlich ist (vgl. *vida* 2010a: 15). Jedoch wird der Verkehrssektor auch als die „Achillesferse“ (ebd.: 23) der österreichischen Klimabilanz beschrieben und die Gewerkschaft *vida* tritt aus „Energie-, Umwelt- und Klimaschutzgründen“ (ebd.) für eine Verkehrspolitik ein, die nach dem Motto „Vermeiden – Verlagern – Verbessern“ (ebd.) gestaltet werden muss. Das allgemeine „Ziel jeglicher Verkehrspolitik“ (ebd.: 18) sollte laut der Gewerkschaft *vida* „aus Gründen des sozialen Gleichgewichts und aus Gründen des Schutzes von Gesundheit und Umwelt die Verkehrsvermeidung und die Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsträger (z.B. Schiene)“ (ebd.) sein. Bezüglich des Nahverkehrs sieht die Gewerkschaft *vida* die Notwendigkeit für einen Ausbau neben der Umweltproblematik auch durch die entstehenden Arbeitsplätze, die vorhersehbare Ölkrise, die notwendige Erschließung ländlicher Räume und die zunehmende Alterung der Gesellschaft gegeben (vgl. ebd.: 19). Die Gewerkschaft *vida* geht dabei in ihrer Analyse weit über die gewerkschaftsübliche Standort- und Wettbewerbsfrage bzw. die Beschäftigungsproblematik hinaus und verknüpft umwelt- bzw. klimapolitische Fragen mit den arbeits- und sozialrechtlichen Standards von LKW-FahrerInnen und den Kosten für den (Straßen-)Güterverkehr her. Hintergrund dabei ist, dass sich das Güterverkehrsgewerbe in den letzten Jahren massiv zu Lasten der Beschäftigten verändert hat. „Der Faktor Arbeit ist der weitaus wichtigste Kostenfaktor im Güterverkehr, insbesondere aber im Straßengüterverkehr! Er kann bis zur Hälfte der Transportkosten (und in Spezialfällen sogar noch weit mehr) ausmachen.“ (AK Wien 2001: 127) Der Druck auf den Kostenfaktor Arbeit im Straßengütergewerbe, der in Österreich „zwischen 30% und 50%“

(ebd.: 131) ausmacht, ist in den letzten Jahren massiv gestiegen, da er „vor allem von den finanziellen und sozialen Leistungen für die Lkw-Fahrer und der Einhaltung der Vorschriften“ (ebd.) abhängt. Im Vergleich dazu liegt der Kostenfaktor für Treibstoffe bei ca. 18-25% (vgl. Puwein 2000 zit. nach: AK Wien 2001: 127ff). Heinz Högelsberger (vid) nennt diese Verbilligung von Transport (auf Kosten der Beschäftigten) in diesem Bereich eine „Grundvoraussetzung für die Globalisierung, wie wir sie kennen“ (Interview Heinz Högelsberger 2011). Hierbei zeigt sich die gängige Praxis, dass Transporteure in mittel- und osteuropäischen Länder ausgeflaggt werden, „um den Lohnkostenvorteil nutzen zu können“ (AK Wien 2001: 127). In Ungarn beispielsweise ist der Personalkostenanteil im Straßengütergewerbe um 2/3 niedriger als in Österreich (vgl. ebd.: 66). Konkret werden die Personalkosten über Regelüberschreitungen, wie „die Missachtung der Bestimmungen über die Ruhezeiten und die Geschwindigkeitsüberschreitungen“ (ebd.: 96), dem „Einstellen von Fahrern aus dem Osten (in illegaler Weise oder zu illegalen Bedingungen)“ (ebd.) oder dem „Ausflaggen des Betriebs in einen osteuropäischen Staat“ (ebd.) reduziert. Für die Beschäftigten in Österreich heißt dies, dass sie sich in einem direkten Konkurrenzkampf zu KollegInnen aus mittel- und osteuropäischen Ländern sehen bzw. vor die Wahl gestellt werden, in einem ‚ausgeflaggt‘ Unternehmen in Osteuropa arbeiten zu müssen oder ihre Arbeit zu verlieren (vgl. Interview Harald Voitl 2011). Eine weitere Strategie der Frächter ist die Aufkündigung von Kollektivverträgen bzw. das Wechseln in einen Fachverband mit ‚billigeren‘ Kollektivverträgen (vgl. Zeitschrift vid September 2009: 6). Diese Praxis hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sich die Kosten für Gütertransport auf der Straße massiv verbilligt haben. Die AK Wien kommt dabei zu der Einschätzung, dass die Preise bei Einhaltung aller arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen um mindestens 50% höher sein müssten (vgl. AK Wien 2011). Die Gewerkschaft vid analysiert das hohe Transportaufkommen u.a. als das Ergebnis „von massivem Sozialdumping bei den Beschäftigten in diesem Sektor“ (Interview Heinz Högelsberger 2011a). Die Gewerkschaft vid kommt dabei zwar in das alte Konfliktfeld ‚Arbeitsplätze und Umweltschutz‘, konzentriert sich jedoch nicht auf die Quantität der Arbeitsplätze sondern auf deren Qualität.

„Und da sprechen wir uns schon für Verkehrsvermeidung und für Verteuerung des Transportes aus, obwohl uns klar ist, dass das dann ein Weniger bedeutet. Weil wenn man als Gewerkschaft für die Maximierung von Arbeitsplätzen im Transportsektor sein würde, dann müsste man dem Sozialdumping das Wort reden. Denn je billiger Transport wird, desto mehr Leute sind dort beschäftigt, zwar zu erbärmlichen Bedingungen, aber sie sind beschäftigt.“ (Interview Heinz Högelsberger 2011)

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) geht davon aus, dass die Anzahl der Beschäftigten im Verkehrswesen in den letzten 20 Jahren zwar massiv angestiegen ist, dass diese Arbeitsplätze jedoch in Bezug auf „Einkommen, Stabilität und Sicherheit“ (ITF 2010: 8) keine hohen Standards aufweisen. Zudem gesteht die ITF ein, dass „im Kampf für die Löhne und Arbeitsbedingungen von Transportbeschäftigten [...] Gewerkschaften zudem in vielen Teilen der Welt unter Beschuss geraten“ (ebd.) sind. Die Gewerkschaft *vida* sieht in der Thematisierung dieser Problemlage sowohl die Chance die Arbeitsbedingungen im Verkehrsbereich längerfristig zu verbessern als auch Umweltprobleme zu lösen. „Es soll weniger Transport geben und der soll auf einem hohen qualitativen Niveau stattfinden, sowohl was Arbeitsbedingungen als auch Umweltstandards betrifft.“ (Interview Heinz Högelsberger 2011) Darüber hinaus soll mit dieser Strategie auch die Frage von Wettbewerbs- und Standortvorteilen in ein anderes Licht gerückt werden. „Weniger Transport heißt eben weniger Ölverbrauch; weniger CO₂-Emissionen einerseits, aber andererseits auch diesen globalen Wettbewerb ein bisschen einzudämpfen“ (ebd.).

5.3.2.4. Exkurs: Die Klimapolitik der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF)

Die Klimapolitik der Gewerkschaft *vida* ist eng an die Strategie der ITF geknüpft. Die ITF hat im Vorfeld ihrer Weltgewerkschaftskonferenz im August 2010 in Mexico City eine Tagung unter dem Motto ‚Klimawandel und Verkehr‘ abgehalten. Das dafür entworfene Diskussionspapier ‚Verkehrsbeschäftigte und Klimawandel: Für eine nachhaltige, kohlenstoffarme Mobilität‘ wurde neben australischen, südafrikanischen und US-amerikanischen Transportgewerkschaften auch von der Gewerkschaft *vida* innerhalb der ‚ITF-Arbeitsgruppe Klimawandel‘ verfasst. Da dieser ITF-Beschluss „in die eigene Politikformulierung“ (Interview Harald Voitl 2011) der Gewerkschaft *vida* einfließt und auch die geschilderte Strategie der Gewerkschaft *vida* prägt, wird dieser kurz dargestellt.

Die ITF betrachtet den Klimawandel als große Herausforderung und geht davon aus, dass dieses Problem nicht delegiert werden kann, sondern dass sich die Gewerkschaften selbst um eine Lösung des Problems kümmern müssen.

„Die ITF, die ihr angeschlossenen Gewerkschaften und mit ihr verbündeten sozialen Bewegungen sollten es nicht den Regierungen und Arbeitgebern überlassen, Lösungsansätze zur Bewältigung der Klimakrise vorzuschlagen und zu entwickeln. Wie die großen Konzerne und politisch Verantwortlichen es versäumt haben, die Existenz der Beschäftigten und Gemeinschaften zu sichern, so versäumen sie es auch, sich nur ansatzweise ernsthaft mit dem Problem der steigenden Emissionen auseinanderzusetzen.“ (ITF 2010: 4)

Die ITF geht grundsätzlich davon aus, dass es als Verkehrsgewerkschaft wichtig ist, ein Bewusstsein darüber zu erlangen, „wie viel der Verkehrssektor zum gesamten Emissionsvolumen beiträgt, welche Rolle die einzelnen Verkehrsträger dabei heute und in Zukunft spielen und wie sich der Schadstoffausstoß reduzieren lässt“ (ebd.: 10). Die ITF reiht den Verkehrssektor und die daraus resultierenden Emissionen jedoch in eine „gesamtwirtschaftliche Betrachtung“ (ebd.) ein. Zudem findet sich auch eine Kritik an den bisherigen Lösungsstrategien auf internationaler Ebene, wobei hier vor allem die marktwirtschaftliche Herangehensweise kritisiert wird: „Die derzeit von Wirtschaft und Politik vorgeschlagenen marktwirtschaftlichen Lösungen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes haben bislang noch keine greifbaren Ergebnisse gebracht.“ (ebd.: 4) Zudem geht die ITF nicht davon aus, dass über Effizienzsteigerungen die CO₂-Emissionen langfristig und nachhaltig reduziert werden können.

„Zweitens lenkt die Konzentration auf technische Lösungen von der Tatsache ab, dass durch technologische Ansätze allein keine Reduktion der Emissionen auf das von der Wissenschaft geforderte Niveau möglich ist. Technologische Veränderungen müssen Hand in Hand mit umfassenden Veränderungen in der Organisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens gehen.“ (ebd.: 19)

Die ITF geht zudem davon aus, dass auch zukünftige Strategien den Klimawandel aufzuhalten, scheitern werden, da es nicht um eine Problem des „politischen Willens“ (ebd.: 14) handelt, sondern das Problem „vielmehr systemischer Natur“ (ebd.) ist.

„Wir leben in einer Wirtschaft, die von Wachstum, Gewinn, Wettbewerb und Verbrauch angetrieben wird. Diese Dynamiken bestimmen die politischen Optionen im Rahmen eines vollkommen unnachhaltigen wirtschaftlichen Systems.“ (ebd.)

Die ITF betrachtet den Klimawandel als vielschichtiges Problem, welches nicht durch einfache Lösungen bearbeitet werden kann, sondern einen „gesamtwirtschaftlichen Ansatz“ (ebd.: 20) benötigt. Die Zunahme der Emissionen im Verkehrsbereich sollte dabei „als

Spiegelbild“ (ebd.) der Weltwirtschaft betrachtet werden. Vielmehr geht die ITF davon aus, dass auch „der Wohlstandsbegriff neu definiert werden muss – auf eine Weise, die Freizeit, einer vielfältigen, diversen Kultur, lebendigen Gemeinschaften, einem weniger stressbelasteten Arbeitsleben und sinnerfüllteren persönlichen Beziehungen einen höheren Stellenwert beimisst“ (ebd.).

Die ITF stellt darüber die Systemfrage, indem sie davon ausgeht, dass diese Ziele nur in einer Gesellschaft verwirklicht sind, die „eine ‚Just-in-time‘-Produktionskultur und destruktives Konsumdenken ebenso ablehnen wie die Armut und Not“ (ebd.: 4). In Anknüpfung daran werden auch Wachstum und Entwicklung „aus einer neuen, kritischen Perspektive“ (ebd.: 7) betrachtet. Die ITF stellt dabei das derzeitige Entwicklungsmodell als Ganzes in Frage, das aus einer ökologischen Perspektive „nicht weiter tragbar ist“ (ebd.: 7).

Der Verkehrsbereich spielt nach Ansicht der ITF in diesem Modell eine zentrale Rolle:

„Billige Beförderung ist das Lebensblut der liberalisierten globalen Wirtschaft. Ermöglicht wurde sie nicht zuletzt durch den Wegfall staatlicher Regulierung im Verkehrsbereich, die Verschlechterung der Bezahlung und Arbeitsbedingungen von Transportbeschäftigten sowie durch die Subventionierung von Kraftstoffkosten.“ (ebd.)

Die Konsequenz, die die ITF daraus ableitet, ist dass sie eine Verknüpfung zwischen ökologischen und sozialen externen Kosten herstellt und darauf hinweist, dass diese von den ArbeitnehmerInnen und den Gemeinschaften getragen werden (vgl. ebd.: 8) und zwar „in Form niedrigerer Löhne, prekärer Beschäftigungsbedingungen, langer Arbeitszeiten, gesundheitlicher Beeinträchtigungen, Lärm, Umweltverschmutzung und nun auch noch des Klimawandels“ (ebd.).

5.3.2.5. Alternative Modelle

Das Themenfeld ‚Arbeitsplätze und Umweltschutz‘ sorgt vor allem in jenen Gewerkschaften, die Industriebeschäftigte organisieren, für Probleme. Umwelt- und Klimaschutz werden zwar als Notwendigkeit erachtet, angesichts der Drohung von Standortverlagerungen scheint es jedoch eine gewisse Ratlosigkeit zu geben, wie mit diesem ‚Widerspruch‘ in der konkreten Praxis umgegangen werden soll. Im Rahmen der Interviews wurde einige Male die Verkürzung der Arbeitszeit als möglicher Ausweg – auch vor dem Hintergrund der

Wachstumslogik – genannt. Im Folgenden werden die Überlegungen seitens des ÖGB und der Teilgewerkschaften dazu näher ausgeführt und im Anschluss wird die Konversion von Industriezweigen als weiteres alternatives Modell diskutiert.

Die Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit stellt neben der Erhöhung von Löhnen und Gehältern historisch eine zentrale Forderung der ArbeiterInnenbewegung dar. Und so lautete eine zentrale Losung im 19. Jahrhundert: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf“ (Das Rote Wien 2011). Eingeführt wurde der 8-Stunden-Tag in Österreich de facto jedoch erst 1975 (vgl. ebd.). Ab den 1980ern Jahren folgten gewerkschaftliche Kampagnen für die 35-Stunden-Woche.

Vor allem seit der Wirtschaftskrise 2008/2009 wird seitens von sozialen Bewegungen eine Verknüpfung zwischen Arbeitszeit und ökologischen Fragen hergestellt. Der Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung und Nachhaltigkeitskonzepten wird vor allem über das Hinterfragen der Wachstumslogik und somit über die Frage „wie wir vom Produktivismus und Konsumismus um jeden Preis wegkommen und was Wohlstand bedeuten kann“ (Brand 2010) hergestellt. Seitens der Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp wurde das Thema Arbeitszeitverkürzung im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie 2010 auf die Tagesordnung gesetzt. Die PRO-GE kampagnisierte das Thema bereits im Vorfeld (vgl. Glück auf! 4/2010 und 5/2010). Innerhalb der PRO-GE wird die Diskussion um die Verkürzung der Arbeitszeit vor allem vor dem Hintergrund der Themenfelder „Gesundheit und Altwerden“ (Interview René Schindler 2011) diskutiert. Arbeitszeitverkürzung wird dabei nicht ‚nur‘ hinsichtlich ihrer direkten Auswirkung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen betrachtet. Vielmehr wird auch die Frage nach dem „besseren Leben“ (ebd.) gestellt, womit grundsätzliche Elemente der kapitalistisch-organisierten Produktions- und Konsumgesellschaft problematisiert werden.

„Wenn ich kürzer arbeite und deswegen nicht viel Geld verliere, dann könnte ich die Zeit, die mir dann zur Verfügung steht nicht nur damit zubringen, dass ich mit dem Auto durch die Welt rase. Da könnte ich ein Konzept der Entschleunigung auch in mein sonstiges Leben bringen und auch sehr viel interessante Dinge machen, die auch ökologisch Sinn machen.“ (Interview René Schindler 2011)

René Schindler sieht jedoch das Problem, dass sich die Verknüpfung zwischen Arbeitszeitverkürzung und ökologischen Fragen nicht zwangsläufig ergibt (vgl. ebd.). „Das ist eine Verknüpfung, die man selber im Bewusstsein der Menschen herstellen muss“ (ebd.).

Hinzu kommt das Problem, dass die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung an der Basis nicht gut verankert ist, worauf die PRO-GE aktuell mit einer Kampagne auf Ebene der BetriebsrätInnen reagiert (vgl. ebd.). Auch David Mum (GPA-djp) spricht vor dem Hintergrund der Wachstumsproblematik die Verteilung von Arbeitszeit an (vgl. Interview David Mum 2011). Die GPA-djp verknüpft die Frage der Arbeitszeitverkürzung zudem mit einem nachhaltigem Wirtschaftswachstum (vgl. GPA-djp 2010a: 121).

Heinz Högelsberger (vda) sieht ebenfalls die Notwendigkeit, die Verkürzung der Arbeitszeit wieder mehr zum Thema zu machen und stellt dabei den Zusammenhang zur Konsumgesellschaft her (vgl. Heinz Högelsberger 2011). Er sieht das Thema, der Arbeitszeitverkürzung derzeit in den Teilgewerkschaften jedoch als „eingeschlafen“ (ebd.) und geht davon aus, dass Arbeitszeitverkürzung bei ArbeitnehmerInnen durchaus Akzeptanz findet. „Weil das erstens für die Menschen gesünder ist, und auch akzeptiert ist, weil der Hochofenarbeiter nicht unglücklich ist, wenn er zwei Stunden weniger beim Hochofen steht.“ (ebd.)

Ernst Tüchler (ÖGB) sieht in der Arbeitszeitverkürzung ebenso wie seine Kollegen aus den Teilgewerkschaften ein probates Mittel, gibt sich jedoch skeptisch wie realistisch die Umsetzung ist. „Oder wir verkürzen die Arbeitszeit. Aber das kriegen wir nicht hin, das sage ich ganz offen. Das wollen die Funktionäre nicht, die wollen was verdienen. Das ist ganz einfach so.“ (Interview Ernst Tüchler 2011)

Tüchler spricht damit die Problematik an, dass die Verteilung von Produktivitätssteigerungen u.a. entweder über die Erhöhung von Löhnen und Gehältern oder über die Verkürzung der Arbeitszeit geregelt wird. Dabei dürfte jedoch die Problematik vorhanden sein, dass vor allem in den unteren Einkommensschichten die Erhöhung der Löhne und Gehälter einer Arbeitszeitverkürzung vorgezogen wird. Dennoch greift diese Entweder-Oder-Logik zu kurz, weil sie etwa die Problematik der effektiven Arbeitszeit vernachlässigt. Sozialminister Hundstorfer wies im August 2009 darauf hin, dass im internationalen Vergleich in Österreich „überdurchschnittlich viele Wochenüberstunden“ (OTS-Aussendung BMASK, 13. August 2009) geleistet werden. Der Sozialminister stellt in diesem Zusammenhang die Rechnung auf, dass durch eine Senkung der durchschnittlichen effektiven Wochenarbeitszeit von 42,9 Stunden auf 41 Stunden 130.000 Arbeitsplätze entstehen würden (vgl. ebd.).

Der Behauptung von Ernst Tüchler, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit bei den eigenen FunktionärInnen wenig Akzeptanz findet, stehen die Erfahrungen der PRO-GE gegenüber. 2010 etwa organisierte die Teilgewerkschaft eine Konferenz zum Thema

Arbeitszeitverkürzung. „Die gerechte Verteilung der Arbeit und der Arbeitszeit“ (Glück auf! 4/2010) stellten dabei das Hauptanliegen dar. Im Vorfeld der Konferenz fanden bereits dezentrale Veranstaltungen statt, auf denen Umfragen unter den TeilnehmerInnen durchgeführt wurden (vgl. ebd.). Demnach unterstützen 96% der rund 900 befragten MetallarbeiterInnen eine Verkürzung der Arbeitszeit (vgl. ebd.). Die PRO-GE thematisiert dabei auch die Problematik der Überstunden und Mehrarbeit, denn „während die einen wöchentlich Mehrarbeit leisten, sitzen die anderen auf der Straße“ (ebd.). Obwohl bei den Lohn- und Gehaltsverhandlungen im Herbst 2010 keine Einigung zu einer Arbeitszeitverkürzung erreicht werden konnte, sieht die PRO-GE in kürzeren Arbeitszeiten weiterhin „einen wichtigen Schwerpunkt in der Kollektivvertragsarbeit“ (Glück auf! 7/2010). Auch die Gewerkschaft vida (vgl. Zeitschrift vida Juli/August 2009: 2) und die GPA-djp (vgl. Kompetenz 11/2009: 14) thematisierten vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise 2008/2009 die Verkürzung der Arbeitszeit.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass das Thema Arbeitszeitverkürzung innerhalb der Gewerkschaften vor allem vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise 2008/2009 diskutiert und kampagnisiert wurde. Aufgrund der Herangehensweise und Argumentation vor allem seitens der PRO-GE erscheint eine Verknüpfung zwischen den Themenbereichen ‚Verteilung von Arbeit‘, ‚Wohlstand‘, ‚Gesundheit‘ und klimapolitischen Fragen durchaus als realisierbar.

Weitreichendere Konzepte, wie etwa die Frage der Konversion der Automobilindustrie, werden seitens der Gewerkschaften derzeit, bezüglich der Problematik Arbeitsplätze und Klimawandel, nur am Rande diskutiert. Dennoch wurde die Thematik in den Interviews erwähnt.

Das Konzept der Konversion entstand ursprünglich im Bereich der Rüstungsindustrie. Die Umstellung auf ‚zivile‘ Produkte war eine zentrale Forderung der Friedensbewegung ab den 1960er Jahren. Das bekannteste Beispiel für Konversion ist der britische Luftfahrtkonzern ‚Lucas Aerospace‘. 1976 veröffentlichten TechnikerInnen und GewerkschafterInnen den „Lucas Workers‘ Corporate Plan“ (Right Livelihood Award 2011), einen Vorschlag für „socially useful production“ (ebd.), der tausende gefährdete Arbeitsplätze erhalten sollte. Damit wurde ein Entwurf vorgelegt, „der nicht nur die Industrie und ihre Produktionsformen, die Gesellschaft und ihre Machtverhältnisse, sondern auch den Umgang mit der Natur und den Ressourcen radikal infrage stellte“ (WOZ, 15. Februar 2007). Das Ziel war also, Produkte zu entwickeln und in weiterer Folge zu produzieren, die „in erster Linie dem Menschen und

dessen Überleben dienen sollten. Und erst in zweiter Linie dem Profit“ (ebd.). Mike Cooley, der Initiator der Initiative, wurde 1981 entlassen und der ‚Lucas-Plan‘ wurde mangels konsequenter Unterstützung sowohl seitens des Unternehmens jedoch auch seitens der Gewerkschaften und der Labour-Regierung nie in die Tat umgesetzt. ‚Lucas Aerospace‘ gilt dennoch seither als Sinnbild für Konversion ‚von unten‘. Innerhalb der deutschen IG Metall bestand zwischen 1982 und 2003 der Arbeitskreis ‚Alternative Fertigung‘, der ebenfalls vor dem Hintergrund der Rüstungsindustrie entstand (vgl. Labourcom 2011). Aktuell wird in Deutschland vor allem in Bezug auf die Automobilindustrie wieder verstärkt über Konversion diskutiert. In Österreich scheint die Debatte noch nicht Fuß gefasst zu haben. Ein grundsätzliches Interesse, vor allem seitens der Gewerkschaft PRO-GE, wurde im Interview jedoch sehr deutlich.

„Also der Trend ist vollkommen klar. Die Herausforderung für eine Gewerkschaft, die in diesem Sektor ganz massiv involviert ist, ist es genau diesen Konversionsprozess klug zu unterstützen. Die IG Metall in Deutschland hat dazu eine große Konferenz gemacht. So weit sind wir noch nicht, weil wir uns damit viel zu wenig beschäftigen, wie wir uns überhaupt mit Industriepolitik viel zu wenig beschäftigen.“
(Interview René Schindler 2011)

Neben dem eigenen Nachholbedarf, gibt Schindler jedoch auch zu bedenken, dass bis dato keine schlüssigen Konzepte vorliegen, die das Modell der Konversion für die praktische Gewerkschaftsarbeit anschlussfähig machen:

„Klar ist das eine Herausforderung. Nur alle Antworten, die ich bisher als Ergebnis dieser deutschen Konferenz gelesen habe, sind vollkommen unbefriedigend. Ich halte es nicht für plausibel, dass dann im Bereich des öffentlichen Verkehrs eine adäquate Anzahl an Arbeitsplätzen entsteht. Das kann nicht sein, sonst wäre ökologisch nichts gewonnen. Wenn ich gleich viel Stahl schmelzen muss, wie ich es jetzt für Autos tue, wo wäre da der ökologische Fortschritt, rein vom Energieverbrauch her? Und auch die Perspektive, dass wir in Zukunft im Dienstleistungsbereich und Pflegebereich mehr Leute brauchen, ist – meiner Ansicht nach – kein plausibles Angebot für Metallarbeiter.“ (ebd.)

Inwieweit sich die österreichischen Gewerkschaften dem Thema der Konversion widmen werden, bleibt also abzuwarten. Eine Veranstaltung der PRO-GE im Jahr 2011 unter dem Motto ‚Das Auto der Zukunft‘ machte jedoch deutlich, dass Konversion derzeit kein Praxisfeld der Gewerkschaft darstellt. Vielmehr diskutierten BranchenvertreterInnen, EnergielieferantInnen, GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen (vgl. Glück auf!

4/2011) vor allem „technische Entwicklungen im Bereich der Sicherheit und alternativen Antriebsformen“ (ebd.). Ein grundsätzliches Hinterfragen von Automobilität scheint also derzeit keine Perspektive für die PRO-GE zu sein. Ein zentraler Punkt dabei ist jedoch zweifelsohne die, von Schindler aufgeworfene, Problematik der Plausibilität dieses Konzeptes für die betroffenen Belegschaften. Die Herangehensweise „abstrakte Konversionsforderungen von außen“ (Röttger 2011: 244) in die Betriebe zu tragen und dabei „betriebliche Realitäten“ (ebd.) zu ignorieren, muss zwangsläufig in einer Sackgasse enden. Vielmehr muss es darum gehen, ein Konzept zu entwickeln, dass dem Schlagwort ‚Konversion von unten‘ gerecht wird. Denn wenn sich Belegschaften und BetriebsrätInnen gemeinsam mit dem Management neue wettbewerbsfähigere Produkte überlegen, geht es vordergründig um „Strategien unternehmerischer Produktdiversifizierung“ (ebd.) und nicht um „Strategien demokratischer Organisation und Neuausrichtung der Produktion“ (ebd.), welche Bestandteil einer ‚Konversion von unten‘ sein müssten. Der Kampf bei Lucas Aerospace machte dies insofern deutlich, als dass hier auch „für das Recht auf Arbeit an vernünftigen Produkten“ (Albrecht 1979, zit. nach: Röttger 2011: 246) gekämpft wurde.

5.3.3. Soziale Aspekte des Klimawandels

Wie in Kapitel 2 beschrieben, geht die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse davon aus, dass sich ökologische Krisen sowohl geographisch als auch sozial unterschiedlich auswirken (vgl. Köhler 2008: 853) und letztendlich als „Verteilungsfrage zu thematisieren sind“ (ebd.). Es stellt sich also die Frage, inwiefern der Klimawandel bzw. seine Auswirkungen seitens der österreichischen Gewerkschaften als Teil der sozialen Frage verstanden werden. Hierbei gilt es zunächst zu klären, ob die Annahme, dass ökologische Krisen an soziale Ungleichheiten anknüpfen, Teil der gewerkschaftlichen Programmatik ist, um in einem nächsten Schritt die Frage zu stellen, welche konkreten Politikfelder die Gewerkschaften dabei thematisieren.

Der Klimawandel wird seitens der Gewerkschaften zweifelsohne als Teil der sozialen Frage betrachtet. Obwohl dies nicht vordergründig geschieht, werden die Auswirkungen des Klimawandels auf der sozialen Ebene wahrgenommen und thematisiert. Ernst Tüchler (ÖGB) sieht den Klimawandel und die soziale Frage als „nicht trennbar“ (Interview Ernst Tüchler

2011), äußert allerdings Zweifel, „ob es so wahr genommen wird“ (ebd.). Als Beispiel dafür nennt er die steigende Steuerbelastung.

„Sie brauchen nur auf die Budgets schauen. Wo sind die großen Einnahmesteigerungen, neben der Lohnsteuer? Das sind die Energieabgaben, die werden alle mit Umwelt- oder Klimaschutz begründet und die sind gewaltig gestiegen.“ (ebd.)

Allerdings räumt Tüchler ein, dass der Zusammenhang zwischen Klimawandel und sozialer Frage innerhalb des ÖGB nicht das „vordergründigste Thema“ (ebd.) ist bzw. ein Thema ist, bei dem es eine „gewisse Vorsicht gibt“ (ebd.).

Die untersuchten Teilgewerkschaften, die die sozialen Auswirkungen des Klimawandels sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene ansprechen, gehen dabei mehr ins Detail. Andreas Huss (GBH) sieht die ungleichen sozialen Auswirkungen des Klimawandels darin begründet, dass jene verlieren werden, „die sich am wenigsten wehren können und das sind die Entwicklungsländer“ (Interview Andreas Huss 2011). Andreas Huss thematisiert in diesem Zusammenhang auch die ‚imperiale Lebensweise‘.

„Ein gutes Beispiel ist Afrika. Da werden in Ländern riesige Anbauflächen an große Konzerne verpachtet, die dort Soja oder andere Pflanzen anbauen, mit denen dann unser Benzin ‚biologisch‘ gestreckt. Gleichzeitig haben die eigenen Leute dort keine Möglichkeit etwas anzubauen und verhungern [...] Das ist ein Horror. Eigentlich darf man ja gar kein Fleisch mehr Essen oder in ein Auto einsteigen.“ (ebd.)

Huss zieht daraus den Schluss, dass „wir Ressourcen verbrauchen, die eigentlich global gesehen, anderen gehören“ (ebd.) und dieser Umstand wird innerhalb der Gewerkschaft Bau-Holz auch diskutiert (vgl. ebd.). Auch René Schindler (PRO-GE) analysiert, „dass der Klimawandel gigantische soziale Probleme auslöst. Natürlich viel mehr in den ärmeren Ländern, die betroffen sind, aber auch bei uns“ (Interview René Schindler 2011). Denn auch in Österreich wird jener „Teil der Bevölkerung, der wirklich arm ist am meisten an den Folgen des Klimawandels leidet“ (ebd.). David Mum (GPA-djp) ist der Meinung, dass die sozialen Auswirkungen „eher global“ (Interview David Mum 2011) von Bedeutung sind und „dass die Länder in der südlichen Hemisphäre viel mehr betroffen sind als wir“ (ebd.). Für die Gewerkschaft vida ist die soziale Frage der zentrale Aspekt vor dem der Klimawandel diskutiert wird, wobei auch die globale Schieflage hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels einen Schwerpunkt darstellt.

„Und der zweite Aspekt ist, dass Gewerkschaften generell für Solidarität und für soziale Gerechtigkeit stehen. Während die Reichen den Klimawandel verursachen, müssen die ärmeren Bevölkerungsschichten darunter leiden. Das ist ja nicht nur in Österreich der Fall, sondern international gesehen ist das ja noch viel extremer. Wir haben einen Lebensstil der den Klimawandel verursacht und den Menschen in Bangladesch steht das Wasser im wahrsten Sinne des Wortes bis zum Hals.“ (Interview Heinz Högelsberger 2011)

Neben der Sichtweise, dass die sozialen Auswirkungen des Klimawandels vor allem aus einer globalen Perspektive eine Rolle spielen, weisen die Gewerkschafter jedoch auch darauf hin, dass auch in Österreich die Auswirkungen des Klimawandels zu unterschiedlicher sozial-determinierter Betroffenheit führen. Konkret werden dabei vor allem die Bereiche ‚Energie‘ und ‚Mobilität‘ angesprochen. Aber auch die Fragen von ‚externen‘ Kosten und ‚imperialer Lebensweise‘ werden in Bezug auf die sozialen Auswirkungen des Klimawandels thematisiert. David Mum (GPA-djp) sieht zwar derzeit in Österreich noch keine große soziale Schieflage bei den Auswirkungen des Klimawandels, räumt jedoch ein, dass es um „gesellschaftliche Kosten“ (Interview David Mum 2011) geht und die Frage ist, wer diese letztendlich tragen muss (vgl. ebd.). Die GPA-djp thematisiert vor allem im Verkehrsbereich die ‚externen Kosten‘ und spricht sich in diesem Zusammenhang für „Kostenwahrheit“ (GPA-djp 2010a: 114) aus. Die ‚externen Kosten‘ werden auch von der Gewerkschaft *vida* in die Diskussion eingebracht und als „Umwelt-, Gesundheits- und Umweltschäden“ (Zeitschrift *vida* März/April 2010: 4) beschrieben, die nicht von den VerursacherInnen, sondern „von der Allgemeinheit, der Umwelt oder von nachfolgenden Generationen getragen werden“ (ebd.) müssen. Die Gewerkschaft *vida* weist in diesem Zusammenhang auch auf die verstärkte öffentliche Subventionierung der Straße hin. Vor allem in den 1970er und 1980er Jahren wurde die Straßeninfrastruktur gegenüber dem Ausbau des Schienennetzes bevorzugt (vgl. ebd.). Insbesondere im Verkehrsbereich wird deutlich, wie sehr soziale und klimapolitische Fragen gemeinsam diskutiert werden müssen. So sieht die Gewerkschaft *vida* im Verkehrssektor nicht nur die „Achillesferse“ (*vida* 2010a: 15) der österreichischen Klimapolitik, sondern tritt auch „aus Gründen des sozialen Gleichgewichts“ (ebd.: 18) für die Vermeidung von Verkehr bzw. für dessen Verlagerung auf „umweltfreundliche Verkehrsträger“ (ebd.) ein. Außerdem thematisiert die Gewerkschaft *vida* neben der Umweltproblematik im Verkehrsbereich auch die Themenfelder Arbeitsplätze, Energiearmut und die zunehmende Alterung der Gesellschaft (vgl. ebd.: 19). Die Gewerkschaft Bau-Holz

thematisiert im Zusammenhang mit sozialen Fragen vor allem die Energiepolitik. Andreas Huss (GBH) sieht angesichts der steigenden Energiekosten die Notwendigkeit „unsere Gebäude in kurzer Zeit energieautark zu machen“ (Interview Andreas Huss 2011), weil sich BezieherInnen von niedrigen Einkommen ansonsten in Zukunft die Kosten für Energie nicht mehr leisten könnten (vgl. ebd.).

„Wir werden immer Strom, Wasser und Heizung brauchen, in irgendeiner Form. Das heißt, wir werden immer Kosten für Energie haben. Und wenn diese Kosten ins Unermessliche steigen, dann werden die am meisten leiden, die am wenigsten Geld haben.“ (ebd.)

Huss zieht daraus den Schluss, dass es deswegen „sozialpolitisch wichtig“ (ebd.) ist, auf „Energieformen zurückzukommen, bei denen man den Preisanstieg im Griff hat und das hat man bei Erdgas und Erdöl ganz einfach nicht“ (ebd.). Auch René Schindler (PRO-GE) spricht in diesem Zusammenhang die steigenden Heizkosten und die Kosten für Mobilität an. Bezüglich des steigenden Erdölpreises weist Schindler darauf hin, dass dieser sich bis zu den Preisen im öffentlichen Verkehr „durchschlage“ (Interview René Schindler 2011), was vor allem ärmere Bevölkerungsschichten betrifft, die öffentliche Verkehrsmittel verstärkt nutzen. Als weiteren konkreten Punkt nennt Schindler ebenfalls die Energie- bzw. Heizkosten.

„Da geht es auch um die Frage der Heizkosten und das betrifft vor allem jene, die sich eine Wärmedämmung nicht leisten können. Es ist also völlig klar, dass es da eine starke soziale Dimension gibt. Das halte ich auch für einen Hebel, der ein verstärktes gewerkschaftliches Bewusstsein und mehr Aktivitäten in dieser Frage vorantreiben könnte. Aber ich muss das noch als Hoffnung formulieren.“ (ebd.)

Heinz Högelsberger (vida) hält es für die „ureigenste Aufgabe der Gewerkschaften“ (Interview Heinz Högelsberger 2011) es nicht zu zulassen, „dass hier eine Minderheit die Mehrheit in Geiselnimmt und in ihrer Existenz gefährdet“ (ebd.). Zudem thematisiert er neben den Themen ‚Energie‘ und ‚Mobilität‘ auch die Frage der Vulnerabilität (vgl. ebd.).

„Die Wohlhabenden werden es sich immer leisten können, teure Lebensmittel zu kaufen und im Sommer in die Berge zu ziehen, wenn die Städte unerträglich heiß werden. Aber was machen die anderen 95% der Bevölkerung? Die sind dem Klimawandel dann ausgesetzt.“ (ebd.)

Bei der Thematisierung der Energiepolitik als Teil der sozialen Frage spielt für die österreichischen Gewerkschaften auch die Eigentumsfrage eine Rolle. Der ÖGB fordert im

Bereich der Energiepolitik, die „verfassungsmäßig abgesicherte Mehrheit der öffentlichen Hand bei den österreichischen Elektrizitätsunternehmen beizubehalten“ (ÖGB 2009: 37) bzw. dass die „Energieversorgung nicht dem freien Wettbewerb überlassen bleiben [darf], der überwiegende Einfluss der öffentlichen Hand muss abgesichert sein“ (ÖGB 2011: 10). Die GPA-djp formulierte auf ihrem Bundesforum 2010 Folgendes:

„Energiepolitik muss in den Händen der demokratisch legitimierten und kontrollierten PolitikerInnen verbleiben. Wichtiges Element dieser Energiepolitik ist und muss auch weiterhin das Mehrheitseigentum der öffentlichen Hand an den Energieversorgungsunternehmen sein.“ (GPA-djp 2010a: 126)

Eine ganz andere Strategie schlägt Andreas Huss (GBH) ein, der die Zukunft in der Energieautarkie der Haushalte sieht.

„Das ist eine wesentliche soziale Frage für mich. Weil dann sind wir nicht mehr abhängig von irgendwelchen Öl-Multis oder irgendwelchen Gashähnen in der Ukraine und auch nicht von irgendwelchen Energieversorgern in Österreich, die mit uns spielen, was sie spielen wollen. Sondern jeder hat die Möglichkeit im Rahmen seiner Gebäudesituation seine Energie selbst zu produzieren.“ (Interview Andreas Huss 2011)

Die Thematisierung der sozialen Frage vor dem Hintergrund des Klimawandels stellt die österreichischen Gewerkschaften jedoch auch vor neue Herausforderungen. Ein Problem dabei ist, inwiefern vor allem die globale Schieflage hinsichtlich dem VerursacherInnenprinzip innerhalb der Gewerkschaften auf einer breiten Basis diskutierbar gemacht werden kann. Vor allem die Thematisierung der ‚imperialen Lebensweise‘ sorgt für Schwierigkeiten.

„Aber wir müssen auch aufpassen, dass wir jetzt nicht das Kinde mit dem Bade ausschütten. Denn jetzt einem Bauarbeiter den Vorwurf zu machen: Du lebst auf Kosten anderer und das geht so nicht mehr weiter, du musst weniger mit dem Auto fahren, usw. Das würde den jetzt überfordern, sage ich ganz offen. Aber wir haben jetzt mal mit den Themen angefangen, die kommunizierbar sind.“
(Interview Andreas Huss 2011)

Das Hauptproblem sieht Andreas Huss dabei zu kommunizieren, dass „Umweltschutz durchaus mit der Reduktion von Bedürfnissen und Gewohnheiten zu tun hat“ (ebd.), dies jedoch im konkreten Fall nicht so einfach ist.

„Einem Bauarbeiter der jede Woche am Montag in der Früh aus der Oststeiermark nach Salzburg mit dem Auto zum Arbeiten fährt, zu sagen: Du musst weniger

Autofahren! Ja das hört sich gut an, das ist auch theoretisch möglich, weil er könnte am Sonntag mit dem Zug fahren, aber das hat halt recht viel mit Lebens Einschränkung zu tun.“ (ebd.)

Eine Richtung hinsichtlich der zukünftigen Strategien soziale und ökologische Themen miteinander zu verbinden zeigt René Schindler (PRO-GE) auf.

„Es ist ja nicht so, dass ökologische Politik zwangsläufig unsozial sein muss. Ganz im Gegenteil: Eine unökologische Politik fordert sofort sehr viele soziale Opfer. Und insofern glaube ich, dass sich die Themen in den nächsten zwei, drei Jahren besser verknüpfen lassen werden. Heute sind wir noch am Ende der Phase, wo sich die Ökologiebewegung und die soziale Bewegung gegenübergestellt sind und ich denke, das sich das gerade auflöst.“ (Interview René Schindler 2011)

5.4. BündnispartnerInnen im Kampf gegen den Klimawandel

Die österreichischen Gewerkschaften sehen sowohl in (Umwelt-)NGOs als auch in VertreterInnen der Wirtschaft BündnispartnerInnen im Kampf gegen den Klimawandel. Hierbei zeigen sich grundsätzlich unterschiedliche Herangehensweisen zwischen dem ÖGB und den Teilgewerkschaften. Während für den ÖGB vor allem die Sozialpartnerebene eine wichtige Rolle spielt, zeigt sich, dass die Teilgewerkschaften verstärkt mit NGOs zusammenarbeiten. Ein Grund dafür ist gewiss in der innergewerkschaftlichen Aufgabenteilung zu finden, die vorsieht, dass die Teilgewerkschaften auf der Sozialpartnerebene hauptsächlich Kollektivvertragsverhandlungen führen, während der ÖGB grundsätzliche Fragen wie Standort- und Industriepolitik verhandelt.

5.4.1. Gemeinsames Interesse mit der Industrie

Die Positionierung des ÖGB geht u.a. von einem gemeinsamen Interesse mit der Industrie bei der Bekämpfung des Treibhauseffektes aus. Dies zeigt sich auch in zwei Stellungnahmen, die in Form von ‚Sozialpartnerpapieren‘ mit den VertreterInnen der Industrie verabschiedet wurden. Interessant erscheint hierbei der Umstand, dass es sich dabei um die längste Stellungnahme seitens des ÖGB zum Thema Klimawandel bzw. Klimapolitik handelt. Den Sozialpartnerpapieren sind keine eigenen Stellungnahmen vorangegangen. Grundsätzlich wird der Klimawandel seitens der Sozialpartner als „eine der großen globalen Herausforderungen der nächsten Jahre“ (Österreichische Sozialpartner 2009: 11) betrachtet. Die Sozialpartner

diskutieren den Klimawandel vor allem vor dem Hintergrund von Standort, Wettbewerb und Wachstum. Bezüglich der Wettbewerbs- und Standortproblematik gibt es zwei unterschiedliche Zugänge. Dies ist einerseits die Bemühung, dass durch die Verringerung von Treibhausgasen „negative Effekte auf den Wirtschaftsstandort“ (ebd.) verhindert und andererseits jedoch auch durch sinnvolle Klimapolitik die positiven Effekte für die österreichische Volkswirtschaft ausgeschöpft werden sollen (vgl. ebd.). Die positiven Effekte für die Volkswirtschaft sollen u.a. durch „Steigerung der Ressourcenproduktivität oder durch Erarbeitung von Technologieführerschaften auf Wachstumsmärkten“ (ebd.: 3) erzielt werden. Zudem soll „die EU zum energie- und ressourceneffizientesten Wirtschaftsraum der Welt“ (ebd.) gemacht werden. Europa soll „zum Weltmarktführer bei grünen Technologien werden und das große Potential grüner Jobs im Bereich innovativer Umwelttechnologien und erneuerbarer Energien ausschöpfen“ (ebd.). Auch im Energiebereich stehen wettbewerbstechnische Überlegungen im Mittelpunkt. „Eine sichere, erschwingliche, wettbewerbsfähige und umweltverträgliche Energieversorgung ist Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Europas“ (ebd.: 4). Im Zentrum des Interesses steht dabei neben der Wettbewerbsfähigkeit auch die unerwünschte „Abhängigkeit der EU von Drittländern“ (ebd.). Maßnahmen, die den Klimawandel aufhalten, werden dabei aus folgenden Gründen für sinnvoll erachtet: Sie „begrenzen die negativen Auswirkungen hoher Ölpreise auf die Volkswirtschaften, tragen zum Rückgang der CO₂-Emissionen bei und erhöhen die Energieversorgungssicherheit“ (ebd.).

Neben dem gemeinsamen Agieren mit den Sozialpartnern, gibt es auch die Einschätzung, dass es zwar gemeinsame Interessen, derzeit jedoch kein Bündnis bzw. konkrete gemeinsame Projekte mit der Industrie gibt. René Schindler führt in diesem Zusammenhang an, dass seitens der Industrie „ganz massiv mit dem Abzug von Produktionsstandorten“ (René Schindler 2011) oder mit Investitionsstopps gedroht wird und bemängelt dabei die fehlende Weitsicht seitens der UnternehmerInnen.

„Ich halte den Vorstandsvorsitzenden Eder von der voest für ziemlich borniert. Mit einer Strategie der Technologieführerschaft könnte er sich den Zertifikatekauf ersparen, weil die mit der besten Technologie sind ja befreit. Zudem könnte er auch noch eine wichtige Branche sichern, mit der der Konzern gut aufgestellt ist und tolle Geschäfte machen könnte. Es ist also in Wahrheit dumm auf dieser Ebene mit niedrigen Standards arbeiten zu wollen. Auch wenn man nicht überzeugt ist von den Klimazielen, gibt es nun mal einen Prozess, der in eine bestimmte Richtung läuft. Ich

würde mich da industriell darauf einstellen, damit ich die bestmöglichen Geschäfte machen kann, anstatt ein dummes Abwehrgefecht zu führen.“
(Interview René Schindler 2011)

Auch die GPA-djp sieht neben der Kooperation mit Umwelt-NGOs, grundsätzlich in der Industrie eine Bündnispartnerin gegen den Klimawandel:

„Aber grundsätzlich probieren wir natürlich auch, dass wir mit der Industrie gemeinsam Projekte ausarbeiten, wo wir einen Nutzen daraus haben und die Industrie den Nutzen daraus hat, dass wir als Gewerkschaft ein ganz guter Partner sind, wenn es darum geht, Themen bei ihren Mitarbeitern zu kommunizieren.“ (Interview Michael Pieber 2011)

Auch Heinz Högelsberger geht von einem gemeinsamen Interesse mit der Industrie aus. Ein möglichst langes Hinauszögern von Veränderungen führe seiner Meinung nach dazu, „dass der Umstieg umso schmerzhafter sein wird“ (Interview Heinz Högelsberger 2011).

„Die Industrie müsste eigentlich ein Interesse daran haben mit geeigneten Rahmenbedingungen einen Umstieg zu schaffen, weil sie sonst übrig bleiben. Man kann sich eine Weile schützen, aber wenn die Anderen neue Verfahren und Technologien haben, mit denen sie weit weniger CO₂ emittieren und weit nachhaltiger produzieren, dann wird das ins Gegenteil umschlagen. Und da wäre es sicher richtig jetzt umzusteuern.“ (ebd.)

Andreas Huss (GBH) betrachtet die Kooperation mit der Industrie im Rahmen der Kampagne ‚Umwelt + Bauen‘ eher pragmatisch:

„Die Frage ist: Wie will man die derzeitige Regierung zu was bringen? Das ist die Überlegung dahinter. Wir haben da nicht nur eine Gaudi damit, weil wenn die sagen, dass beim Wohnbau der Kapitalmarkt das um und auf ist, dann kann ich da politisch nicht mit. Aber wir nehmen die mit und machen die Dinge gemeinsam, weil wir nur gemeinsam auf die Politik einen Einfluss haben. [...] Die Schwierigkeit bei solchen Besprechungen ist dass wir schauen, dass wir uns auf die Dinge konzentrieren, wo wir sagen: OK, da gibt es eine gemeinsame Position. Und andere Dinge, wo wir keine gemeinsame Position finden, die klammern wir halt aus und schauen, dass wir mit den gemeinsamen Positionen, gemeinsam Ziele erreichen. Das ist der Hintergrund, das funktioniert auch. Die Strategie geht auch auf, das muss man sagen.“ (Interview Andres Huss 2011)

Es wird also deutlich, dass der ÖGB und auch die Teilgewerkschaften bei der Lösung des Klimawandels von einem gemeinsamen Interesse mit der Wirtschaft ausgehen. Dies muss vor allem vor dem Hintergrund der Wachstumslogik betrachtet werden.

5.4.2. NGOs

Vor allem die Teilgewerkschaften sehen in Umwelt-NGOs wichtige BündnispartnerInnen in ökologischen Fragen. Die Teilgewerkschaften schätzen dabei die Expertise der NGOs und sehen sich durch diese Bündnisse gestärkt. Die Gewerkschaft Bau-Holz kooperiert im Rahmen der Kampagnen ‚Umwelt + Bauen‘ und ‚Bau auf A‘ eng mit GLOBAL 2000 und plant für die Zukunft weitere Kooperationen mit anderen NGOs aus dem Umweltbereich (vgl. Interview Andreas Huss 2011). Die PRO-GE, die GPA-djp und die Gewerkschaft vida kooperieren im Rahmen der Allianz ‚Wege aus der Krise‘ mit Umwelt-NGOs wie Greenpeace und GLOBAL 2000. Diese zivilgesellschaftliche Allianz wurde in den Interviews auch wiederholt genannt, wenn es um die Frage geht, wo Gewerkschaften ihre BündnispartnerInnen im Kampf gegen den Klimawandel sehen.

„Und wir sind vor eineinhalb Jahren die zivilgesellschaftliche Koalition ‚Wege aus der Krise‘ eingegangen. Und machen seither bewusst mit NGOs wie Greenpeace und GLOBAL 2000, inhaltliche Arbeit zu solchen Fragen.“
(Interview René Schindler 2011)

„Am ehesten sehen ich diese Bündnispartner jetzt bei ‚Wege aus der Krise‘, das ist ein Bündnis aus Öko-Organisationen, NGOs aus anderen Bereichen und Gewerkschaften. Das gibt es jetzt seit fast 2 Jahren und dieses regelmäßige Arbeiten schafft Verständnis zwischen den NGOs und uns.“ (Interview David Mum 2011)

„In erster Linie sind unsere Bündnispartner natürlich die ganzen Vereine und Verbände, die sich um Umweltfragen kümmern. Zum Beispiel haben wir seit Jahren gute Kontakte zum ÖKOBÜRO und wir haben auch immer wieder mit Umweltorganisationen zu tun.“ (Interview Michael Pieber 2011)

„‚Wege aus der Krise‘ ist wirklich ein gutes Beispiel dafür, wer BündnispartnerInnen für uns sein könnten. Da sind Umweltorganisationen wie GLOBAL 2000 und Greenpeace dabei, aber auch Menschenrechtsorganisationen wie SOS-Mitmensch und auch ATTAC und die Armutskonferenz sind dabei.“
(Interview Heinz Högelsberger 2011)

NGOs aus dem Umweltbereich werden von den Teilgewerkschaften an erster Stelle genannt, wenn es um die Frage nach BündnispartnerInnen geht. Im Laufe der Interviews zeigte sich auch, dass es in den letzten Jahren zu einer Annäherung zwischen Gewerkschaften und Umwelt-NGOs gekommen ist. Die Rolle der Gewerkschaften wird aus heutiger Sicht durchaus kritisch eingeschätzt. Ernst Tüchler (ÖGB) resümiert die Erfahrungen aus Zwentendorf und Hainburg als „schwere wirtschaftspolitische Niederlagen“ (Interview Ernst Tüchler 2011), die

dazu geführt haben „dass der ÖGB über dreißig Jahre in diesem Bereich mehr oder weniger abgemeldet war“ (ebd.). Das traditionell polarisierte Verhältnis seit den 1970er Jahren (vgl. Kapitel 3) dürfte sich derzeit entspannen und auch die GBH, die in Hainburg und Zwentendorf an vorderster Front der KraftwerksbefürworterInnen stand, reflektiert diese Zeit inzwischen kritisch:

„Wir haben immer noch aus Hainburg und anderen Diskussionen dieses Betonierer-Image gehabt, mehr oder weniger. Und da haben wir gesagt, das sollten wir eigentlich hinter uns lassen und wir haben uns überlegt, wie wir uns da weiterentwickeln können.“ (Interview Andreas Huss 2011)

Die derzeitige Kooperation mit GLOBAL 2000 ist für die GBH auch ein Stück Vergangenheitsbewältigung.

„Wir diskutieren das auch. Und bei den internen Besprechungen ist das der Running Gag wenn der X da sitzt, der in Hainburg dabei war und der uns einen Stein mitbringt, der in Hainburg nach ihm geworfen wurde; angeblich von einem Bauarbeiter.“ (ebd.)

Eine Annäherung sieht auch René Schindler von der PRO-GE: „Ganz klar. Gestern wäre Greenpeace noch der Teufel an der Wand gewesen. Doch dieses Bild ändert sich.“ (Interview René Schindler 2011) Ähnlich sieht dies auch Heinz Högelsberger von der Gewerkschaft vida.

„Da ist es zu einer Annäherung gekommen, allerdings nicht erst jetzt, sondern meiner Meinung nach schon vor einigen Jahren mit dieser STOP-GATS-Kampagne. Das war das erste Mal, dass Umweltschützer und Gewerkschaften an einem Tisch saßen. Und das hat sich jetzt verstärkt. Die Gewerkschaft Bau-Holz hat mit GLOBAL 2000 schon vor 2-3 Jahren ein Bündnis gebildet in Bezug auf Wohnraumsanierung. Und da gibt es sicher eine gegenseitige Annäherung, die allerdings nicht neu ist. Und es wirkt für beide Seiten verbessernd.“ (Interview Heinz Högelsberger 2011)

Högelsberger kommt ursprünglich aus der Ökologiebewegung und hat mehrere Jahre bei Greenpeace und GLOBAL 2000 gearbeitet und war selbst ein ‚Au-Besetzer‘.

„Das ist schon einer interessante Entwicklung. Ich war ja selber in Hainburg und habe mich davor gefürchtet, dass die Bau-Holz-Leute kommen und uns vertögeln, was dann aber nicht passiert ist.“ (ebd.)

Auch René Schindler (PRO-GE) bestätigt eine Annäherung: „Das ist im Rahmen der Allianz ‚Wege aus der Krise‘ einer unserer Erfolge. Dadurch, dass die verschiedenen

gestrigen Feinde an einem Tisch sitzen, kann man gut gemeinsam Nachdenken.“ (Interview René Schindler 2011)

Die Allianz ‚Wege aus der Krise‘

Sowohl für die PRO-GE als auch für die GPA-djp spielt das Bündnis ‚Wege aus der Krise‘ eine zentrale Rolle in der Kooperation mit Umwelt-NGOs. Das Bündnis wurde 2009 als Reaktion auf die Wirtschaftskrise gegründet und wird neben den Gewerkschaften PRO-GE, GPA-djp, vida und GdG-KMSFB, von ATTAC, der Armutskonferenz, der Katholischen Arbeitnehmer/innen Bewegung, der Österreichischen HochschülerInnenschaft, der Menschenrechts-NGO SOS-Mitmensch und den Umwelt-NGOs GLOBAL 2000 und Greenpeace getragen (vgl. Wege aus der Krise 2011). Ziel des Bündnisses ist es, „neue Wege aus der Krise“ (ebd.) zu finden. Durch „kreative Ideen und breite Allianzen [soll] eine andere Politik und eine andere Welt Wirklichkeit werden“ (ebd.). Als konkrete Ziele nennt die Allianz: „die Befriedigung von Grundbedürfnissen, die gerechte Verteilung und Bewertung von Arbeit, die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, globale Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit und Ressourcen- und Klimagerechtigkeit“ (ebd.). Über „Zukunftsinvestitionen“ (ebd.) sollen nicht nur „gesellschaftlich notwendige Bedürfnisse“ (ebd.) gesichert werden, sondern auch „erste Schritte in Richtung eines ökologisch nachhaltigeren Wirtschaftssystems“ (ebd.) ermöglicht werden.

Zu den „unmittelbaren Antworten auf die soziale und ökologische Dimension der Krise“ (ebd.) gehören u.a. der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Förderung thermischer Sanierungsmaßnahmen und nachhaltiger Energieformen und die Verkürzung der Arbeitszeit (vgl. ebd.). Das Bündnis wird sowohl von der PRO-GE als auch der GPA-djp und der Gewerkschaft vida positiv beurteilt.

Die spannende Frage ist, welche Perspektive die aktuelle Annäherung zwischen Gewerkschaften und NGOs aus dem Umweltbereich hat. Dem Anschein nach handelt es sich hierbei um den Beginn einer Entwicklung hin zu längerfristigen politischen Kooperationen. „Heute sind wir noch am Ende der Phase, wo sich die Ökologiebewegung und die soziale Bewegung gegenübergestellt sind und ich denke, das löst sich gerade auf.“ (Interview René Schindler 2011) Die Gewerkschaften selbst formulieren dabei teilweise vorsichtig das Problem, dass diese Allianz innerhalb der Gewerkschaften derzeit (noch) nicht auf einer breiten Basis steht.

„Die Zusammenarbeit ist sehr angenehm und wir profitieren viel davon, wie sie auch. Aber es ist eine G'schicht, die in der Organisation noch nicht sehr verankert ist. Es gibt einzelne Aktionen, die von der Expertenebene weitergehen auf die Sekretärs- und Betriebsratsebene. Aber die Konzeptarbeit, die wir bis jetzt leisten, die bekommt die Organisation bislang einfach nicht mit. Da muss ich Wege finden, wie man das was da herauskommt in die breitere gewerkschaftliche Diskussion einbringt. Die Frage ist, wie wir das mehr in unserer Alltagskultur, in unseren Zeitschriften, usw. verankern können.“ (ebd.)

Ähnlich formuliert es auch Heinz Högelsberger von der Gewerkschaft vida: „Ich weiß nicht, ob sich die Organisationen wirklich generell annähern oder ob es nur die Emissäre und die Geschäftsführer sind.“ (Interview Heinz Högelsberger 2011)

Obwohl die Annäherung zwischen Gewerkschaften und NGOs bezüglich ökologischer Fragen derzeit noch am Anfang steht, zeigt sich, dass die österreichischen Gewerkschaften neben der Wirtschaft auch in den NGOs Bündnispartnerinnen im Kampf gegen den Klimawandel sehen.

5.5. Stimmen vom Rande – die Positionen der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen (AUGE/UG)

Die österreichische Gewerkschaftslandschaft basiert auf dem Prinzip der ‚Überparteilichkeit‘. Es gibt in Österreich nicht verschiedene Richtungsgewerkschaften, die branchenübergreifend agieren und bestimmten Parteien nahe stehen. Sowohl der ÖGB als auch die Teilgewerkschaften sind per Selbstdefinition überparteilich; dennoch gibt es fünf politische Fraktionen die innerhalb dieser Strukturen agieren. Die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) ist traditionell die stärkste Gewerkschaftsfraktion sowohl im ÖGB als auch in den Teilgewerkschaften – mit Ausnahme der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD).

Im Folgenden wird kurz die Position der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) skizziert. Dies erscheint aus zweierlei Gründen als notwendig. Erstens zeigt sich historisch betrachtet die Kontinuität, dass „die Darstellung ökologischen Protestes“ (Sandner 1999: 49) meist eine „Geschichte von Unterlegenen“ (Hermands 1991: 17 zit. nach: Sandner 1999: 49) war und VertreterInnen von ökologischen Ansätzen meist im „Widerspruch zum mainstream des jeweiligen politischen Lagers“ (Bramwell 1998: 13 zit. nach: Sandner 1999: 49) standen. Aus diesem Grund erschien es als notwendig, Ausschau nach oppositionellen Stimmen zu halten und diese auch aufzuzeigen. Die Wahl fiel dabei auf die AUGE/UG, da es für diese Gewerkschaftsfraktion „selbstverständlich ist, dass der Kampf um den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auch in der Gewerkschafts- und ArbeitnehmerInnenpolitik eine wesentliche Rolle spielen muss“ (AUGE/UG Programm: 3). Dementsprechend setzt sich die Fraktion auch für eine „umfassende Ökologisierung der Arbeitswelt und der Wirtschaft ein“ (ebd.). Diese theoretische Ausrichtung zeigt sich u.a. auch daran, dass die AUGE/UG ihre alltägliche Praxis auch im Spannungsfeld ‚Ökologie und Gewerkschaften bzw. Arbeitswelt‘ reflektiert (vgl. u.a. AUGE/UG 2009, AUGE/UG Programm, Paiha 2007, Koza 2010).

Die AUGE/UG verortet den Klimawandel vor allem als Teil der sozialen Frage und sieht den Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung auch als „aktive Verteilungspolitik“ (AUGE/UG Programm: 9). Hierbei handelt es sich jedoch weniger um einen internen Entwicklungsprozess. Diese Positionierung hat in der oppositionellen Gewerkschaftsfraktion Tradition.

„Bei uns war es immer schon so, dass wir der Meinung waren, dass die Fragen des Umweltschutzes und der Ökologie einfach soziale Fragen sind. Einerseits weil es eben um die Lebensgrundlagen geht und wenn du die Lebensgrundlagen nicht hast, sind am stärksten diejenigen betroffen, die die sich dann nicht irgendwo zukaufen können. Und das andere ist die Betroffenheit von Peak Oil, die diejenigen mit dem geringsten Einkommen am stärksten spüren. Und eben der Zugang, dass man als Gewerkschaften durchaus auch Verantwortung dafür hat, das es eben nicht nur um das jetzt und heute geht, sondern eben auch um die Lebensgrundlagen und Lebensbedingungen in der Zukunft.“ (Interview Klaudia Paiha 2011)

An diese Analyse anknüpfend geht die AUGE/UG davon aus, dass „grüne Investitionen“ (AUGE/UG 2009: 14) auch gegen Armut wirken. Diese Annahme fußt u.a. auf der Tatsache, dass „die ärmsten 10% der Haushalte“ (ebd.) mehr als ein Drittel des verfügbaren Einkommens für Wohnen und Energie ausgeben (vgl. ebd.). Peak Oil und die dadurch verursachte Verteuerung von fossilen Brennstoffen, würde demnach die Betroffenheit bzw. Gefährdung von Armut zusätzlich verschärfen. Einen weiteren Zusammenhang zwischen Armut und Klimawandel in Österreich sieht die AUGE/UG in der Tatsache, dass arme Haushalte überproportional häufig auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen sind (vgl. ebd.).

Das Wachstumsprinzip in Form eines ‚endlos‘ wachsenden BIP stellt für die Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen die „Wurzel der Klimakatastrophe“ (ebd.: 8) dar. Zudem geht die AUGE/UG davon aus, dass dieses Wachstum in naher Zukunft auch an die Grenzen „seiner fossilen Ressourcenbasis“ (ebd.) stoßen wird. Eine Ökologisierung ist demnach nicht mit einem weiteren Wachstum des BIP vereinbar (vgl. ebd.: 6). In vorherrschenden Modellen (Entkoppelung, Effizienzsteigerungen, Dienstleistungsökonomie und erneuerbare Energieträger), die eine Lösung des Klimawandels ohne eine Absage an das Wachstumsprinzip beinhalten, sieht die AUGE/UG keine probates Mittel um den Klimawandel wirklich aufzuhalten. Beim Entkoppelungsmodell, wird auf die Tatsache hingewiesen, dass die CO₂-Emissionen nach wie vor „parallel mit dem Weltbruttoprodukt“ (ebd.) ansteigen. Bezüglich der Effizienzsteigerungen spricht die AUGE/UG den ‚Rebound-Effekt‘ an und räumt ein, dass in einer „Wachstumswirtschaft [...] ersparte Kosten in neuen Warenkonsum und neue Investitionen fließen“ (ebd.: 7) und im Kapitalismus vielmehr „Kostensparnis“ (ebd.) das „entscheidende Motiv für steigende Effizienzsteigerungen“ (ebd.) darstellt. Die Ausweitung des Dienstleistungssektor betrachtet die AUGE/UG u.a. kritisch, da dies nicht zu einer Einschränkung des Ressourcenverbrauchs führe, sondern

vielmehr „die ‚Software‘ für die ‚Hardware‘ des industriellen Systems produziert“ (ebd.) werde und der Dienstleistungssektor „selbst viele Ressourcen konsumiert“ (ebd.).

Die AUGE/UG zeigt sich ebenfalls gegenüber dem Potential von erneuerbaren Energieträgern innerhalb einer Wachstumswirtschaft skeptisch (vgl. ebd.), da diese Energieträger im Unterschied zu „fossilen Klimakillern“ (ebd.) u.a. aufgrund ihrer Kosten unattraktiv wären. Die Wachstumsfrage wird jedoch auch innerhalb der AUGE/UG auf sehr hohem Niveau ambivalent diskutiert.

„Wir diskutieren auch immer wieder darüber, ob man überhaupt noch ein Wachstum fordern darf. Wobei es bei uns schon immer um qualitatives Wachstum geht. Ich glaube es gibt unheimliche Wachstumspotentiale im Sozial- und Gesundheitsbereich oder im Dienstleistungsbereich, wo gar nicht oder schlecht bezahlt wird. Da gäbe es eine Menge Wachstumspotential, aber dass es auch dieses Wachstum nicht geben sollte – das argumentieren ja auch einige – soweit haben wir uns nicht durchgerungen.“
(Interview Klaudia Paiha 2011)

Die AUGE/UG stellt dem kapitalistischen Wachstumsmodell und den oben skizzierten vorherrschenden Strategien das Modell einer Wirtschaftsdemokratie gegenüber. Die Angst, dass eine Absage an die Wachstumslogik auch zu Wohlstandsverlust führen würde, stellt die AUGE/UG in einen breiteren Kontext und übt damit auch Systemkritik.

„Das gilt allerdings nur im Kapitalismus, der vom Wachstum abhängt. Deshalb müssen Ökologisierung und Demokratisierung der Produktion Hand in Hand gehen. Umweltprobleme sind auch Verteilungsprobleme. Ein ökologischer Strukturwandel ohne einen Gesellschaftswandel hin zu einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie ist nicht möglich.“ (AUGE/UG 2009: 7)

Konkret will die AUGE/UG das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie über das Modell einer ‚Solidarischen Ökonomie‘ verwirklichen (vgl. ebd.: 9), wobei sie diese nicht als Utopie betrachtet, sondern in konkreten Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung und sozialer Sicherheit Ansätze für diese Wirtschaftsform sieht (vgl. ebd.: 10). Als konkrete Maßnahme fordert die AUGE/UG ein „sozial-ökologisches Konjunkturpaket“ (ebd.: 16), aus mehreren Punkten. Die AUGE/UG fordert etwa die „Steigerung der thermischen Sanierungsrate auf 3%“ (ebd.: 17), welche durch ein Investitionsvolumen von 600 Millionen Euro erreichbar wäre. Dies würde zu einer Einsparung von 750.000 Tonnen CO₂ führen und eine finanzielle Entlastung für Privathaushalte darstellen (vgl. ebd.). Die AUGE/UG tritt außerdem für die Ökologisierung der Steuersystems ein (vgl. ebd.: 18). Im Rahmen einer „sozial-ökologischen Steuerreform, die den Namen auch verdient“ (ebd.: 19) sollen zugunsten „einer steuerlichen

Entlastung von Arbeit und ArbeitnehmerInnen“ (ebd.) fossile Energieträger mit einem Schwerpunkt auf Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen (vgl. ebd.) höher besteuert werden. Diese Koppelung begründet die AUGE/UG damit, dass es sich bei diesen Steuererhöhungen vor allem um Massensteuern handelt, welche einkommensschwache Haushalte mehr treffen. Dieser unsoziale Effekt soll also mit einer gleichzeitigen Entlastung aufgehoben werden. Zudem treten die GewerkschafterInnen für eine CO₂-Steuer auf Kohle, Erdöl und Erdgas ein (vgl. ebd.). Auch hier sollen unsoziale Auswirkungen vermieden werden. Als weitere steuerliche Maßnahmen werden eine Reformierung der Normverbrauchsabgabe (NoVA) sowie eine Ökologisierung der Penderlerpauschale gefordert (vgl. ebd.: 20).

Eine weitere konkrete Maßnahme der AUGE/UG stellt ein „Kurswechsel in der Verkehrspolitik“ (ebd.) dar. Neben dem Ausbau und der Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs fordert die AUGE/UG eine flächendeckende LKW-Maut und die Förderung des Fahrradverkehrs (vgl. ebd.: 20f). Der öffentliche Verkehr soll dabei nicht nur aufgewertet werden, sondern die Straße soll dabei auch „benachrangt werden“ (Interview Klaudia Paiha 2011). Hierbei wird es für die AUGE/UG noch einmal offensichtlich, „dass das eine soziale Frage ist, dass der öffentliche Verkehr verstärkt von Leuten mit geringem Einkommen und von Frauen genutzt wird“ (ebd.). Zudem sieht die AUGE/UG ein Hauptproblem des Klimawandels in den niedrigen Transportkosten und führt die der Weltwirtschaft immanenten Produktionsverlagerungen auf die billigen Transportkosten zurück.

Im Bereich der erneuerbaren Energie fordert die AUGE/UG neben einem „Heizkesseltauschprogramm“ (AUGE/UG 2009: 18), die verpflichtende Anwendung erneuerbarer Energiequellen bei neugebauten Häusern (vgl. ebd.). Das Hauptaugenmerk liegt jedoch bei der Schaffung von „Energieautonomie“ (ebd.: 22). Diese soll über „Energiegenossenschaften“ (ebd.) hergestellt werden. Bereits bestehende öffentliche Energieunternehmen sollen „demokratisiert“ (ebd.) werden, indem ihre Kontrolle bei Beiräten liegt, die sich aus NGOs, BürgerInnen, ExpertInnen sowie VertreterInnen der Arbeiterkammer und der Gewerkschaften zusammensetzen (vgl. ebd.). Damit soll „die chaotische Privatplanung für den zerstörerischen Profit privater und staatlicher Unternehmenseigner“ (ebd.: 22) durch demokratische Planung ersetzt werden. Die skizzierte Energiewende wird von der AUGE/UG sowohl aus ökologischen als auch aus wirtschaftlichen und verteilungspolitischen Gründen als sinnvoll erachtet (vgl. AUGE/UG Programm: 37). Die AUGE/UG geht dabei auch von einem positiven Beschäftigungseffekt aus (vgl. ebd.).

Auch die AUGE/UG beschäftigt sich aus zwei Perspektiven mit der Frage der Arbeitsplätze. Einerseits wird Klimaschutz unter anderem als „Beschäftigungsmotor“ (ebd.: 36) betrachtet und andererseits weist die AUGE/UG darauf hin, dass „ein ökologischer Umbau einzelne Branchen und damit die Beschäftigten [...] durchaus hart treffen kann“ (AUGE/UG 2009: 16). Die Gewerkschaften hätten daher die Aufgabe diesen Strukturwandel „aktiv und sozial verträglich zu gestalten“ (ebd.). Klaudia Paiha sieht gerade darin die große Herausforderung für Gewerkschaften. Sie ist jedoch skeptisch, dass alternative Herangehensweisen tatsächlich aufgegriffen werden.

„Ich habe beobachtet, dass es in Österreich immer schon so war, dass die Gewerkschaften nicht in der Lage waren einen Strukturwandel zu begleiten. Also vorausschauend auch zu begreifen, dass es da Notwendigkeiten gibt und zu schauen was tun wir, damit das für die ArbeitnehmerInnen nicht in einer Katastrophe endet. Es ist immer zugeschaut worden und versucht worden etwas so lange zu halten wie es geht. Zum Beispiel mit der Verschrottungsprämie in der Automobilindustrie. Es wäre 10mal gescheiter gewesen, dieses Geld dort zu investieren, wo man schaut welche alternativen Produkte man machen kann.“ (Interview Klaudia Paiha 2011)

Beim Themenfeld Green Jobs sieht Klaudia Paiha einleitend das Problem der Definition von Green Jobs. Aus ihrer Sicht geht es um „nachhaltige Arbeitsplätze“ (ebd.), worunter sie neben jenen Bereichen die unmittelbar mit Ökologie zusammenhängen, wie etwa der Bereich der erneuerbaren Energie, „auch Arbeitsplätze im Sozial- und Gesundheitsbereich“ (ebd.) versteht. Die AUGE/UG plädiert für massive Investitionen in diese Bereiche, nicht zuletzt da es sich oftmals um schlecht oder gar nicht bezahlte Arbeit handelt, die größtenteils von Frauen ausgeführt wird (vgl. ebd.). Eine Förderung von Green Jobs würde also auch Effekte mit sich bringen, die über ökologische Aspekte hinausgehen.

„Wenn man das Geld für die Verschrottungsprämie in den Sozial- und Gesundheitsbereich gesteckt hätte, dann hätten wir mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Das wären die Bereiche gewesen, die wichtig und noch dazu Frauenarbeitsplätze sind. Diese Bereiche gehören aufgewertet, da gehört Geld hineingesteckt.“ (ebd.)

Die österreichischen Gewerkschaften stellen sich nach Ansicht der AUGE/UG „taub“ (AUGE/UG 2009: 14), wenn es um die Bearbeitung des Klimawandels geht (ebd.). Grundsätzlich sieht die AUGE/UG die „österreichischen Gewerkschaften nicht als Motor eines grundlegenden ökologischen Strukturwandels in der Wirtschaft, sondern als Bremsklotz“ (ebd.). Klaudia Paiha nennt dafür mehrere Gründe:

„Also ich glaube, dass ist hauptsächlich ein Nicht-Hinschauen oder ein Nicht-Hinschauen-Wollen. Das Thema wird als unwichtig betrachtet. Ich glaube, dass es in den allermeisten Köpfen – nicht in allen, aber in den meisten – noch immer als Behübschung verstanden wird und nicht als Existenzfrage und man macht das vielleicht aus Imagegründen, aber nicht weil es tatsächlich als etwas ganz Wesentliches betrachtet wird.“ (Interview Klaudia Paiha 2011)

Zudem sieht Paiha das Problem, dass es an Expertise mangelt und meist an einzelnen Personen liegt, „die mitunter eben aus NGOs kommen und das Know-How mitbringen“ (ebd.). Zudem kritisiert Paiha, dass der ÖGB und die Teilgewerkschaften Probleme damit haben, sich diese mangelnde Expertise einzugestehen und Kooperationen mit Organisationen einzugehen, die über das entsprechende Know-How verfügen (vgl. ebd.). Paiha merkt dabei kritisch an, dass der ÖGB und die Teilgewerkschaften nicht auf vorhandene Expertisen in anderen Organisationen oder NGOs zurückgreifen und sieht dabei sowohl „Berührungsängste“ (ebd.) als auch eine unterschiedliche „Kultur des Umgangs miteinander“ (ebd.) und unterschiedliche Arbeitsweisen als Ursache. Als weiteres Problem für das mangelnde Interesse den Klimawandel innerhalb der Gewerkschaften zu bearbeiten, liegt für Klaudia Paiha auch in der Tatsache, dass „BetriebsrätInnen aus Großbetrieben – sowohl wenn sie viele oder nicht so viele Mitglieder mitbringen – auch vielmehr Gewicht haben als alle anderen“ (ebd.) und hierbei spezifische Brancheninteressen Vorrang haben.

„Dies ist vor allem im Bereich der Energieversorgungsunternehmen der Fall. Wenn die BetriebsrätInnen aus den Energieversorgungsunternehmen sagen, das kommt nicht in Frage, dass man sich zu erneuerbarer Energie positiv positioniert, dann wird das halt auch nicht gemacht. Denn man will die ja auch nicht vergrämen.“ (ebd.)

Die AUGE/UG kritisiert zudem die Herangehensweise des ÖGB und der Teilgewerkschaften an Green Jobs, da diese „immer wieder kritisieren, dass das gar keine guten Jobs seien“ (ebd.). Paiha vertritt die Ansicht, dass dies auf viele andere Arbeitsplätze auch zutrefte, es sich dabei jedoch trotzdem um wichtige Arbeitsplätze handle und sich letztendlich die Frage stellt, wie man solche Jobs aufwertet (vgl. ebd.).

Das Festhalten an der Wachstumslogik ist ein zentraler Kritikpunkt der AUGE/UG gegenüber dem ÖGB und den Teilgewerkschaften. Die AUGE/UG sieht darin den „Grund für den großen blinden Fleck vieler Gewerkschaften, wenn es um ökologische Fragen geht“ (AUGE/UG 2009: 9) und stellt die Wachstumslogik in Zusammenhang mit der Sozialpartnerschaft.

„So wurde der relative Friede der unfriedlichen kapitalistischen Gesellschaft mit einem ‚Krieg gegen die Natur‘ verkauft. Die alte ‚Sozialpartnerschaft‘ gründete gewissermaßen auf dem Export ihrer Probleme in die Zukunft. Doch in dieser Zukunft sind wir inzwischen angelangt: am Ende des billigen Erdöls; beim Klimawandel.“ (ebd.)

Für Klaudia Paiha verwenden die Gewerkschaften „Wachstum völlig unreflektiert“ (Interview Klaudia Paiha 2011), wobei im Vordergrund die „blanken Zahlen“ (ebd.) stehen und die Qualität dahinter nicht kritisch unter die Lupe genommen wird (vgl. ebd.). „Wachstum bringt Arbeitsplätze und das ist es was wir wollen!“ (ebd.) bringt Klaudia Paiha die Herangehensweise der Gewerkschaften auf den Punkt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Umgang der AUGE/UG mit dem Klimawandel zweifelsohne als umfassend und ausführlich beschrieben werden muss. Im Unterschied zum ÖGB und den Teilgewerkschaften erteilt die AUGE/UG der Wachstumslogik eine klare Absage und betrachtet vorherrschende Lösungsstrategien gegen den Klimawandel (Effizienzsteigerungen, usw.) kritisch. Vor allem aber zeichnet die AUGE/UG ein alternatives Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell abseits der Wachstums- und Profitlogik. Damit wird der Rahmen der sozialpartnerschaftlich dominierten gewerkschaftlichen Praxis eindeutig gesprengt. Die Einschätzung der AUGE/UG bezüglich der klimapolitischen Positionierungen der Teilgewerkschaften weicht jedoch teilweise stark von den Ergebnissen der geführten Interviews ab. Dies betrifft vor allem die Einschätzung hinsichtlich des Know-Hows und der Wahl der BündnispartnerInnen. Inwiefern diese Abweichung darauf zurückzuführen ist, dass die Interviews größtenteils mit Gewerkschaftern geführt wurden, die ein ausgeprägtes Bewusstsein gegenüber ökologischen Fragen aufwiesen und dies von der vorherrschenden Meinung in den Gewerkschaften abweicht bzw. das Problem der mehrmals angesprochenen Kluft zwischen Programmatik und Praxis ausschlaggebend ist, kann jedoch nicht beantwortet werden. Hinsichtlich des ÖGB scheint die Einschätzung der AUGE/UG jedoch zutreffend.

5.6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass sowohl der ÖGB als auch die Teilgewerkschaften nach wie vor auf das Wachstumsmodell setzen. Die zunehmend geringer werdenden Verteilungsspielräume werden dabei kaum in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt, was insofern bemerkenswert ist, da es sich dabei um gewerkschaftliche ‚Kernfragen‘ handelt. Denn angesichts sinkender Lohnquoten, steigender Arbeitslosigkeit und der Zunahme von prekärer Beschäftigung (Leiharbeit, Teilzeit, atypische Beschäftigungsverhältnisse) stellt sich für Gewerkschaften zunächst einmal die Frage inwiefern die „tradierten Distributionsmuster“ (Walk/Brunnengräber 2000: 68) noch erfolgreich sind und inwiefern über Wachstumsquoten Verteilungsspielräume überhaupt noch zu erreichen sind. Dies muss nicht zuletzt vor dem Hintergrund dem der Wachstumslogik immanenten Wettbewerbs- und Standortlogik betrachtet werden, die diese Verteilungsspielräume mehr denn je untergraben. Wachstum wird zwar „ein Viertel Jahrhundert nach dem Ende des keynesianischen Paradigmas“ (Altvater 2009: 98) nicht mehr als „Lösung aller Weltprobleme“ (ebd.) gesehen, jedoch mangels alternativer Konzepte seitens der Gewerkschaften auch nicht aufgegeben. Die derzeitige Strategie der Gewerkschaften das Spannungsfeld ‚Klimawandel und Wachstum‘ über Effizienzsteigerungen auszugleichen, verdeutlicht zwei Aspekte: Erstens, dass die Gewerkschaften sich damit weiterhin innerhalb der Wachstumslogik bewegen, indem neue ‚grüne‘ Wachstumsbranchen gesucht bzw. forciert werden. Und zweitens, dass die Gewerkschaften die ‚imperiale Lebensweise‘ mit ihren negativen Folgen für die Menschen in Entwicklungsländern und die nächsten Generationen kaum in Frage stellen. Über die Auseinandersetzung mit der ‚imperialen Lebensweise‘ bekommen auch zwei Brüche, die sich historisch betrachtet im Zugang der ArbeiterInnenbewegung zu ökologischen Fragen feststellen lassen, eine neue Aktualität.

Dies ist einerseits der Bruch im Zugang zu ‚Natur‘, der im 19. und im frühen 20. Jahrhundert (auch) positiv besetzt war, da Freizeitgestaltung und Erholung mit Natur in Verbindung gebracht worden sind und somit auch Teil der ArbeiterInnenkultur war. Der ‚Zug in’s Freie‘ ist im Laufe der fortschreitenden Industrialisierung dem Konsum gewichen, der aktuell für die Gewerkschaften sowohl Ausdruck von Wohlstand als auch Wirtschaftsmotor ist. Ein weiterer Bruch, der über die Auseinandersetzung mit der ‚imperialen Lebensweise‘ erneut an Bedeutung gewinnt, ist die Frage der inner- und außerbetrieblichen Umweltbelastungen. Der zu Beginn der Industrialisierung zentrale Konflikt hat vor dem Hintergrund globalisierter

Konsum- und Produktionsketten und des Klimawandels eine neue Dimension erhalten. Während innerbetriebliche Umweltbelastung in Westeuropa seitens der Gewerkschaften erfolgreich eingeschränkt werden konnten, gehört die gesundheitliche Gefährdung von Beschäftigten in vielen anderen Teilen der Welt nach wie vor zum Alltag. Oftmals handelt es sich dabei jedoch um Produkte, die in westeuropäischen Ländern konsumiert werden. Auch hinsichtlich des Klimawandels wird deutlich, „dass die imperiale Lebensweise auf der Möglichkeit beruht, die ökologischen Kosten, die die Verbrennung fossiler Energieträger verursacht, externalisieren zu können“ (Wissen 2010: 32). Das Konfliktfeld inner- und außerbetrieblicher Umweltbelastungen ist also nicht verschwunden, sondern wurde im Rahmen der internationalisierten Arbeitsteilung globalisiert, wobei sowohl die inner- als auch die außerbetrieblichen Umweltbelastungen aus westeuropäischer Sicht externalisiert worden sind.

Die oftmals geforderte sozial-ökologische Perspektive seitens der Gewerkschaften wird solange kein realistisches Szenario sein, solange die Gewerkschaften für sich und ihre Klientel eine ‚soziale‘ Perspektive innerhalb des Wachstumsmodells sehen. Ökologische Fragen stehen dabei zunächst nicht im Vordergrund, weil die zentrale Frage für Gewerkschaften sein wird, ob sie die Verteilungsfrage abseits des wachstumsorientierten Klassenkompromisses neu stellen. Dies wäre nicht nur die Voraussetzung für das Entwickeln einer sozial-ökologischen Perspektive gemeinsam mit anderen Sozialen Bewegungen, sondern könnte auch die Kräfteverhältnisse auf gesamtgesellschaftlicher Ebene verschieben und die Hegemonie der ‚imperialen Lebensweise‘ zugunsten einer solidarisch-organisierten Konsum- und Produktionsweise brechen.

Auch das Konfliktfeld ‚Arbeitsplätze und Umweltschutz‘ ist innerhalb der österreichischen Gewerkschaften nach wie vor präsent und stellt die wohl größte Querschnittmaterie bezüglich des Klimawandels dar. Zentral dabei ist jedoch, dass dieser Konflikt einer ständigen Dynamik unterworfen und an konkrete ökonomische und gesellschaftliche Veränderungsprozesse gekoppelt ist. Hierbei zeichnen sich mehrere Herangehensweisen seitens der österreichischen Gewerkschaften ab, das Spannungsfeld ‚Arbeitsplätze und Umweltschutz‘ zu bearbeiten. Zunächst zeigt sich, dass die Herangehensweise Umweltschutz bzw. in diesem Fall Klimaschutz als Bedrohung für Arbeitsplätze wahrzunehmen keinesfalls der Vergangenheit angehört, sondern nach wie vor Teil der gewerkschaftlichen Praxis ist. Vor allem Maßnahmen gegen den Klimawandel werden seitens der österreichischen Gewerkschaften sehr kontrovers diskutiert. Dabei wird vor allem die EU-Klimapolitik als Bedrohung für Arbeitsplätze

wahrgenommen. Die Gewerkschaften befürchten vor allem aufgrund der Veränderungen bei der Zertifikatsvergabe ab dem Jahr 2013 eine Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern der Welt. Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch, dass die österreichischen Gewerkschaften Klimaschutz auch als Instrument für die Schaffung von Arbeitsplätzen betrachten. Diese Herangehensweise ist jedoch keineswegs neu, sondern lässt sich bereits seit den 1970er Jahren beobachten und erlebt vor allem in Krisenzeiten eine Reaktivierung. Spannend ist, dass die Gewerkschaften zwar das qualitative und quantitative Potential von Green Jobs sehr kritisch beurteilen, gleichzeitig jedoch die Schaffung von Green Jobs forcieren. Ein aktuelles Beispiel für die Strategie Klimaschutz mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbinden ist die Kampagne ‚Umwelt + Bauen‘ der Gewerkschaft Bau-Holz. In eine ähnliche Richtung weist die Strategie der GPA-djp, die Arbeitsplätze im Bereich ‚Grüner Technologien‘ im Auge hat und zudem ebenso wie die Gewerkschaft vida Jobs im Sozial- und Gesundheitsbereich unter das Label ‚Green Jobs‘ fasst. Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass die Strategien der Teilgewerkschaften eng an ihre jeweiligen branchenspezifischen Interessen geknüpft sind. Zudem stimmen vor allem die GBH als auch die GPA-djp damit – wenn auch nicht dezitiert – in den Tenor eines ‚Green New Deal‘ ein. Dieses Konzept wird vor allem seit der Wirtschaftskrise 2008/2009 seitens Sozialer Bewegungen, NGOs und grüner Parteien ins Feld geführt. Durch einen „staatlich gestützten Innovations- und Investitionsschub“ (Schachtschneider 2009: 1) soll ein neuer ‚grüner‘ Wachstumszyklus ausgelöst werden, der der „Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher und ökologischer Krise“ (ebd.) entgegenwirken soll. Diese Herangehensweise setzt zwar an der „Multiplizität“ (Brand 2009: 93) der Krise an, verschreibt sich jedoch nach wie vor der Wachstumslogik. Dies zeigt sich unter anderem auch an der branchenspezifischen Ausrichtung der gewählten Strategien. Wie eng der Spielraum für Gewerkschaften dabei letztendlich ist, zeigt sich deutlich am Beispiel der PRO-GE, die – abseits von Innovationen im Bereich der Effizienzsteigerungen – kaum Möglichkeiten hat eine wachstumsorientierte ‚ökologische‘ Perspektive zu entwickeln. So wundert es auch nicht, dass im Bereich der Industrie die Ängste vor Arbeitsplatzverlust im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen besonders deutlich werden und in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs ‚Abwrackprämien‘ begrüßt werden. Vor allem am Beispiel der Automobil- und Zulieferindustrie wird jedoch auch die derzeitige ‚multiple Krise‘ des Kapitalismus deutlich: Denn abseits der Auswirkungen der Automobilität auf den Klimawandel befindet sich diese Branche seit

Jahrzehnten in einer tiefen Krise, die durch Überkapazitäten gekennzeichnet ist, welche zu Standortverlagerungen und Konkurrenzdruck führen (vgl. Candeias 2011: 96).

Ein spannender Anknüpfungspunkt, der der Konfliktlinie ‚Arbeitsplätze vs. Umweltschutz‘ eine neue Perspektive geben könnte, stellt die Debatte um die Verkürzung der Arbeitszeit dar. Diese wurde seitens der Gewerkschaft PRO-GE verstärkt vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 geführt. Die Verknüpfung von sozialen Fragen wie der Verteilung von Arbeit und Wohlstand auf der einen und dem Hinterfragen der Wachstumslogik über die Forderungen nach einer Verkürzung der Arbeitszeit auf der anderen Seite machen deutlich, dass die Formulierung einer sozial-ökologischen Perspektive keinen Widerspruch zur gewerkschaftlichen Praxis darstellt. Alternative Konzepte wie die Konversion der Produktion werden seitens der Gewerkschaften, bezüglich des Klimawandels, derzeit jedoch eher am Rande diskutiert und scheinen kein attraktives Modell zu sein, um die wirtschaftliche und ökologische Krise gemeinsam zu bearbeiten.

Eine vollkommen andere Richtung in der Bearbeitung der Klimakrise hat die Gewerkschaft *vida* eingeschlagen. In ihrer aktuellen Positionierung zur Verkehrs- und Transportpolitik verknüpft die Gewerkschaft *vida* nicht nur die Arbeitsbedingungen von TransportarbeiterInnen mit dem Klimawandel, sondern fügt diese Herangehensweise in den Kontext der Internationalisierung der Arbeitsteilung ein und zieht daraus weitreichende Schlussfolgerungen. Die Gewerkschaft *vida* stellt sich dabei nicht nur der Realität, dass durch einen ökologischen Umbau der derzeitigen Produktionsweise in vielen Bereichen Arbeitsplätze verloren gehen würden, sondern spricht damit auch die ‚imperiale Lebensweise‘ an, die durch den billigen Transport von (Konsum-)Gütern erst ermöglicht wird.

Neben den Aspekten der Wachstumslogik und dem Konfliktfeld ‚Arbeitsplätze vs. Umweltschutz‘ zeigt sich, dass der Klimawandel seitens der österreichischen Gewerkschaften auch als Teil der sozialen Frage diskutiert wird. Dies geschieht aus unterschiedlichen Perspektiven heraus. Einerseits zeigt sich, dass vor allem die Teilgewerkschaften die global unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels im Blickfeld haben. Seitens der Teilgewerkschaften wird dabei auch die Verantwortung der Menschen in den Industrieländern hervorgehoben. Dies den eigenen Mitgliedern zu vermitteln, wird jedoch als Schwierigkeit eingestuft. Zudem lässt sich jedoch keine Strategie festmachen, die die vorherrschenden Konsummuster an sich in Frage stellt. Dabei wird die zentrale Frage sein, ob es den Gewerkschaften gelingt, eine „attraktive, postmaterialistische Vorstellung eines ‚guten

Lebens’“ (Brand 2008: 142) entwickeln und verankern zu können. Neben der globalen Dimension hinsichtlich der sozial unterschiedlichen Auswirkungen des Klimawandels, thematisieren die Gewerkschafter in den Interviews jedoch auch die sozialen Auswirkungen in Österreich. Dabei sprechen sie vor allem die steigenden Kosten für Energie und Mobilität an und verdeutlichen, dass der Klimawandel sowohl in Bezug auf die VerursacherInnen als auch hinsichtlich des Ausmaßes der Betroffenheit eine soziale Komponente umfasst. „Personen des obersten Einkommensquartils geben mehr Geld für Mobilität und Konsum aus als andere und verursachen damit auch mehr Treibhausgase“ (Schenk 2010: 63). Gleichzeitig sind es die BezieherInnen von niedrigen Einkommen, die „vom Klimawandel stärker betroffen sein“ (ebd.) werden – sowohl in Hinblick auf die steigenden Kosten für Energie und Nahrungsmittel (vgl. ebd.) als auch hinsichtlich der Vulnerabilität (Hitze in den Städten, usw.).

Ein weiteres Feld stellen die gesellschaftlichen Kosten des Klimawandels – verbunden mit der Frage, wer für diese Kosten aufkommen muss – dar. Diese Frage wird angesichts der aktuellen Debatte in Österreich um eine ‚Schuldenbremse‘ deutlich. Die Pläne von ÖVP-Finanzministerin Maria Fekter sehen im Jahr 2012 Einsparungen in der Höhe von zwei Milliarden Euro (unter anderem im Bereich des Pensions- und Gesundheitssystems) vor. Argumentiert werden diese Einsparungen unter anderem mit den hohen Ausgaben für den Klimaschutz (vgl. Kleine Zeitung, 13. Dezember 2011). Daran wird deutlich, dass die sozialen Auswirkungen des Klimawandels nicht nur auf individueller Ebene (Heizkosten, Nahrungsmittelpreise, Vulnerabilität, usw.) eine Rolle spielen, sondern auch auf der Ebene des Staates verhandelt werden. Hierbei stellt sich nicht zuletzt die Frage, wie Gewerkschaften innerhalb dieses Verteilungskampfes agieren werden. Obwohl die Debatte bezüglich der sozialen Dimensionen des Klimawandels erst am Anfang steht, hat sich gezeigt, dass sich viele Anknüpfungspunkte für Gewerkschaften ergeben können, wenn der Klimawandel nicht als isoliertes Naturproblem wahrgenommen wird, sondern der Zusammenhang zwischen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen, Verteilungsfragen und ökologischen Fragen hergestellt wird.

Hinsichtliche der Bündnispolitik im Kampf gegen den Klimawandel zeigt sich, dass der ÖGB und die Teilgewerkschaften sowohl in der Wirtschaft als auch in NGOs Bündnispartnerinnen sehen. Die Gründe dafür, und vor allem die dabei verfolgten Interessen, sind jedoch höchst unterschiedlich. Im Bündnis mit der Wirtschaft stehen Aspekte wie Standort, Wettbewerb, Green Jobs und auch Fragen der Effizienzsteigerungen sowie Fortschritte im Technologiebereich im Vordergrund. Dies verdeutlicht einmal mehr, dass die österreichischen

Gewerkschaften nach wie vor in der Wachstumslogik und dem daraus resultierenden Korporativismus verhaftet sind.

Grundsätzliche Interessenskonflikte, die das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und der Wirtschaft in anderen Bereichen (Lohnpolitik, Steuergerechtigkeit, usw.) prägen, werden in Bezug auf den Klimawandel nicht thematisiert. Deutlich wird dabei auch, dass versucht wird, über die sozialpartnerschaftlichen Logik, die dem Wachstumsmodell verschrieben ist, die Verteilungsfrage durch Standortsicherung und Wettbewerbsvorteile zu beantworten. Die Strategie seitens der Unternehmen mit dem Klimawandel Geschäfte zu machen, wie dies beispielsweise über CDM- und JI-Projekte oder ‚greenwashing‘ geschieht, wird von den Gewerkschaften nicht problematisiert. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der von den Gewerkschaften verfolgten Standortlogik spannend, da insbesondere mit CDM-Projekten auch zukünftige Wachstumsmärkte (China, Indien, Brasilien, usw.) bedient werden.

Zwischen Teilgewerkschaften und Umwelt-NGOs zeichnet sich derzeit eine Annäherung ab, welche als Auswirkungen der Wirtschaftskrise 2008/2009 gewertet werden muss. Hierbei zeigt sich, dass die Gewerkschaften durchaus versuchen auf die Multiplizität der Krise mit einem breiten Bündnis zu antworten. Die Frage ist, ob es gelingen wird, aus dieser Annäherung konkrete Modelle zu entwickeln, die sich letztendlich auch in der gewerkschaftlichen Praxis niederschlagen werden. Dass es sich bei einem Bündnis zwischen Gewerkschaften und Umweltorganisationen um eine „machtvolle Synthese“ (Jakopovic 2009) handelt, zeigen einige internationale Beispiele. In den 1970er Jahren organisierte die australische Builders Labourers’ Federation (BLF) in Kooperation mit Stadteilorganisationen so genannte ‚green bans‘. Dabei weigerten sich ArbeiterInnen umweltschädliche Arbeiten durchzuführen. Weitere Beispiele für diese Synthese sind die Aktionen von Judi Bari, die in Nordkalifornien ein Bündnis zwischen „ausgebeuteten Holzarbeitern und radikalen UmweltschützerInnen“ (ebd.) schmiedete, um die Rodung von Mammutbäumen zu verhindern (vgl. ebd) oder aktuell die ‚Just Transition Alliance‘, die sich im Rahmen des ‚Climate Justice Movements‘ gegen den Klimawandel engagiert (vgl. Candeias 2011: 91). Diese Bündnisse machen deutlich, dass Kooperationen zwischen Gewerkschaften und ökologischen Bewegungen nicht nur Sinn machen, sondern auch funktionieren können. Angesichts der sozialen Tragweite des Klimawandels würden solche Bündnisse jedenfalls sehr nahe liegen. Die derzeitige Doppelstrategie bezüglich der BündnispartnerInnen im Kampf gegen den Klimawandel macht nicht nur deutlich, dass

sich die Gewerkschaften mangels Alternative nicht von der Wachstumslogik verabschiedet haben, sondern auch, dass es bezüglich der Wirksamkeit sozialpartnerschaftlicher Lösungsstrategie zumindest leise Zweifel geben dürfte.

6. Beantwortung der Forschungsfragen und Schlussfolgerungen

Zu Beginn der vorliegenden Arbeit steht die Annahme, dass der Klimawandel „zu den international am heftigsten umstrittenen Konfliktfeldern“ (Scheffran 2004: 184) gehört. Daran anschließend lautet die zentrale Frage dieser Arbeit, wie sich die österreichischen Gewerkschaften innerhalb dieses Konfliktfeldes positionieren.

Als theoretisches Orientierungskonzept wählte ich die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (vgl. Kapitel 2.1.), da diese ökologische Krisenphänomene wie den Klimawandel nicht auf ein ‚Naturproblem‘ reduziert, sondern die gesamtgesellschaftlichen Ursachen und Auswirkungen in den Mittelpunkt der Analyse stellt. Die Tatsache, dass der Klimawandel seine Ursachen in der auf fossilen Brennstoffen basierenden kapitalistischen Produktions- und Konsumweise hat und, dass die Auswirkungen des Klimawandels an gesellschaftliche Ungleichheiten anknüpft, verdeutlicht die Notwendigkeit dieser Herangehensweise an ökologische Krisenerscheinungen, welche sich im Laufe dieser Arbeit auch bewährt hat.

Institutionen wie Gewerkschaften können nicht nur in ihrer aktuellen Verfasstheit betrachtet werden, da es sich um Organisationen mit langer Tradition handelt. Aus diesem Grund erschien es mir als notwendig auch auf historische Spurensuche zu gehen, um den aktuellen Umgang der Gewerkschaften mit ökologischen Fragestellungen am Beispiel des Klimawandels in Bezug zur Tradition dieser Institutionen zu bringen (vgl. Kapitel 3). Hierbei wird deutlich, dass der Umgang der ArbeiterInnenbewegung mit ökologischen Krisen nicht statisch ist. Das Spannungsfeld ‚Gewerkschaften und Ökologie‘ ist durch Brüche und Kontinuitäten gekennzeichnet, die konkreten gesellschaftlichen Dynamiken und Veränderungsprozessen unterworfen sind.

Das Themenfeld ‚Arbeitsplätze vs. Umweltschutz‘ weist im Umgang der Gewerkschaften mit ökologischen Fragen eine Kontinuität auf und muss sowohl historisch als auch aktuell als zentraler Konflikt bezeichnet werden. Dennoch zeigt sich, dass dieser Konflikt nicht nur durch Polarisierung gekennzeichnet ist, sondern seit den 1970er und 1980er Jahren auch eine Anpassung an gesamtgesellschaftliche und ökonomische Veränderungsprozesse durchlebt hat. Ein weiterer zentraler Konfliktstrang im Umgang mit ökologischen Problemen stellte für die

historische ArbeiterInnenbewegung die Frage der inner- und außerbetrieblicher Umweltbelastungen dar. Während zu Beginn der Industrialisierung diese Frage einen zentralen Stellenwert einnahm und oft in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen geriet, ist dieser Konflikt inzwischen kaum mehr wahrnehmbar. Dies liegt einerseits daran, dass die innerbetrieblichen Belastungen seitens der Gewerkschaften massiv zurückgedrängt werden konnten (Arbeitsschutz, Gesundheit am Arbeitsplatz, usw.), andererseits jedoch auch daran, dass innerbetriebliche Belastungen über Standortverlagerungen externalisiert worden sind und heute in erster Linie in anderen Ländern von großer Relevanz sind. Diese ‚Externalisierung‘ von Umweltbelastungen innerhalb von Produktionsbetrieben muss also mitgedacht werden, wenn in weiterer Folge von der ‚imperialen Lebensweise‘ gesprochen wird.

Eine weitere Kontinuität im Zugang der ArbeiterInnenbewegung zu ökologischen Problemen stellt die Wachstumslogik und die damit verbundene Wettbewerbs- und Standortfrage dar. So zeigt sich, dass bereits zu Beginn der Industrialisierung seitens UnternehmerInnen mit Standortverlagerungen bzw. der Androhung von Standortverlagerungen auf ‚Umweltauflagen‘ reagiert wurde. Auch der (unkritische) Zugang zu Technik und der damit erhoffte gesellschaftliche Fortschritt begleitet die ArbeiterInnenbewegung bereits seit dem 19. Jahrhundert, wobei hier die Kluft zwischen Theorie und Praxis verdeutlicht wird, da sich in den klassischen Schriften der ArbeiterInnenbewegung durchaus kritische Einschätzungen dazu finden. Zudem findet sich im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch ein positiver Zugang zu Natur seitens der ArbeiterInnenbewegung, der sich rund um die Losung ‚Zug in’s Freie‘ manifestierte und Natur als Ort der Erholung und Freizeitgestaltung betrachtete. Auch hier lässt sich ein Bruch feststellen, der für die weiteren Überlegungen von Relevanz ist.

Die skizzierten Brüche und Kontinuitäten im Zugang der ArbeiterInnenbewegung zu ‚Natur‘ sind wie bereits erwähnt durch gesellschaftliche Veränderungsprozesse geprägt und müssen als Traditionen betrachtet werden, die auch bei der Beantwortung der Frage, wie Gewerkschaften heute mit dem Klimawandel umgehen, berücksichtigt werden müssen.

Aktuell zeigt sich, dass die österreichischen Gewerkschaften den Klimawandel zwar als Problem wahrnehmen, dies jedoch kaum Relevanz für die gewerkschaftliche Praxis hat. Als zentrales Feld gewerkschaftlicher Praxis bezüglich des Klimawandels taucht wieder der alte Konflikt ‚Arbeitsplätze vs. Umweltschutz‘ auf (vgl. Kapitel 4.3.2.). Die vor allem in den 1970er und 1980er Jahre einsetzende ‚Vernutzung‘ (Sandner 1999: 339) von Natur lässt sich auch heute in der Forcierung von Green Jobs feststellen, wobei hier erwähnt werden muss,

dass die österreichischen Gewerkschaften kritisch gegenüber Green Jobs kritisch eingestellt sind. Dies betrifft sowohl das quantitative als auch das qualitative Potential von Arbeitsplätzen im Umweltbereich. Am konkretesten wird im Zusammenhang mit Green Jobs die Gewerkschaft Bau-Holz, die mit der Kampagne ‚Umwelt + Bauen‘ Arbeitsplätze im Bereich der thermischen Sanierung forciert und darüber hinaus jedoch auch grundsätzliche Überlegungen zu Themen wie Nachhaltigkeit anstellt. In eine ähnliche Richtung weist die Strategie der GPA-djp und teilweise auch jene der Gewerkschaft vida, die Arbeitsplätze im Sozial- und Gesundheitsbereich forcieren und diese ebenso als Green Jobs definieren (vgl. Kapitel 4.3.2.2).

Eine weitere Herangehensweise der österreichischen Gewerkschaften ist es jedoch auch, Klimaschutz nach wie vor als Bedrohung für Arbeitsplätze zu betrachten. Dies wird vor allem hinsichtlich der Positionierung gegenüber der EU-Klimapolitik deutlich (vgl. Kapitel 4.3.2.1.).

Einen vollkommen anderen Weg im Umgang mit dem Konfliktfeld ‚Arbeitsplätze vs. Umweltschutz‘ schlägt die Gewerkschaft vida ein. Durch die Verknüpfung von Klimaschutz und den sozial- und arbeitsrechtlichen Standards der Beschäftigten im Transportbereich verdeutlicht die Gewerkschaft vida, dass Klimaschutz und soziale Fragen gemeinsam diskutierbar sind und öffnet viele Anknüpfungspunkte für sozial-ökologische Perspektiven. Zudem wird deutlich, dass sich die Gewerkschaft vida gemeinsam mit der Internationalen Transportarbeiter Föderation (ITF) auf die anstehenden Umbrüche und Veränderungen aufgrund des Klimawandels einstellt und bereits jetzt alternative Herangehensweisen entwickelt. Diese Annahme, dass aufgrund der Verknappung von fossilen Brennstoffen und der Verschärfung der Klimakrise bestehende Konsum-, Produktions- und Distributionsmuster in Wanken geraten, dürfte auch ein Grund dafür sein, warum die Gewerkschaft vida und vor allem die ITF eine vergleichsweise progressive Position zu ökologischen Fragen und insbesondere zum Klimawandel einnehmen. Anstatt an den bisherigen Strategien festzuhalten wird die Frage gestellt, wie Gewerkschaften die anstehenden Umbrüche und Veränderungen gestalten können (vgl. 4.3.2.3.).

Insgesamt behandeln die österreichischen Gewerkschaften das Themenfeld ‚Klimawandel und Arbeitsplätze‘ aus einer branchenorientierten Sichtweise, was grundsätzlich nachvollziehbar ist. Diese Branchenorientierung führt jedoch auch zu Widersprüchen in der Positionierung, die vor allem im Bereich Verkehr deutlich werden. Während der ÖGB die Automobilindustrie aufgrund seiner gesamtwirtschaftlichen Bedeutung nach wie vor als Schlüsselindustrie

bezeichnet und die PRO-GE als wichtigste Gewerkschaft in dieser Branche keine Kritik am automobilen Verkehrskonzept äußert, sprechen sich die Gewerkschaft vda sowie die GPA-djp und die GBH dezitiert für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs aus.

Hinsichtlich der Arbeitsplatzproblematik wird seitens der Gewerkschaften auch die Verkürzung der Arbeitszeit thematisiert; weitreichende Konzepte wie sich diese in eine grundsätzliche sozial-ökologische Perspektive einfügen könnte, sind derzeit jedoch nicht vorhanden. Ebenso zeigt sich, dass weitreichendere Modelle wie die Konversion von Industriebranchen derzeit ebenfalls kein Feld gewerkschaftlicher Praxis in Österreich darstellen (vgl. Kapitel 4.3.2.4.).

Die vorliegende Arbeit geht weiters der Frage nach, inwiefern die österreichischen Gewerkschaften den Klimawandel als Teil der ‚sozialen Frage‘ betrachten. Hierbei wird deutlich, dass vor allem seitens der Teilgewerkschaften sowohl globale als auch lokale Ungleichheiten im Zusammenhang mit dem Klimawandel problematisiert werden (vgl. Kapitel 4.3.3.). Auf globaler Ebene sehen die untersuchten Teilgewerkschaften die Tatsache, dass der Klimawandel zwar vor allem von den Industrieländern verursacht, die Auswirkungen (derzeit) jedoch vor allem in den Entwicklungsländern zu spüren sind, als Problem. Seitens der GBH wird in diesem Zusammenhang auch die ‚imperiale Lebensweise‘ angesprochen. Dabei wird auch auf die Schwierigkeit hingewiesen, dass die Thematisierung dieser „nicht verallgemeinerbaren“ (Wissen 2010: 31) Lebensweise seitens einer Gewerkschaft auch bedeutet Verzicht und Einschränkungen von den eigenen Mitgliedern zu fordern. Vor diesem Hintergrund muss nochmals auf einen Bruch hingewiesen werden, der sich aus einer historischen Betrachtung des Verhältnisses zwischen ArbeiterInnenbewegung und Natur ergibt. Während Natur im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts Natur noch als Ort betrachtet wurde, an dem Freizeit verbracht werden konnte, ist dieser ‚Zug in’s Freie‘ im Laufe der fortschreitenden Industrialisierung und vor allem mit den Einsetzen des ‚Wirtschaftswunders‘ ab den 1950er Jahren der zunehmenden Konsumbeteiligung breiter Bevölkerungsschichten gewichen. Durch die Forcierung dieses Lebensmodells seitens der Gewerkschaften als Ausdruck von Wohlstand und Aufschwung ist auch ein Stück ArbeiterInnenkultur verloren gegangen, die letztendlich aufgrund des individualistischen Charakters dieses Lebensmodells auch grundsätzliche Werte wie Solidarität oder kollektives Handeln untergraben hat. Dieser Umstand macht für Gewerkschaften auch einen kritischen Umgang mit der ‚imperialen Lebensweise‘ schwierig, da sie selbst lange Zeit den Erwerb von Konsumgütern wie Autos

und Elektrogeräte oder Billigflüge als Erfolg der sozialpartnerschaftlich-organisierten auf Wachstum orientierten Politikgestaltung sahen bzw. teilweise immer noch sehen und im Austausch dafür die Perspektive auf ein ‚gutes Leben‘ für alle Menschen eingetauscht haben. Neben der globalen Dimension thematisieren die untersuchten Gewerkschaften den Klimawandel jedoch auch auf lokaler Ebene aus sozialen Gesichtspunkten heraus. Im Vordergrund dabei stehen vor allem die steigenden Kosten für Nahrungsmittel, Energieversorgung und Mobilität und die damit verbundenen negativen Auswirkungen für niedrigere Einkommenschichten. Die Gewerkschaft *vida* thematisiert die Auswirkungen des Klimawandels betreffend zudem das unterschiedliche Ausmaß an Vulnerabilität (Hitze in den Städten, usw.).

Sowohl das Arbeitsplatzargument als auch die Frage der unterschiedlichen sozialen Auswirkungen des Klimawandels müssen vor dem Hintergrund der Wachstumslogik diskutiert werden. Die Logik, dass über stetes Wachstum Verteilungsspielräume entstehen, dominiert nach wie vor die ökonomische Grundausrichtung der österreichischen Gewerkschaften. Hierbei lässt sich feststellen, dass die österreichischen Gewerkschaften trotz der negativen Auswirkungen dieses Modells sowohl aus ökologischer als auch aus sozialer Perspektive keine konkreten Alternativen dazu entwickelt haben bzw. es so erscheint, als würde das auf Wachstum basierende kapitalistische Produktions- und Konsummodell als ‚alternativlos‘ betrachtet werden (vgl. Kapitel 4.3.1.).

Die vorliegende Arbeit widmet sich zudem den Positionen der oppositionellen Gewerkschaftsfraktion AUGE/UG (vgl. Kapitel 6). Dabei bestätigt sich die Annahme, dass die kritischen Stimmen zu ökologischen Problemstellungen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung meist vom ‚Rande‘ formuliert werden. Eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Klimawandel ist Teil der gewerkschaftlichen Praxis der AUGE/UG, wobei diese auch nicht davor zurückscheut, grundsätzliche Dogmen wie die Wachstumslogik, die als Bestandteil des gewerkschaftlichen Mainstreams bezeichnet werden muss, zu hinterfragen. Vor allem die kapitalismuskritische Grundhaltung der AUGE/UG führt dazu, dass sie über eine weitgehende Perspektive im Umgang mit dem Klimawandel verfügt und darüber hinaus mit einem Modell der solidarischen Ökonomie eine Alternative zum derzeitigen auf Wachstum basierenden kapitalistischen System entwickelt hat.

Im letzten Kapitel geht die vorliegende Arbeit der Frage nach, in welchen AkteurInnen die österreichischen Gewerkschaften BündnispartnerInnen im Kampf gegen den Klimawandel sehen (vgl. Kapitel 5). Hierbei lässt sich eine Doppelstrategie feststellen, da die

Gewerkschaften sowohl die Wirtschaft als auch NGOs als PartnerInnen in dieser Frage betrachten. Die Intensität der jeweiligen Kooperation muss jedoch differenziert betrachtet werden. Denn während der ÖGB vor allem auf der SozialpartnerInnenebene agiert, zeigt sich, dass die Teilgewerkschaften insbesondere im Bündnis ‚Wege aus der Krise‘ aktiv sind. Hierbei verdichtet sich einmal mehr die Annahme, dass die Teilgewerkschaften in der Betrachtung der Klimakrise und deren Bearbeitung bereits ein Stück weiter sind als der ÖGB. Die Bedeutung des Bündnis ‚Wege aus der Krise‘ ist auch ein Hinweis dafür, dass es sowohl gegenüber der Wachstumslogik als auch an der an sie geknüpfte Sozialpartnerschaft ein gewissen Unbehagen bzw. Zweifel Seitens der Teilgewerkschaften gibt. Ob innerhalb des Bündnisses ‚Wege aus der Krise‘ alternative Modelle abseits der Wachstumslogik entwickelt werden können und diese längerfristig Auswirkungen auf die gewerkschaftliche Praxis in Österreich haben werden, bleibt jedoch abzuwarten.

Abschließend lässt sich feststellen, dass das „Verhältnis zwischen Wachstum, Arbeitsplatzertahl und Umverteilung“ (Brunnengraber 2000: 70) nicht nur das zentrale Konfliktfeld ist, indem sich Gewerkschaften bei einer Auseinandersetzung mit dem Klimawandel befinden, sondern, dass dieses Verhältnis auch das große Dilemma der Gewerkschaften darstellt. Dieses Dilemma bezieht sich allerdings nicht nur auf den Klimawandel, sondern bestimmt die gewerkschaftliche Praxis an sich. Insbesondere die sich zuspitzende Verteilungsfrage verdeutlicht dieses Konfliktfeld einmal mehr.

Obwohl die Orientierung auf Bündnisse wie ‚Wege aus der Krise‘ oder der MetallerInnenstreik im Herbst 2011 zweifelsohne neue Perspektiven gewerkschaftlicher Praxis aufzeigen, stellt sich die Frage, ob es zu einer längerfristigen Neuausrichtung der österreichischen Gewerkschaften jenseits des auf fossilistischer Grundlage basierenden kapitalistischen Konsum- und Produktionsmodells kommt. Die Notwendigkeit für eine sozial-ökologische Alternative ist angesichts der bereits absehbaren Auswirkungen des Klimawandels und der zunehmenden Verteilungskämpfe auf globaler und lokaler Ebene jedenfalls gegeben.

7. Literatur

Adler, Victor (1924): Aufsätze, Reden und Briefe. Drittes Heft: Adler als Sozialhygieniker. Wien.

AK Oberösterreich (2010): Fakten zur sozialen Lage.

AK Wien (Hg.) (2001): Verkehr und Infrastruktur 14. Max Henry: Transportpreise und Transportkosten der verschiedenen Verkehrsträger im Güterverkehr.

Altwater, Elmar (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung. Der Fall Brasilien. Hamburg.

Altwater, Elmar (1997): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des >>Real existierenden Sozialismus<<. Münster.

Altwater, Elmar (2008): Für ein neues Energieregime. Mit Emissionshandel gegen den Klimawandel. In: Widerspruch 54/2008, 5-18.

Altwater, Elmar (2009): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster.

Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Brigitte (2007): Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt. Münster.

Altwater, Elmar/ Brunnengräber, Achim (2008): Ablasshandel gegen den Klimawandel? Marktbasierete Instrumente in der globalen Klimapolitik. Hamburg.

Andersen, Arne (1990): Arbeiterbewegung, Industrie und Umwelt im 19. Jahrhundert. In: Konrad, Helmut (Hg.): Ökologie, technischer Wandel und Arbeiterbewegung. Wien, 69-87.

Atteslander, Peter (2000): Methoden der empirischen Sozialforschung. Berlin.

Balzer, Ingrid/ Wächter, Monika (Hg.) (2003): Sozial-ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt. München.

Baschnegger, Hanno (1985): Die Kälte des Dezember. Der Illustrierte Pressespiegel zu Hainburg. Wien.

Becker, Egon/ Jahn, Thomas (2003): Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Böhme, Gernot/ Manzei, Alexandra (Hg.): Kritische Theorie und Technik der Natur. München, 91-112.

Becker, Egon/ Jahn, Thomas (Hg.) (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt/Main.

Betsill, Michele M. (2005): Global Climate Change Policy. Making Progress or Spinning Wheels? In: Axelrod, Regina S./ Downie, David Leonard/ Vig, Norman J. (Hg.): The Global Environment: Institutions, Law and Policy, 103-124.

Blau, Evelyn/ Weiß, Norbert/ Wenisch, Antonia (1997): Die Reparaturgesellschaft. Das Ende der Wegwerfkultur. Wien.

Blau, Evelyn (1998): Ökologische Aspekte der Globalisierung. In: Gewerkschaft der Privatangestellten (Hg.): Wieviel Globalisierung verträgt unser Land? Wien.

Blau, Evelyn (1999): Nachhaltiges Wirtschaften- zur Integration von Arbeits- und Umweltpolitik. In: Es ist genug für alle da. Dritte Österreichische Armutskonferenz.

Blau, Evelyn (1999a): Denn sie wissen, was sie tun... Zukunft der Arbeit im ökologischen Strukturwandel. Wien.

Blau, Evelyn (1999b). Fair essen - Für eine bessere Welt. Broschüre der GPA/ANG/HGPD. Wien.

Blau, Paul (1999): Das Erbe verschleudert, die Zukunft verspielt. Wien.

Brand, Ulrich (2008): „Umwelt“ in der neoliberal-imperialen Politik. Sozial-ökologische Perspektiven demokratischer Gesellschaftspolitik. In: Widerspruch, 54/2008, 139-148.

Brand, Ulrich (2008a): Postneoliberale Antworten auf die ökologische Krise. In: DAS ARGUMENT, 279/2008, 858-866.

Brand, Ulrich (2009): Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2009, 93-101.

Brand, Ulrich (2009a): Schillernd und technokratisch. Grüner New Deal als magic bullet in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus? In: PROKLA 156, 475-481.

Brand, Ulrich (2010): Chancen progressiver Arbeitszeitpolitik. In: Wiener Zeitung, 14. Oktober 2010.

Brand, Ulrich/ Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster.

Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo/ Müller, Tazio (Hg.) (2009): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping new climate and energy politics. Special Issue of “Critical Currents” no.6.

Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirovic, Alex/ Dück, Julia/ Becker, Florian/ Bader, Pauline (Hg.): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg, 79-94.

- Braun, Marcel/ Santarius, Tilman (2007): Erfolgsstory Emissionshandel? Prüfstein für Souveränität, Demokratie und Verflechtung. In: Brunnengräber, Achim/ Walk, Heike (Hg.): Multi-Level-Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer independenten Welt. Baden-Baden, 99-128.
- Brandl, Sebastian/ Hildebrandt, Eckart (2003): Arbeit und Ökologie. In: Balzer, Ingrid/ Wächter, Monika (Hg.): Sozial-ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt. München, 517-538.
- Brunnengräber, Achim/ Dietz, Kristina/ Hirschl, Bernd/ Walk, Heike/ Weber, Melanie (2008): Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik. Münster.
- Brunnengräber, Achim (2009): Prima Klima mit dem Markt? Der Handel mit dem Recht, die Luft zu verschmutzen. In: PROKLA 156, 407-425.
- Brunnengräber, Achim (2009a): Die politische Ökonomie des Klimawandels. München.
- Brüsemeister, Thomas (2000): Qualitative Forschung. Wiesbaden.
- Candeias, Mario/ Kuhn, Armin (2008): Grüner New Deal – kapitalistischer Weg aus der Krise? In: DAS ARGUMENT 279/2008, 805-812.
- Candeias, Mario (2011): Strategische Probleme eines gerechten Übergangs. In: Luxemburg 1/2011, 90-97.
- Candeias, Mario/ Rilling, Rainer/ Röttger, Bernd/ Thimmel, Stefan (Hg.) (2011): Globale Ökonomie des Autos. Mobilität. Arbeit. Konversion. Hamburg.
- Chalupek, Günther (2011). Einführung in Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften. Skriptenreihe des VÖGB. Wien.
- Charkiewicz, Ewa (2009): A feminist critique of the climate change discourse. From biopolitics to necropolitics? In: Brand, Ulrich/ Bullard, Nicola/ Lander, Edgardo/ Müller, Tazio (Hg.): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping new climate and energy politics. Special Issue of "Critical Currents" no.6.
- Delapina, Thomas (2011). Wachstum. Skriptenreihe des VÖGB. Wien.
- Dietz, Kristina/Brunnengräber, Achim (2008): Das Klima in den Nord-Süd-Beziehungen. In: Peripherie 112, 400-428.
- Dworczak, Hermann (1985): Linke und Gewerkschafter gegen Hainburg. In: Nenning, Günther/ Huber, Andreas (Hg.): Die Schlacht der Bäume. Hainburg 1984. Wien, 106-109.
- Filla, Wilhelm (1981): Zwischen Integration und Klassenkampfes. Sozialgeschichte der betrieblichen Mitbestimmung in Österreich. Wien.
- Gärnter, Edgar (1985): Gewerkschaften und Ökologie. Frankfurt.

Gärtner, Edgar (1990): Arbeiterbewegung und Ökologie. In: Konrad, Helmut/ Andersen, Arne (Hg.) (1990): Ökologie, technischer Wandel und Arbeiterbewegung. Wien, 33-44.

GBH (2010). Anträge. 18. Gewerkschaftstag 2010.

Gehring, Thomas/ Oberthür, Sebastian (Hg.) (1997): Internationale Umweltregime: Umweltschutz durch Verhandlungen und Verträge. Opladen.

Germanwatch (2010): Globaler Klimawandel. Klimawandel und Treibhauseffekt.

Gilbertson, Tamra/ Reyes, Oscar (2009): Carbon Trading. How it works and why it fails. Critical Currents no.7.

Gilbertson, Tamra/ Reyes, Oscar (2010): Globaler Emissionshandel. Wie Luftverschmutzer belohnt werden. Analyse, Kritik, Perspektiven. Frankfurt/Main.

Glatz, Harald (1984): Gewerkschaften und Umweltpolitik. In: Umdenken. Analysen grüner Politik in Österreich. Wien, 125-137.

Global 2000 (2009): Der Zertifikate-Schwindel! Warum Österreichs Emissionszukauf abgeschafft werden muss.

Global 2000 (2010): Den Klimawandel stoppen – nicht die Klimapolitik. 29. November bis 10. Dezember 2010 COP 16 in Cancún.

Goerne, Gabriela (2009): CO₂-Abscheidung und Lagerung (CCS) in Deutschland. Hintergrundpapier Germanwatch.

Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Münster.

Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Regulation der ökologischen Krise. Münster.

Görg, Christoph (2003a): Nichtidentität und Kritik. Zum Problem der Gestaltung der Naturverhältnisse. In: Böhme, Gernot/ Manzei, Alexandra (Hg.) (2003): Kritische Theorie und Technik der Natur. München, 112-134.

GPA-djp (2010). Geschäfts- und Wahlordnung. Bundesforum 2010.

GPA-djp (2010a). Beschlossene Anträge. Bundesforum 2010.

Glück auf! Das Magazin der Gewerkschaft PRO-GE, 4/2010.

Glück auf! Das Magazin der Gewerkschaft PRO-GE, 5/2010.

Glück auf! Das Magazin der Gewerkschaft PRO-GE, 4/2011.

Gottweis, Herbert (1997): Neue soziale Bewegungen in Österreich. In: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die zweite Republik. Wien, 342-358.

- Goldberg, Karl (2010): Beschäftigungseffekte – Grüne Arbeitsplätze.
- Hackl, Albert E. (2001): Die österreichischen Reduktionsziele für Treibhausgas-Emissionen von Toronto bis Kyoto. In: Wissenschaft und Umwelt 2001. Interdisziplinär Nr. 4, 19-26.
- Halbrainer, Heimo/ Murlasits, Elke/ Schönfelder, Sigrid (Hg.) (2009): Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach. Heidenreichstein.
- Harmsen, Ger (1990): Sozialismus, Natur, Umwelt. In: Konrad, Helmut (Hg.): Ökologie, technischer Wandel und Arbeiterbewegung, Wien, 88-104.
- Herman, Jost (1993): Mit den Bäumen sterben die Menschen. Zur Kulturgeschichte der Ökologie. Köln.
- Hesoun, Josef /Pötschacher, Herbert (1985): Schwarz-Weissbuch. Dokumentation Hainburg. Wien.
- IPCC (2007): Klimaänderung 2001. Synthesenbericht. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger.
- ITF (2010): Verkehrsbeschäftigte und Klimawandel. Für eine nachhaltige kohlenstoffarme Mobilität.
- Jakopovich, Dan (2009): Eine machtvolle Synthese: Gewerkschaften und Ökologie – „Grüne“ Gewerkschaftsarbeit in Theorie und Praxis. In: Direkte Aktion 191/2009.
- Karathanassis, Athanasios (2003). Naturzerstörung und kapitalistisches Wachstum. Ökosysteme im Kontext ökonomischer Entwicklungen. Hamburg.
- Khor, Martin/ Ramen, Meena/ Giegold, Sven/ Yang, Ailun (2007): Klima der Gerechtigkeit. Hamburg.
- Klimaschutzbericht (2010). Umweltbundesamt.
- Kompetenz. Das Magazin für den organisierten Erfolg. GPA-djp, 11/2009.
- Kompetenz. Das Magazin für den organisierten Erfolg. GPA-djp, 05/2011.
- Konrad, Helmut/ Andersen, Arne (Hg.) (1990): Ökologie, technischer Wandel und Arbeiterbewegung. Wien.
- Köhler, Bettina (2008): Gesellschaftliche Naturverhältnisse, Politische Ökologie und ökologisch-feministische Sichtweisen. In: DAS ARGUMENT 279/2008, 850-857.
- Kyoto-Protokoll (1997): Das Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen.

Lackner, Helmut (1990): Die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Produktivitätssteigerung nach dem 2. Weltkrieg in Österreich. In: Konrad, Helmut/ Andersen, Arne (Hg.): Ökologie, technischer Wandel und Arbeiterbewegung. Wien, 207-216.

Lebensministerium (2007): Anpassung der Klimastrategie Österreichs zur Erreichung des Kyoto-Ziels 2008-2012.

Lebensministerium (2009): Österreichs JI/CDM-Programm 2009. Joint-Implementation-/Clean-Development-Mechanism-Programm.

Lebensministerium (2010): Stichwort green jobs. Die Arbeitsplätze der Zukunft sind grün.

Lehner, Peter Ulrich (2008): Zwentendorf vom Rand aus (SPÖ intern). In: Halbrainer, Heimo/ Murlasits, Elke/ Schönfelder, Sigrid (Hg.): Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach. Heidenreichstein, 93-103.

Leisch, Wilfried (2009): GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg. In: Halbrainer, Heimo/ Murlasits, Elke/ Schönfelder, Sigrid (Hg.): Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf. 30 Jahre danach. Heidenreichstein, 104-111.

Linner, Björn-Ola/ Jacob, Merle (2005): From Stockholm to Kyoto and Beyond: A Review of the Globalization of Global Warming Policy and North-South Relations. In: Globalizations Vol. 2 No. 3, 403-415.

Linse, Ulrich (1993): Das Proletariat – Komplize der kapitalistischen Naturausbeutung? In: Hermand, Jost (Hg.): Mit den Bäumen sterben die Menschen. Köln, 119-148.

Lipietz, Alain (1998): Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Hamburg.

Lohmann, Larry (2009): Kohlenstoffmärkte und Finanzmärkte: Variationen über Polanyi. In: DAS ARGUMENT 283, 723-735.

MEW Band 13. Marx, Karl/ Engels, Friedrich. Werke. 7. Auflage 1971, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1961, Berlin/DDR.

Moser, Michaela (2009): Ernährung. In: UMWelt SOzial BESSER. Umwelt- und Sozialpolitik besser verknüpfen! Soziale Aspekte bei gesellschaftlich relevanten Themen, 3.

Mum, David (2011): Grüne Jobs und gute Arbeit. In: Arbeit und Wirtschaft 5/2011, 20-21.

Natter, Bernhard (1987): Die „Bürger“ versus die „Mächtigen“ – Populistischer Protest an den Beispielen Zwentendorf und Hainburg. In: Pelinka, Anton (Hg.): Populismus in Österreich. Wien, 151-171.

Nenning, Günther/ Huber, Andreas (1985): Die Schlacht der Bäume. Hainburg 1984. Wien.

Nenning, Günther (1985): Wenn graue Herren durch pompöse Hallen schreiten. In: Nenning, Günther/ Huber, Andreas (Hg.): Die Schlacht der Bäume. Hainburg 1984. Wien, 126-137.

Noggler, Lisa (1998): Luft – ein undefinierbares „Es“? Zur Wahrnehmung von Luft und Luftverschmutzung im 19. Jahrhundert in Innsbruck. In: Pro Civitate Austriae. Informationen zur Stadtgeschichteforschung in Österreich, 3/1998, 33-42.

Nuss, Sabine (2010): Ich möchte kein Eisbär sein. In: PROKLA 158, 139-143.

Obermayer, Bernhard (2010): Dänischer Winter. Über das Scheitern der Klimaverhandlungen in Kopenhagen. In: Kurswechsel 2/2010, 18-29.

Oberthür, Sebastian/ Ott, Hermann E. (2000): Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert. Opladen.

O'Connor/ James. (1988): Capitalism, Nature, Socialism. A Theoretical Introduction. In: Capital, Natur, Socialism. Vol. 1.

Oels, Angela/ Altvater, Elmar/ Brunnengräber, Achim (2003). Globaler Klimawandel, gesellschaftliche Naturverhältnisse und (inter-)nationale Klimapolitik. In: Balzer, Ingrid/ Wächter, Monika (Hg.): Sozial-ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt. München, 111-130.

ÖGB (2009): Anträge. 17. Bundeskongress 2009.

ÖGB (2009a): Geschäftsordnung. 17. Bundeskongress 2009.

ÖGB (2009b): Kurzbericht. 17. Bundeskongress 2009.

ÖGB (2009c): Stellungnahme des ÖGB: Lissabon-Paket der Europäischen Kommission; Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates 2008, 29.12.2009

ÖGB Flugblatt (2011): Nein zu Sparmaßnahmen. Für ein soziales Europa. Für gerechte Bezahlung und Jobs.

Ott, Hermann E. (1997): Das internationale Regime zum Schutz des Klimas. In: Gehring, Thomas/ Oberthür, Sebastian (Hg.) (1997): Internationale Umweltregime. Umweltschutz durch Verhandlungen und Verträge. Opladen, 201-218.

Österreichische Sozialpartner (2008): Positionspapier der österreichischen Sozialpartner. Bausteine einer langfristig orientierten Klimapolitik.

Passadakis, Alexis/ Müller, Tadzi (2009). Klimaschutz durch Wirtschaftswachstum. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2009, 33-35.

PRO-GE (2009). Arbeitsprogramm 2009.

Puwein, Wilfried.: Transportkosten in der österreichischen Wirtschaft. WIFO, 2000.

Ritt, Thomas (1998): Umwelt und Arbeit. In: Ritt, Thomas (Hg.) (1998): Umwelt und Arbeit – Bestandsaufnahme und Perspektiven. Umwelt und Arbeit IV.

Röttger, Bernd (2011). Betriebliche Konversion zwischen kapitalistischer Modernisierung und demokratisch-sozialistischer Transformation. In: Candeias, Mario/ Rilling, Rainer/ Röttger, Bernd/ Thimmel, Stefan (Hg.): Globale Ökonomie des Autos. Mobilität. Arbeit. Konversion. Hamburg, 241-252.

Sandner, Günther (1999): Die Natur und ihr Gegenteil. Politische Diskurse der sozialdemokratischen Kulturbewegung bis 1933/34. Wien.

Salmhofer, Christian/ Drabek, Brigitte/ Strasser, Andreas/ Finger, Christian (2010): Das Dilemma mit der Klimagerechtigkeit. In: Kurswechsel 2/2010, 6-17.

Schachtschneider, Ulrich (2009): Green New Deal – Sackgasse und sonst nichts? In: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 17/2009.

Scheffran, Jürgen (2004): Energiekonflikte und Klimakatastrophe. Die neue Bedrohung. In: PROKLA 135, 173-198.

Schenk, Martin (2010): Klima und Verteilungsgerechtigkeit. In: Kurswechsel 2/2010, 63-69.

Schmidt, Alfred (1993): Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx. Hamburg

Schleicher, Stefan/ Kratena, Kurt (2001): Österreichs Klimapolitik. Die Chance des Scheiterns. In: Wissenschaft und Umwelt 2001. Interdisziplinär Nr. 4, 11-22.

Schramm, Engelbert (1990): Arbeiterbewegung und industrielle Umweltprobleme. Wahrnehmung und Theoriediskussion in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (bis 1918). In: : Konrad, Helmut/ Andersen, Arne (Hg.): Ökologie, Technischer Wandel und Arbeiterbewegung. Wien, 1-32.

Statistik Austria (2008): Umweltorientierte Produktion und Dienstleistungen – EGSS.

Tálos, Emmerich (1997): Sozialpartnerschaftliche Kooperation – Konzertierung – politische Regulierung. In: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die zweite Republik. Wien, 432-452.

Umweltbundesamt (2010): Klimaschutzbericht.

Umwelt + Bauen (2011): Broschüre der Initiative Umwelt + Bauen.

Vida (2010): Grundsatzprogramm, beschlossen am 2. Gewerkschaftstag 2010.

Vida (2010a): Anträge, beschlossen am 2. Gewerkschaftstag 2010.

Vida. Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft vida. Juli/August 2009.

Vida. Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft vida. September 2009.

Vida. Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft vida. März/April 2010.

Walk, Heike/ Brunnengräber, Achim (2000). Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima. Münster.

Wara, Michael (2007): Is the Global Carbon Market Working? In: Nature 445, 595-596.

WIFI Österreich (2000): Wirtschaftsservice Verkehr. Kostenstruktur im Güternahverkehr.

Winkler-Rieder, Waltraud (1997): Energiepolitik. In: Dachs, Herbert et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die zweite Republik. Wien, 619-627.

Wissen, Markus (2008): Die Materialität von Natur und gebauter Umwelt. In: Demirović, Alexander (Hg.): Kritik und Materialität. Münster, 73-88.

Wissen, Markus (2008): Ökologie als Verteilungsfrage. Eine radikaldemokratische Position zum sozialökologischen Umbau. In: Dellheim, Judith/ Krause, Günter (Hg.) (2008): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Berlin, 94-105.

Wissen, Markus/ Dietz, Kristina (2009): Kapitalismus und „natürliche Grenzen“. In: PROKLA 156, 351-370.

Wissen, Markus (2010): Klimawandel, Geopolitik und >>imperiale Lebensweise<<. In: Kurswechsel, 2/2010, 30-38.

Wolf, Winfried (2007): Verkehr. Umwelt. Klima. Die Globalisierung des Tempowahns. Wien.

Wuppertalinstitut für Klima, Umwelt, Energie (Hg.) (2007): Geologische CO₂-Speicherung als klimapolitische Handlungsoption. Technologien, Konzepte, Perspektiven.

Zeitungen

Der Standard, 13. November 2009

Österreich verfehlt als einziges Land Kyoto-Klimaziele

Der Standard, 22. April 2010

Immer mehr „Heiße Luft“-Deals

Der Standard, 22./23. Jänner 2011

Hacker-Angriff stellt CO₂-Handel infrage

Die Presse, 24. Februar 2009

Verschrottungsprämie im Ministerrat beschlossen

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/455327/Verschrottungspraemie-im-Ministerrat-beschlossen>

(zuletzt abgerufen: 10. September 2011)

Kleine Zeitung, 13. Dezember 2011

Fekter will über zwei Milliarden einsparen

<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2898619/fekter-will-ueber-zwei-milliarden-einsparen.story>

(zuletzt abgerufen: 15. Dezember 2011)

Le Monde diplomatique, 13. Dezember 2002

Wer im Treibhaus sitzt. Der Klimawandel in Zeiten der Unbelehrbarkeit.

<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2002/12/13.mondeText.artikel,a0067.idx,18>

(zuletzt abgerufen: 28. November 2010)

Le Monde diplomatique, 14. Dezember 2007

Monopoly mit dem Weltklima

<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2007/12/14.mondeText.artikel,a0063.idx,11>

(zuletzt abgerufen: 28. November 2010)

Money Week, 21. Februar 2007

How you can profit from climate change

<http://www.moneyweek.com/investments/commodities/how-you-can-profit-from-climate-change>

(zuletzt abgerufen: 28. November 2010)

Süddeutsche Zeitung Online, 18. Dezember 2009

Kompromiss in letzter Minute

<http://www.sueddeutsche.de/politik/klimagipfel-kopenhagen-kompromiss-in-letzter-minute-1.148996>

(zuletzt abgerufen: 29. November 2010)

Tagesanzeiger Online 2009

Das Geschäft mit dem Treibhausgas HFC-23

<http://www.tagesanzeiger.ch/wissen/natur/Das-Geschaefft-mit-dem-Treibhausgas-HFC23/story/20144866>

(zuletzt abgerufen: 3. Dezember 2011)

The Guardian, 26. September 2008

Billions wasted on UN climate programme

<http://www.guardian.co.uk/environment/2008/may/26/climatechange.greenpolitics>

(zuletzt abgerufen: 29. November 2010)

Wiener Zeitung, 12. Jänner 2011

Kyoto Ziel bleibt unerreicht

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/panorama/chronik/30761_Kyoto-Ziel-bleibt-unerreicht.html

(zuletzt abgerufen: 3. Dezember 2011)

WOZ, 15. Februar 2007

Der Lucas-Plan. Sie pflanzen die bessere Zukunft

http://www.woz.ch/artikel/print_14562.html

(zuletzt abgerufen: 4. Dezember 2011)

WOZ, 11. November 2010

Umbauen! Aber wie? Und für wen?

<http://www.woz.ch/artikel/rss/20025.html>

(zuletzt abgerufen: 3. Dezember 2011)

Internetquellen**APA-Meldung, 16. Mai 1977**

Verstärkte Diskussion um Atomstrom

<http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?meldungsID=17454/448791/22&source=suche.html>

(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 6. November 1978

Kreisky-Pressekonferenz

<http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?meldungsID=17454/604676/31&source=suche.html>

(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 11. August 1979

Benya-Vorstoß für Atomkraftwerk

<http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?meldungsID=17454/686584/22&source=suche.html>

(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 10. August 1983

Bauindustrie: Kraftwerksbau Hainburg nicht verzögern

<http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?meldungsID=17454/1129725/6&source=suche.html>
(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 15. August 1983

Parteienstreit um Donaukraftwerk Hainburg

<http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?meldungsID=17454/1130912/5&source=suche.html>
(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 6. September 1983

WWF startet Kampagne "Rettet die Auen"

<http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?meldungsID=17454/1137110/5&source=suche.html>
(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 19. Jänner 1984

Arbeitnehmer und Arbeitgeber einig: Hainburg wird gebraucht

http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?dossierID=AHD_19841208_AHD0001&deskriptor=DO_HA_1&meldungsID=17454/1179014/1&source=dossier_meldungen.html
(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 7. Mai 1984

Pressekonferenz der Tiere

http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?dossierID=AHD_19841208_AHD0001&deskriptor=DO_HA_1&meldungsID=17454/1214352/1&source=dossier_meldungen.html
(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 13. Dezember 1984

Hainburg/VÖEST/Arbeitsplätze

http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?dossierID=AHD_19841208_AHD0001&deskriptor=DO_HA_2&meldungsID=17454/1287021/1&source=dossier_meldungen.html
(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 17. Dezember 1984

Au-Besetzer erzwangen Einstellung der Rodungsarbeiten

http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?dossierID=AHD_19841208_AHD0001&deskriptor=DO_HA_2&meldungsID=17454/1288258/1&source=dossier_meldungen.html
(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 21. Dezember 1984

Hainburger Au: Rodungsstopp bis 3. Jänner –

http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?dossierID=AHD_19841208_AHD0001&deskriptor=DO_HA_2&meldungsID=17454/1289702/1&source=dossier_meldungen.html

(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

APA-Meldung, 3. Jänner 1985

Gewerkschaft Hainburg

http://www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/meldung.html?dossierID=AHD_19841208_AHD0001&deskriptor=DO_HA_3&meldungsID=17454/1292391/1&source=dossier_meldungen.html

(zuletzt abgerufen: 12. September 2011)

Arbeiterkammer 2011

Transportpreise und Transportkosten der verschiedenen Verkehrsträger im Güterverkehr

<http://www.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=29&IP=6920&AD=0&REFP=3035>

(zuletzt abgerufen: 4. Oktober 2011)

Austropapier 2008

Gemeinsame Position der Sozialpartner der Papierindustrie zur Gefahr des „Carbon Leakage“

http://www.austropapier.at/fileadmin/Austropapier/Dokumente/Forderungen_zum_EU-Emissionshandel.pdf

(zuletzt abgerufen: 23. Mai 2011)

BMU 2000

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Europäisches Programm für den Klimaschutz (ECCP)

http://www.bmu.de/pressearchiv/14_legislaturperiode/pm/614.php

(zuletzt abgerufen: 2. Dezember 2010)

Bürgerinfo 2008

Das Klima- und Energiepaket der EU

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/klima-_und_energiepaket.pdf

(zuletzt abgerufen: 10. Dezember 2010)

Das Rote Wien 2011

Achtstundentag

<http://www.dasrotewien.at/achtstundentag.html>

(zuletzt abgerufen: 15. Oktober 2011)

Euractiv 2005

Strategie zur Bekämpfung der Klimaänderung

http://europa.eu/legislation_summaries/environment/tackling_climate_change/128157_de.htm

(zuletzt abgerufen: 11. November 2010)

Euractiv 2010

EU Emissions Trading Scheme

<http://www.euractiv.com/en/climate-change/eu-emissions-trading-scheme/article-133629>

(zuletzt abgerufen: 12. November 2010)

Euractiv 2010a

CO2-Abscheidung und -Speicherung

<http://www.euractiv.com/de/energie/co2-abscheidung-und-speicherung-de-linksossier-189176>

(zuletzt abgerufen: 12. November 2010)

Europäische Union 2000

Einführung des Europäischen Programms zur Klimaänderung (ECCP)

http://europa.eu/legislation_summaries/environment/tackling_climate_change/128185_de.htm

(zuletzt abgerufen: 9. Dezember 2010)

Europäische Union 2005

Strategie zur Bekämpfung der Klimaänderung

http://europa.eu/legislation_summaries/environment/tackling_climate_change/128157_de.htm

(zuletzt abgerufen: 9. Dezember 2010)

Europäische Union 2007

Strategie zum Klimawandel: Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels bis 2020 und darüber hinaus

http://europa.eu/legislation_summaries/energy/european_energy_policy/128188_de.htm

(zuletzt abgerufen: 8. Dezember 2010)

Europäische Union 2009

Kommission begrüßt Annahme des Klima- und Energiepakets

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/628&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(zuletzt abgerufen: 8. Dezember 2010)

Europäische Union 2009a

Kommission bewilligt mehr als 1,5 Mrd. EUR für 15 CCS-Projekte und Offshore-Windenergie-Projekte zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung in Europa

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1896&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(zuletzt abgerufen: 12. Dezember 2010)

Europäische Union 2011

Emissionshandel: Kommission begrüßt Abstimmung über ein Verbot bestimmter Industriegas-Gutschriften

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/56&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(zuletzt abgerufen: 9. Dezember 2010)

Eurostat 2010

Energieabhängigkeit

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsdcc310>

(zuletzt abgerufen: 12. Dezember 2010)

GPA-djp 2008

Weniger Emissionen und mehr Arbeitsplätze in Europa

Europäischer Aktionstag für Arbeitsplätze und Umweltschutz

[http://www.gpa-](http://www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_11.1.4.a&cid=1227275597261)

[djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_11.1.4.a&cid=1227275597261](http://www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_11.1.4.a&cid=1227275597261)

(zuletzt abgerufen: 4. Juli 2011)

GPA-djp Presseaussendung, 10. November 2009

GPA-djp-Katzian zu Pröll: An weiterem Konjunkturpaket führt kein Weg vorbei

[http://www.gpa-](http://www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_11.1.5.a&cid=1257346723357)

[djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_11.1.5.a&cid=1257346723357](http://www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_11.1.5.a&cid=1257346723357)

(zuletzt abgerufen: 22. August 2011)

GPA-djp 2011a

Weniger Emissionen und mehr Arbeitsplätze in Europa

Europäischer Aktionstag für Arbeitsplätze und Umweltschutz

[http://www.gpa-](http://www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_11.1.4.a&cid=1227275597261)

[djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_11.1.4.a&cid=1227275597261](http://www.gpa-djp.at/servlet/ContentServer?pagename=GPA/Page/Index&n=GPA_11.1.4.a&cid=1227275597261)

(zuletzt abgerufen: 29. Juli 2011)

GPA-djp 2011

Green Jobs – Hype oder Zukunftschance?

<http://blog.gpa-djp.at/bildungsarbeit/2011/08/03/green-jobs-%E2%80%93-hype-oder-zukunftschance/>

(zuletzt abgerufen: 29. Juli 2011)

Hainburger-Au 2011

<http://www.hainburger-au.at/default.php?page=zeittafel&id=unter>

(zuletzt abgerufen 17. September 2011)

Klimarahmenkonvention 1992

<http://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf>

(zuletzt abgerufen 2. Oktober 2010)

Klimastrategie 2007

http://www.lebensministerium.at/umwelt/klimaschutz/klimapolitik_national/klimastrategie/Klimastrategie.html

(zuletzt abgerufen 2. Oktober 2010)

Kommission der Europäischen Union 2007

Mitteilung an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament. Eine Energiepolitik für Europa.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52007DC0001:DE:NOT>
(zuletzt abgerufen: 12. Dezember 2010)

Kommission der Europäischen Union 2007a

Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Begrenzung des globalen Klimawandels auf 2 Grad Celsius - Der Weg in die Zukunft bis 2020 und darüber hinaus.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52007DC0002:DE:NOT>
(zuletzt abgerufen: 9. Dezember 2010)

Kommission der Europäischen Union 2010

European Climate Change Programme

http://ec.europa.eu/clima/policies/eccp/index_en.htm
(zuletzt abgerufen: 15. Dezember 2010)

Labourcom 2011

Netzwerk der Betriebsräte und Gewerkschaften der Region Bremen

http://www.labourcom.uni-bremen.de/ak-alternative_fertigung/archiv/history/akalt-v1.html
(zuletzt abgerufen: 30. Juni 2011)

Lebensministerium 2009a

Das Ressortbudget 2009/2010

<http://www.lebensministerium.at/article/articleview/76005/1/4868>
(zuletzt abgerufen: 30. November 2011)

Lebensministerium 2011

Das Klima- und Energiepaket der Europäischen Union

<http://www.lebensministerium.at/umwelt/klimaschutz/kyoto-prozess/eu/Klima-Energiepaket.html>
(zuletzt abgerufen: 30. November 2011)

ÖGB-Verlag 2010

Erfolgreiche Demo in Brüssel

1.000 TeilnehmerInnen forderten fairen Wettbewerb in der Metallindustrie.

http://www.oegbverlag.at/servlet/ContentServer?pagename=V01/Page/Index&n=P01_5.1.c.a&cid=1271946137786
(zuletzt abgerufen: 30. Juli 2011)

ÖGB 2011

Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft

http://www.oegb.at/servlet/ContentServer?pagename=OEGBZ/Page/OEGBZ_Index&n=OEG BZ_2.2.a&cid=1053969020238
(zuletzt abgerufen 14. Oktober 2011)

ORF online 2011

Österreich kaufte von Lettland 3,5 Mio. CO₂-Zertifikate

<http://news.orf.at/stories/2041951/>

(zuletzt abgerufen 8. Dezember 2011)

Österreichischer Klimabeirat 2010

EU-Emissionshandelssystem

<http://www.accc.gv.at/emissionshandel.htm>

(zuletzt abgerufen 2. Jänner 2011)

OTS-Aussendung BMWFJ, 24. Februar 2009

Mitterlehner: "Rasche Hilfe für die Beschäftigten und Unternehmen in der Autobranche"

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090224_OTS0165/mitterlehner-rasche-hilfe-fuer-die-beschaeftigten-und-unternehmen-in-der-autobranche

(zuletzt abgerufen: 29. Juli 2011)

OTS-Aussendung ÖGB, 18. Dezember 2009

ÖGB-Foglar: Kaufkraft weiter stärken

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091218_OTS0261/oegb-foglar-kaufkraft-weiter-staerken

(zuletzt abgerufen: 21. August 2011)

OTS-Aussendung BMSAK, 13. August 2009

Hundstorfer: Neue Arbeitszeitregeln - weniger Überstunden - mehr Arbeitsplätze

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20090813_OTS0150/hundstorfer-neue-arbeitszeitregeln-weniger-ueberstunden-mehr-arbeitsplaetze

(zuletzt abgerufen: 2. August 2011)

Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 96/61/EG des Rates.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:275:0032:0046:de:PDF>

(zuletzt abgerufen: 9. Dezember 2010)

Right Live Hood Award 2011

Mike Cooley

<http://www.rightlivelihood.org/cooley.html>

(zuletzt abgerufen: 17. August 2011)

Statistik Austria 2010a

http://www.statistik.at/web_de/presse/043896 (zuletzt abgerufen: 3. August 2011)

Umweltbundesamt 2011

Sinkender Trend der Treibhausgasemissionen hält an

http://www.umweltbundesamt.at/aktuell/presse/lastnews/newsarchiv_2011/news110212/?&L=1

(zuletzt abgerufen: 9. November 2011)

UNFCCC 2010

COP – Conference of the Parties

<http://www.accc.gv.at/cop.htm>

(zuletzt abgerufen 2. Oktober 2010)

Wege aus der Krise 2011

www.wege-aus-der-krise.at

(zuletzt abgerufen 25. Oktober 2011)

Interviews

Interviewrunde mit Karl Goldberg (2011) / Heinz Högelsberger (2011a) / Harald Voitl (2011), geführt am 26. Juli 2011.

Interview mit Heinz Högelsberger (2011), geführt am 7. Oktober 2011.

Interview mit Andreas Huss (2011), geführt am 10. August 2011.

Interview mit David Mum (2011), geführt am 26. September 2011.

Interview mit Klaudia Paiha (2011), geführt am 7. Oktober 2011.

Interview mit Michael Pieber (2011), geführt am, 18. Oktober 2011

Interview mit René Schindler (2011), geführt am 2. September 2011.

Interview mit Ernst Tüchler (2011), geführt am 8. November 2011.

Zusammenfassung

Die vorliegende Diplomarbeit erörtert den Umgang der österreichischen Gewerkschaftsbewegung mit ökologischen Krisen am Beispiel des Klimawandels. Die Arbeit orientiert sich an der Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die den Klimawandel als sozial-ökologisches Problem erfasst.

Die Arbeit untersucht zunächst die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels, um anschließend die Kontinuitäten und Brüchen der historischen ArbeiterInnenbewegung im Zugang zu ökologischen Fragen aufzuzeigen. Ein zentraler Fokus liegt dabei in den 1970er und 1980er Jahren.

Den Schwerpunkt der Arbeit stellt der aktuelle Umgang der österreichischen Gewerkschaften mit dem Klimawandel dar. Dabei werden zunächst grundsätzliche Positionierungen der österreichischen Gewerkschaften zu Umwelt- und Klimafragen untersucht. Abschließend werden konkrete Aspekte und Bereiche gewerkschaftlicher Praxis bezüglich des Klimawandels diskutiert.

Abstract

This thesis examines the approach of the Austrian trade unions to ecological crises by the example of climate change. The thesis is based on the theory of societal relations to nature that understands climate change as a social-ecological problem.

To begin with, the thesis investigates the reasons and effects of climate change in order to then point out the continuities and discontinuities of the historical workers' movement in dealing with ecological questions. Thereby, the 1970s and 1980s are a central focus.

The emphasis of the thesis is placed on the current approach of the Austrian trade unions to climate change. At first, fundamental positions of the Austrian trade unions to environmental and climatic questions are examined. In conclusion, concrete aspects and fields of trade union practice with reference to climate change are discussed.

Lebenslauf

geb. am 30.10.1979 in Schwaz/Tirol

1986 - 1990	Volksschule / Fieberbrunn
1990 - 1994	Hauptschule / Fieberbrunn
1994 - 1998	Oberstufenrealgymnasium St. Ursula / Salzburg
1998 - 2003	Studium Publizistik/ Politikwissenschaft an der Universität Salzburg
2003 - 2012	berufsbegleitendes Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
2000 - 2010	Haupt- und ehrenamtliche Tätigkeit in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) und der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ)